

LIBRARY

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

RIVERSIDE

Deutsche Bücherei.

Herausgegeben von

Dr. phil. A. Reimann,

Jeder Band geheftet 30 Pfg., in Ganzleinen gebunden 60 Pfg. Jeder Doppelhand geh. 60 Pfg, geb. 1,20 Mk.

D bedeutet Doppelband.

Verzeichnis der bis ietzt erschienenen Bände.

Band:

1. Biernatzki, J. C. - Die Hallig oder die Schiffbrüchigen auf dem Eiland in der Nordsee. 183 Seiten.

2. Hoffmann, E. Th. Am. - Meister Martin der Küfner und seine Gesellen. — Die Bergwerke zu Falun. 111 Seiten. 2. Aufl.

Gotthelf, Jeremias. - Elsi, die seltsame

- 95 Seiten, 2. Aufl, Droste=Hülshoff, A. von. - Die Judenbuche.
- 4. Eichendorff, J.Frhr. von. Aus dem Leben eines Taugenichts. - Das Marmorbild. 123 Seiten.
- 5. Tieck, Ludwig.—Das Fest zu Kenelworth.—Dichterleben. 115 Seiten. 2. Aufl.
- 6. Grillparzer, Franz. Der arme Spielmann. Das Kloster bei Sendomir. Ein Erlebnis. 95 Seiten.
 7/8. Grimm, Jacob und Wilhelm Kinder- und Haus-

märchen, I. 102 Seiten. II. 94 Seiten.

- 9/10. Alexis, Willibald. Die Hosen des Herrn von Bredow. I. 142 Seiten. II. 158 Seiten. 2. Aufl.
- 11. Schwab, Gustav. Die vier Heymonskinder. Der arme Heinrich. 127 Seiten. 2. Aufl.
- 12. Schwab, Gustav. Griseldis. Die schöne Magelone. -Genovefa. - Der gehörnte Siegfried. 119 Seiten. 2. Aufl.
- 13. Schwab, Gustav. Herzog Ernst. Doktor Faustus 115 Seiten. 2, Aufl.
- 14. Schwab, Gustav. Die Schildbürger. Die schöne Melusina. 135 Seiten. 2. Aufl.
- 15. Ludwig, Otto. Aus dem Regen in die Traufe. Das Märchen vom toten Kinde. 99 Seiten. 2. Aufl.
- 16. Stifter, Adalbert. Bunte Steine. I. Granit. Kalkstein. - Turmalin. 127 Seiten. 2. Aufl.
- 17. Stifter, Adalbert. Bunte Steine. II. Bergkrystall. -Katzensilber. - Bergmilch. 132 Seiten.
- D 18/18a Lenz, D. Dr. Max, Professor a. d. Universität in Berlin. Ausgewählte Vorträge u. Aufsätze, 3. Auflage. 240 Seiten. Inhalt: Die geschichtliche Stellung der Deutschen in Böhmen. - Zum Gedächtnistage Johann Guten-

Band: bergs. — Humanismus u. Reformation. — Dem Andenken Ulrichs von Hutten. — Philipp Melanchthon. — Gustav Adolf. — Leopold von Ranke. — Wie entstehen Revolutionen? — Bismarcks Religion. — Bismarck und Ranke. — Wilhelm I. — Jahrhundertsende vor hundert Jahren und jetzt. — Die Stellung der historischen Wissenschaften in der Gegenwart. 19. Ludwig, Otto. Zwischen Himmel und Erde. 187 S. 2. Aufl.
20. Benedix, Roderich - Auseinander, Skizzen. 133 Seiten
21. Halm, Friedrich. — Die Marzipanliese. 136 Seiten. 2 Aufl. 3 Bänden. 2 Aufl. 3 Bänden. 2 Aufl. 3 Bänden. 3 Bänden.
25. zu verbrennen. 91 Seiten. Schubin, Ossip. — Blanche. 2. Aufl.
 Frapan, Ilse. — Der Sitter. Meinhardt, Adalbert. — Aus dem Kriegsjahr 2. Aufl. Petri, Julius. — Apostata. Riess, Dr. Ludwig, Dozent an der Berliner Universität, früher 15 Jahre Professor in Tokio. — Allerlei aus Japan. I. 142 Seiten. Staat und Politik. — Kultur und Bildungswesen. — II. 136 Seiten. Häusliches Leben und Wirtschaftliches. — Wie man in Japan Feste feiert. — Freierfundenes und Nacherzähltes. — Aus der Geschichte der Europäer in Japan. 3. Aufl.
 29. Treitschke, Heinrich von, und Marcks, Erich, Geh. Hofrat und Professor in Heidelberg. — Biographische Essays. 104 Seiten. — Luther und die deutsche Nation. — Fichte und die nationale Idee. — Heinrich von Treitschke. — Otto von Bismarck. 2. Aufl.
30. Treitschke, Heinrich von, und Schmidt, Erich, Geheimrat und Professor an der Universität in Berlin. — Biographische Essays. 134 Seiten. Lessing. — Heinrich v. Kleist. — Gust. Freytag. — Theodor Storm. 2. Aufl.
31/32. Paulsen, Dr., Friedrich, Professor an der Universität in Berlin. — Zur Ethik und Politik. Gesammelte Vorträge und Aufsätze. I. 140 Seiten. Zweite stark vermehrte Auflage: Goethes ethische Anschauungen. — Die Ethik Jesu im Verhältnis zur Gegenwart. — Zum Nietzsche-Kultus. — Das geistige Leben des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert. — Deutsche Bildung-Menschheitsbildung. — Bildung. — Simultan- oder Konfessionsschule? — Zur Kirchenpolitik des Liberalismus. — Zur Frage des Religionsunterrichtes — Friedrich

Band:

Wilhelm Dörpfeld.— Dorf und Dorfschule als Bildungsstätte. — II. 119 Seiten. Politik und Moral. — Die Monarchie und die Parteien. — Das Sinken des Parlamentismus. — Parteipolitik und Moral. — August

Monarchie und die Parteien. — Das Sinken des Parlamentismus. — Parteipolitik und Moral. — August Reichensperger. —Der stille Katholizismus. —Deutschland und England. 2. Aufl.

33. Hoxar, Gertrud von. — Mit dem Winde. — Der Bergsee.

Zwei Märchen für Jung und Alt. 105 Seiten.

34. Hoxar, Gertrud von. — Im Garten des Todes. — Die Blutbuche. — Krähenstein. — Der Geiger im See. — Die Kreuzspinne. Fünt Märchen für Jung und Alt.

Die Kreuzspinne. Fünf Märchen für Jung und Alt. 130 Seiten.

35. **Hoxar, Gertrud von.** — Irrlichter. — Die Kastanie. — Auf der Meereswiese. — Sonnenvogel. — Die Zwergen-

burg. — Fünf neue Märchen für Jung und Alt. 126 Seiten.

Hoffmann, E. Th. Am. — Signor Formica.

Kleist, Heinrich von. — Die Verlobung in 138 Seiten.

St. Domingo.

37. Münch, Dr. Wilhelm, Geh. Reg.-Rat und Professor der Pädagogig an der Universität in Berlin. — Allerlei Menschliches. Vermischte Betrachtungen. 128 Seiten. Inhalt: Neugier und Wissbegier. — Bildung und Gesittung. — Nationale Erziehung. — Geben und Nehmen in der Erziehung. — Ruhm und Lebensdauer. — Ueber die Langeweile. — Von menschlicher Schönheit. — Der Mensch und das Wetter. — Gefallene Blätter. —

Aphoristisches.

38. **Schaumberger, Heinrich**. — Umsingen. Eine Bergheimer Musikantengeschichte. 125 Seiten. 2. Aufl.

Schaumberger, Heinrich. — Glückliches Unglück — Gesalzene Krapfen. Zwei Bergheimer Musikantengeschichten. 129 Seiten. 2. Auff.

40. Schaumberger, Heinrich. — Der Dorfkrieg. Eine Bergheimer Musikantengeschichte. 104 Seiten. 2. Aufl.
 41. Hoffmann, E. Th. Am. — Der goldene Topf. 118 Seiten.

Kleist, H. v. — Das Erdbeben in Chili.) 2. Aufl.
 Münch, Dr. Wilhelm, Geh. Reg.-Rat und Professor der Pädagogig an der Universität zu Berlin. — Gestalten vom Wege. 105 Seiten. Inhalt: Die Leute us dem Pfarrhause — Nur ein Schreiber — Die erste Liebe.

vom Wege. 105 Seiten. Inhalt: Die Leute us dem Pfarrhause. — Nur ein Schreiber. — Die erste Liebe. — Heimfahrt. — Eine Sühne. — Die Sonne der Hoffnung. — Drei Kleinstädter. — Fridolin Merk. **D** 43/44. Ulbrich. Martin. Schlesische Geschichten. — Volks-

erzählungen aus dem deutschen Osten. I. 121 Seiten. 2. Aufl. Inhalt: Der Königsbote von Görlitz. — Das Licht geht auf. — Wolf und Lamm. — Der wilde Nostiz. II. 101 S. Inh. Um Glauben und Recht. — Dem König getreu. — Stürmische Tage. — Der Sünde Lohn,



Historische und Politische Aufsätze

non

Otto Binke

Professor an der Universität Berlin

Dritter Band

Verlag Deutsche Bücherei
G. m. b. H.
Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 146

Berlag Deutsche Bücherei G. m. b. S. Berlin W.35, Rurfürstenftrage 146.

Berausgegeben bon Dr. phil. A. Reimann Dberlehrer am Luifenstädtifchen Gomnaftum gu Berlin.

Drud von Otto v. Solten.

Samtlich in Berlin.



Das politische Testament Friedrichs des Großen von 17521).

Allgemeine Charakterifit bes Testaments im Bergleich mit benen bes Großen Kurfürsten und Friedrich Wilhelms I. (Justizresorm und Toleranzpolitik. — Machts und Wohlsabrtspolitik. — Krieg und Frieden. — Staatshoushalt. — Wertantilistische Wirtschaftsbolitik. — Industrie und Landwirtschaft. — Das Beamtentum. — Selbstregierung. — Provinzielle Charaktertypen. — Der Abel. — Die Bauern. — Ständische Gliederung und politische Arbeitskeilung. — Das Geer und die fürgerliche Gesellschaft. — Das Cfiziertops. — Der Königs Connétable. — Gerosiches Ethos. — Die Gegenwart.

it besonders freudiger Bewegung feiern wir heute , ben Geburtstag Seiner Majestät, unseres Raisers und Königs. Rurze, forgenvolle Tage, die nun hinter uns liegen, haben uns zu recht lebendigem Bewußtsein gebracht, wie unendlich viel doch die Verson unseres Raisers für das Wohl und Wehe unieres Volkes bedeutet, und dankbar preisen wir die Borsehung, die den Berricher des Baterlandes beute wieder in voller Kraft und Frische seines hohen und schweren Umtes malten läßt. Denn als ein Umt hat er ja allezeit feine hohe Stellung an der Spite von Bolf und Staat aufgefaßt, gleich feinen Borfahren feit ben Sagen ienes ersten Kurfürsten Friedrich, ber sich einen schlichten Umtmann Gottes am Burftentum genannt hat. Untnupfend an diejen alten Sohenzollerngebanken, den ber heutige Tag uns wieber lebendig macht, möchte ich versuchen, Ihnen barzulegen, wie einer der Größten unter den Borfahren unseres Raifers ben Inbegriff ber Sorgen und Aufgaben feines Ronigsamts

¹⁾ Rebe zur Feier bes Geburtstages Seiner Majestat bes Kaifers und Königs gehalten in der Aula der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 27. Januar 1904.

in einer großen Urfunde zusammengesaßt und der Nachwelt überliesert hat. Ich möchte reden von dem ersten der politischen Testamente Friedrichs des Großen, in denen der König die Summe seiner politischen Ersahrungen und seiner Regierungsgrundsäße niedergelegt hat; und gerade diesem Tage und dieser Stelle mag es ziemen, Seiner Majestät dem Kaiser den ehrsuchtsvollen Dank auszusprechen, den die vaterländische Geschichtswissenschaft ihm schuldet für die vor kurzem erteilte Erlaudnis, den größten Teil dieses politischen Testaments in der Akademie-Publikation "Acta Borussica" der Deffentlichseit zugänglich zu machen.

Dies politische Testament, das der König selbst so

Dies politische Testament, das der König selbst so genaunt hat, ist eigenhändig von ihm, in französischer Spracke, niedergeschrieben worden im Jahre 1752, in den Monaten Upril bis Juli; in der kleinen, zierlichen, enggedrängten Schrift, die der König in seinen literarischen Produktionen anzuwenden pslegte, macht es einen Quartband von mäßigem

Umfang aus.

Es ist nicht, wenigstens nicht unmittelbar, durch Todessgedanken veranlaßt worden. Der König hatte zwar einige Jahre vorher einen leichten Schlaganfall erlitten, aber er hatte sich schnell und vollkommen wieder erholt; und wenn er gelegentlich einmal von seiner schlechten Gesundheit und von der Kürze des menschlichen Lebens redet, so hat er doch schwerlich sein Ende damals schon nahe geglaubt. Er nutt nur eine Zeit politischer Windfilden Nachsellen und zu geben von den Stirmen, den Klippen und Häsen Kunde zu geben von den Stirmen, den Klippen und Häsen des politischen Meeres. Ohne seden Rückfalt, in vollster Offenheit redet er über die Interessen seines Staates und die Ziele seiner Politik, über seine gesamte Regierung und Berwaltung, über Gegenwart und Zukunft des Staates, nicht ohne Sorge, aber auch voll stolzer Hoffnung und Zuversicht. Es ist die Stimmung eines Mannes, der mit Befriedigung auf sein Werk schaut und dabei dessen stumstände und durch manche neue Ersahrungen, ein zweites politisches Testament aufs

gesetzt, und auch aus bem letten Jahrzehnt seiner Regierung besitzen wir noch einige fleinere Stücke verwandter Art. Manches einzelne stellt sich darin anders dar, namentlich in den auswärtigen Beziehungen; aber der Geist und die Grundzüge seines politischen Spitems sind im großen und

ganzen unverändert geblieben. Politische Testamente sind eine Begleiterscheinung des neueren Absolutismus. Den Namen hat wohl Richelieu neueren Absolutismus. Den Namen hat wohl Richelien aufgebracht, bessen politisches Testament im 18. Jahrhundert in den Händen aller Fürsten und Staatsmänner war. In einer Zeit, wo die Summe der Regierungsgeschäfte sich in der Person des Monarchen oder seines ersten Ministers konzentrierte, lag es nahe, die politischen Ersahrungen und die Grundsätze der Staatsraison durch solche Anweisungen von einer Generation auf die andere zu übertragen. In dem preußischen Serrscherhause hat sich auf diese Weise eine politische Tradition gebildet, die sast ununterbrochen vom 17. bis ins 19. Jahrhundert reicht.

Alls Marksteine unserer politischen Entwickelung ragen darunter vor allem die Aufzeichnungen der drei großen Begründer des Preußischen Staates hervor: die väterliche Vermahnung des Großen Kursürsten an seinen Sohn von 1667, die Instruktion Friedrich Wilhelms I. sür seinen Nachsolger von 1722 und die politischen Testamente Friedrichs d. Gr. Es ist im Grunde derselbe Staatsgedanke, der durch all diese Schriftstücke geht: sehr deutlich sieht man, wie der alte Geist des territorialen Stillebens der deutschen Kleinstaaten durch den politischen Wachtgedanken ergrissen und

staaten durch den politischen Machtgedanken ergriffen und umgewandelt wird. Dabei kommt aber doch auch zwischen

umgewandelt wird. Dabei kommt aber doch auch zwischen den verschiedenen Regierungen manche bemerkenswerte Ab-weichung zum Borschein, in der sich die allmähliche Wandlung des politischen Geistes zu erkennen gibt.
In den Aufzeichnungen des Großen Kursürsten tritt der neue Gedanke, eine unabhängige Macht zu gründen, schon sehr dewußt und entschieden hervor; aber die Wittel dazu, Armee und Finanzspistem, erscheinen noch keimartig unentwickelt, und im Vordergrunde sieht noch das Interesse an den kirchlichen Angelegenheiten und an der Justizverwaltung,

Die im alten Territorialstaat die vornehmsten Begenstände des öffentlichen Lebens gewesen waren. Bei Friedrich Wilhelm I. nehmen die Militärs und Finanzfragen schon burchaus die beherrichende Stellung ein; Kirchenpolitik und Rechtspilege verschwinden fast daneben, trot der mahrhaften Frömmigfeit und des heiligen Justizeisers bieses Fürsten. Friedrich d. Gr. hat gerade diese beiden Gebiete mit freierem Beift, im Sinne ber Aufflärung behandelt, aber doch eigentlich auch nur nebenher. Er ftellt ben Grundfat auf, baf den Gerichten die Gesetze sprechen und der Monarch ichweigen milife: und wenn biefer Grundsat auch noch durch die icharfe perjonliche Aufficht und Strafgewalt bes Ronigs über die Richter nicht unbedenklich eingeschränkt wird, fo hatte Suareg bod recht, wenn er barin einen Erfat für fonstitutionelle Garantien in der Brivatrechtssphäre seben wollte. Die religioje Tolerang greift bei Friedrich b. Gr. niel meiter als bei bem Großen Rurfürsten und auch bei Friedrich Wilhelm I.; Die Gemiffensfreiheit ift jest erft zum absoluten Bringip erhoben. Aber hier wie bei ber Suftig gewahren wir zugleich eine beutliche Beziehung auf bie Intereffen ber wirtichaftlichen Berwaltung, fo bag biefe Errungenschaften ber Rechtssicherheit und ber Gewiffensfreiheit fast als ein Supplement ber materiellen Wohlfahrtspolitik ericheinen. Die Coccejische Juftigreform, die ber Konig rühmt, betraf ja nur ben Zivilprozef und war barauf berechnet, den festen Rechtsboden für ein gesteigertes Wirtschafts= leben zu schaffen. Und ber Grundfat ber Tolerang wird von Friedrich felbst in enge Berbindung gebracht mit seinem Beftreben gur Bermehrung ber Bevölferung, indem er als ein Magnet für erwünschte Ginwanderung empfohlen wird. Im politischen Zusammenhang betrachtet, find beibe, Juftisreform und Tolerangpringip, Mittel gewesen, um ben Staat innerlich zu fräftigen burch die Bermeibung nuplofer innerer Reibungen, und zugleich darf man Rechtssicherheit und Gewissensfreiheit auffassen als Tröftungen, die der Staat feinen Bürgern bietet für die fcmeren Laften, die er ihnen Bumuten muß. Die eigentlich positiven Bestrebungen ber föniglichen Staatstunft lagen boch auf anberem Gebiet.

Ihr Hauptinteresse ist auf die Mittel zur Macht gerichtet: Finanzen und wirtschaftliche Verwaltung, Militär und Politif — das sind die eigentlichen Hauptgegenstände des Testaments, das sind die Renner, die wie ein olympisches Viergespann, gleich angestrengt und von einer Hand gelenkt, im großen Wettfampf der Mächte den Wagen Preußens zum Siege führen sollen. Man sieht: hier spricht der Mann, der die Machtmittel angewandt hat, die Friedrich Wilhelm I. nur porbereitet hatte.

nur vorbereitet hatte.

Ueber das Testament Friedrich Wilhelms I. ist an eben dieser Stelle vor einigen Jahren von dem berusensten Kenner dieses Monarchen und seiner Berwaltung gesprochen worden?). Es läßt sich in allem, was Form und Temperament ansbetrisst, kaum ein größerer Gegensat denken, als er hier zwischen Bater und Sohn hervortritt. Friedrich Wilhelm I. gibt sich wie immer impulsiv, stürmisch, ich möchte sagen: gewitterhaft; an allen seinen politischen Lehren und Warnungen hängt ein Stück seines leidenschaftlichen Naturells, alle seine Bekenntnisse und Ermahnungen brechen vermischt mit Gebetszworten, mit Fluchz und Segenswünschen, gleichsam wie unter Donner und Blitz hervor. Dagegen zeigtFriedrich d. Gr. eine vollkommene Ruhe, eine heitere Sicherheit; er ist völlig mit sich im reinen, er hat sich ganz in der Gewalt; hier ist keine Spur von inneren Kämpsen, von leidenschaftlichen Gemütsdewegungen; klar, scharf und kalt spricht sich die souderäne Staatsraison aus, nur hier und da wird der Ton gehoben durch einen wärmeren Ukzent; über das Ganze verdreitet sich das seine Licht eines philosophisch geschulten Geistes, dem auch die Summe der großen Geschüfte sich wie in einem wissenschaftlichen Zusammenhange darstellt. Friedrich spricht es geradezu aus: in einer guten Staatsz

wie in einem wisenschaftlichen Zusammenhange darftellt. Friedrich spricht es geradezu aus: in einer guten Staatsregierung muß alles ebenso genau zusammenhängen, wie in
einem philosophischen System; und eben das macht hauptsächlich den hohen Reiz dieser Urkunde aus, daß alles
einzelne auf einen großen Zweck bezogen und von da aus
bestimmt wird. Dieser Hauptzweck — darüber kann kein

^{*)} G. Schmoller, Das politifche Testament Friedrich Wilhelms I. von 1722. Kaijer-Geburtstags-Rede 1896.

Zweifel fein - ift die Macht und Größe des Staates. Davon geht alles aus, dahin ift alles gerichtet. Reben der Macht erscheint freilich die Wohlfahrt bes Landes, bas Blück ber Untertanen als Ziel ber Berwaltungstätigkeit; aber ein oberftes Biel, gleichgeordnet der Macht, ift die Wohlfahrt nicht. Macht und Wohlfahrt bes Gangen hangen ja ena zusammen; eines bedingt bas andere; feines fann auf die Dauer ohne das andere bestehen. Aber es ift nicht ber Geift der Wohlfahrtsbestrebungen, ber das ganze System beherricht, sondern der Geist der Machtvolitif. Die Wohlfahrtsbestrebungen sind harmonisch in die Machtorganisation eingefügt; sie reichen nur fo weit, wie dieje Harmonie es geftattet; treten Ronflitte ein, fo haben die Machtintereffen ben Vorzug. Weil alles Wirtschaften, aller Sandel und Wandel in letter Linie doch auch ben Machtzwecken bes Staates bienen foll, barum kann bas alles nicht bem Belieben ber einzelnen überlaffen werben, fondern es wird von oben her überwacht und geregelt. Der Staat hat die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Nahrungsforgen und ihrem Intereffenstreit gleichsam in sich verschlungen: alles lebt und arbeitet für ben Staat.

Man sieht hier in einen großen und folgenreichen Gegenjat hincin, der die Entwickelung der modernen Bölker bestimmt hat. In dem abgesonderten Stilleben der kleinstürstlichen Territorialstaaten Deutschlands, insonderheit auch
der protestantischen des Nordens, war die Bohlfahrt, weltliche
und geistliche, natürlich vornehmlich die der herrschenden
Klassen, das maßgebende Ziel gewesen. Man wollte arbeiten
und genießen in häuslichem Behagen und wirtschaftlichem
Gedeihen. Das fürstliche Regiment sollte für die Erhaltung
der reinen Lehre und für die Pslege der "lieben Justiz"
sorgen, an den "geschwinden Händeln" draußen in der Welt
aber möglichst wenig Unteil nehmen; fern von Krieg und
Kriegsgesahr wollte man ein gernhiges und stilles Leben
führen in aller Gottseligseit und Ehrbarkeit.

Diese dem natürlichen Sinn der Menschen so leichtverständliche Auffassung von den Aufgaben der politischen Gesellschaft ist auf dem Kontinent unrettbar in die Brüche gegangen, feit die entsetlichen Erfahrungen bes 30 jährigen Krieges gelehrt hatten, daß weber bas Evangelium noch die wirtichaftliche Wohlfahrt in den großen Glaubens- und Machtfämpfen ber europäischen Welt ohne ben Schut ber Baffen und den ftarten Urm bes Staates ficher bestehen fonne: nur drüben, über dem Rangl, in dem britischen Infelreich, wo man bem Schieben und Drangen ber rivalifierenben Mächte entrückt war, hat sich seit bem Berzicht auf kontinentale Eroberungen im 16. Jahrhundert eine ähnliche Auffassung ausgebildet und erhalten, freilich in größerem Stil und mit weiterem Horizont. Man fam bort von bem Wohlfahrtszweck aus zur Forderung der Macht; die politische Macht erschien bort als Hebel für die Förderung ber wirtschaftlichen Interessen. Noch in den Tagen Friedrichs hat Jeremias Bentham die Maximation der Glückseit als den eigentlichen Zweck des Staates bestimmt: das größtmögliche Glück der größtmöglichen Maffe; und alle englischen Staatsmänner und Philosophen haben diese Grundlage des politischen Denfens festgehalten bis auf die Gegen= wart, wenn auch ein Unterschied besteht zwischen Männern wie Cobden und Gladstone auf der einen, Disraeli und Chamberlain auf der anderen Seite.

Nuf dem waffenstarrenden Kontinent aber, wo die beständige Rivalität der Bölfer den Militarismus erzeugte, den England dis zum heutigen Tage nicht fennt, da mußte der Zweck der Wohlfahrt dem der Macht sich unterordnen; und das Preußen Friedrichs d. Gr. ist der reinste Vertreter dieses militärischen Staatstypus geworden. Der Philosoph von Sanssouci wußte wohl, daß der Staat nicht das höchste und letzte aller menschlichen Dinge ist; aber er wußte auch, daß ein starker Staat der beste Hort der Wohlsahrt und die große Schule aller höheren menschlichen Gesittung ist; und darum hat der König von Preußen allezeit so gehandelt, als sei er mit seinem ganzen Volke nur für den Staat da. Nur durch diese heroische Einseitigkeit ist es möglich gewesen, Preußen zu dem zu machen, was es geworden ist; nur in diesem Zusammenhange versteht man völlig die herbe Größe und den spartanischen Geist der friderizianischen Staatstunft.

In jungen Jahren hatte sich Friedrich wohl als den künftigen König der Dichter und Philosophen geträumt: aber die Lebensbedingungen seines Staates haben den König dann doch in eine andere Bahn gezwungen. Er hat Chr. Wolf wieder nach Halle gerusen; er hat seine Afalemie begründet; er hat mit seinen philosophischen Freunden in Sanssouci jene geistreichen Abendunterhaltungen gesührt, die uns der Vinsel Abolf Menzels so lebendig vor Augen gestellt hat; er hat Flötenkonzerte komponiert und französische Berse gebaut — aber das geistige Leben der Nation, die Dichtung, der seine Taten wieder einen Inhalt gaben, hat er selbst nicht verstanden noch gesördert; und wenn er im Alter die Morgenröte der deutschen Literatur aussteigen zu sehen meinte, so kam er sich nicht mit Unrecht als der Moses vor, der das Volf durch die Wüste gesihrt hatte, das gelobte Land aber nicht selbst betreten sollte. Seine Arbeit, seine Sorgen, seine Hossinungen galten doch zuerst und zuletzt dem Staat; sein politisches Testament zeigt ihn uns hier, in seiner Königswerkstatt.

Im Mittelpunkt feiner Intereffen fteht die auswärtige Politif. Die Stellung feines Staates in Europa beruhte auf bem Gindruck, ben fein fuhnes und erfolgreiches Borgeben bei ber Eroberung Schlefiens gemacht hatte; bamit mar Breufen als ein Emportommling unter miggunftigem Staunen ber Welt in ben Kreis ber großen Mächte eingetreten. Es galt, die Rabinette Europas baran zu gewöhnen, ben preußischen Staat in bieser Stellung zu sehen. Es galt, fich porzubereiten für einen neuen Waffengang, in dem bas überrumpelte Desterreich versuchen würde, dem Sieger die Beute abzujagen, ihn in die frühere bescheibene Stellung herabzudrucken. Das aber ift ein Axiom für Friedrich, daß ein Krieg dem Staate nur frommt, wenn er eine Bergrößerung an Land und Leuten bringt. Der preußische Abler war noch mit nichten gefättigt. Die Basis ber Machtstellung bes Staates war noch zu schmal. In einem Abschnitt, den er "politische Träumereien" überschrieben hat, spricht Friedrich von fünstigen Erwerbungen, die Preußen machen müsse. Er faßt bas schwedische Pommern, bas

polnische Preußen, vor allem aber Sachsen ins Muge. Westpreußen, meint er, bas Gleichnis eines alten italienischen Staatsmannes anwendend, muije man Blatt für Blatt wie eine Artischocke verzehren; Sachsen aber muß in Böhmen erobert werden, das bem Kurfürsten als Ersat zu bieten wäre. Nur jo fann ber preußische Staat ben nötigen Zusammenhang und eine gute Grenze gewinnen. Friedrich sagt nicht, daß er diese Eroberungen selbst noch machen wolle; aber daß sie einen dauernden Richtpunkt seiner Volitik gebildet haben, ist außer Zweisel. Nur war er viel zu maßvoll und vorsichtig, als daß er sich von der Begierde nach diesen Erwerbungen hatte blenden laffen. Er scheibet sehr genau das Gebiet der zukunftgestaltenden politischen Phantasie und die wirkliche Lage der Gegenwart mit ihren praktischen Möglichkeiten. Zur Aussührung jenes Planes würde eine unerhört günstige Konjunktur gehören: Desterreich und Rugland im Rriege mit ber Türkei, Die von Frankreich und Sardinien unterstütt wurde; ein Richelieu in Frankreich, ein Soliman auf bem Throne der Rhalifen, beibe verbundet mit Breugen, eine vormundschaftliche Regierung in England, die keine hannöversche Politik im österreichischen Interesse macht. Die Wirklichkeit ist anders. Bei dem Gleichgewicht ber Mächte - Breugen und Frankreich einerseits, Defterreich und England anderseits - find bedeutende Erwerbungen nicht möglich. Jedenfalls liegt es nicht im Interesse Preußens, den Krieg wieder zu beginnen. Ein Handstreich wie der auf Schlesien darf nicht wiederholt werden. Es ist damit wie mit den guten Buchern: bas Original schlägt ein, die Imitation fällt zu Boden. "Bas wir auch von einem Kriege erwarten können, mein gegenwärtiges System ift, den Frieden zu bemahren, folange bie Majeftat bes Staates nicht verlett wird."

Aber im Frieden muß für den Krieg gerüftet werden, für jenen Zukunstäkrieg, in dem Prenßen seine Stellung zu verteidigen und womöglich zu stärken haben wird. Das ist die große Aufgabe, in der die Arbeit dieser Jahre gipfelt, und die der ganzen Staatsverwaltung Ziel und Maß gibt. Eine schlagsertige Armee von 180000 Mann und ein

gefüllter Staatsichat von 20 Millionen, ausreichend für vier Feldzüge — das ift das bringende Erfordernis, auf bessen Beschaffung alle Staatsfräfte konzentriert werden. Durch Bermittelung des Finanzipstems dringt so der politische Machtsgedanke beherrschend in die gesamte Staatsverwaltung ein.

Der König weist darauf hin, daß die schlechten Kinanzen 1740 Defterreichs Unglud gewesen seien; er spricht mit Achtung von den Bestrebungen Maria Theresias, auf diesem Gebiet Wandel und Ordnung ju schaffen. Er zeiat, wie Sachien und Solland burch Bernachläffigung ihrer Finangen in Schwäche und Mikachtung geraten find; auch Frankreich ift auf bem Wege, fich finanziell und bamit politisch zu ruinieren. Burbe es je in Preugen zu folchen Buftanden fommen, jo ware ber Staat verloren; benn er hat nicht bie innere Kraft der alten großen Mächte, die fich durch ihr Schwergewicht erhalten; feine Macht bernht allein auf angestrengtester Arbeit; sowie sie nachläßt, ift er verloren; ein Konig von Preußen muß, wie er benjelben Gedanken später einmal ausgebrückt hat, "toujours en vedette" fein. Un äußere Unleihen im Fall eines Krieges ift nicht zu benten; für Subsidien verkauft man in der Regel nur feine politischen Interessen, und zwar zu schlechtem Breise; eine Unleihe im Innern fonnte hochstens 5 Millionen ergeben. Darum ift Breugen barauf angewiesen, für die außerordentlichen Bedürfniffe in Kriegszeiten fich einen Staatsichat angulegen burch eine auf Ersparniffe gerichtete Finangpolitif. Die jahrlichen Ginfunfte veranschlagt ber Ronig auf über 13 Millionen; zwei Drittel bavon bienen zur Unterhaltung bes heeres. Nach Befriedigung aller Staatsbedurfniffe bleiben etwa 2,3 Millionen Ueberschuß, die in den Staatsschatz (Tresor) gelegt werden. Für sich und seinen Hof braucht ber König nicht mehr als 120 000 Ir. jährlich; bas ift fein Gehalt: 10 000 Elr. für ben Monat, wie er fich ausrechnet; noch nicht 1 vom Hundert der gesamten Staatseinfünfte.

Diese Einfünfte fließen teils aus den Steuern, teils aus den Domänen und Regalien. Die Steuern find versichieden für das offene Land und die Städte. Das Land

bezahlt eine Grundsteuer, die Kontribution, die hauptfächlich auf ben Bauern laftet. In ben Städten wird an ben auf den Bauern igter. In den Stadten wird an den Toren eine Konsumtionssteuer erhoben, die Ukzise. Die Hauptgesichtspunkte der Steuerpolitik des Königs sind darauf gerichtet, diese schwere Steuerlast dem Lande erträglich zu machen. Die Kontribution soll ein für allemal fest bleiben und nicht erhöht werden, solange nicht etwa eine große Preisrevolution eintritt. Willfür und Bedrückung der Bevölkerung durch ungetrene Beamte ist unnachsichtlich zu versolgen und zu strasen; bei Unglücksfällen tritt ein geregeltes Nachlaßversahren ein. Die Akziseeinkünste steigen von selbst mit dem zunehmenden Verkehr und Wohlstand; eine ungebührliche Belastung der ärmeren Klassen glaubt der König dabei vermeiden zu fönnen durch richtige Geftaltung der Tarife und durch die Lebensmitteltagen für Brot, Fleisch und Tarife und durch die Lebensmitteltagen für Brot, Fleisch und Bier, die von den Ortsbehörden unter Aufsicht königlicher Organe aufzustellen sind und einer übermäßigen Berteuerung dieser Lebensbedürsnisse vorbeugen sollen. Bei den Domänen, die alle sechs Jahre aufs neue verpachtet werden, geht die Berwaltung darauf aus, die Pachtsummen nach und nach zu steigern, aber nur da, wo die Möglichkeit erhöhter Erträge ohne die Gesahr einer Bedrückung der Untertanen nachgewiesen werden kann. Bei jeder Pachterneuerung soll untersucht werden, wie der Amtman mit den Bauern versahren ist; werden, wie der Amtmann mit den Bauern versahren ist; einem Bauernschinder wird der Kontrakt nicht erneuert. Die Domänen, die der Staat besitzt, sind groß genug. Sie sollen nicht weiterhin auf Kosten des ritterschaftlichen Besitzes erweitert werden, wie das unter Friedrich Wilhelm I. geschehen war. Einem kleinen Fürsten, sagt Friedrich mit einem deutlichen Seitenblick auf den alten Dessauer, der das ökonomische Vorbild seines Vaters gewesen war einem fleinen Fürsten mag es anstehen, seinen Abel aus= zukausen; der König von Preußen aber braucht einen zahl= reichen Grundadel, der ihm die Offiziere für sein Heer liefern fann.

Mit großer Deutlichkeit sieht man in den Ausführungen bes Königs, wie aus dem System der Finanzen das System der inneren Verwaltung im Sinne des merkantilistischen

Polizeiftaats hervorwächft. Die Steuerfraft ber Bevölkerung ift bis auf ben äußersten Grab gespannt; um fie zu erhalten und zu ftarfen, bedarf es einer rationellen Wohlfahrtspflege, einer umfaffenden wirtschaftlich polizeilichen Bermaltung, die Land und Leute auf eine höhere Stufe der Kultur erhebt. Diesem Zwed bienen auf ber einen Seite bie großen Meliorationen, die damals in rüftigem Fortgang begriffen waren: Austrocknung von Sümpfen, Regulierung der Ober, Dorfgründungen in Pommern und der Mark überall, wo mehr Land vorhanden ift, als die Besitzer ordentlich beftellen fonnen; auf ber andern Seite Die Beforderung der Manufakturen, namentlich ber Gewebeinduftrien in Leinen, Wolle und Seibe, die damals, vor der großen Umwälzung der Technif im 19. Jahrhundert, noch die eigentlich großen Industrien maren. Mit dieser Industrialisierungspolitik folgt Friedrich den Spuren seines Baters, aber er hat mehr Schwung und einen größeren Zug in diese Bestrebungen gebracht. Er legt auf diesen Zweig der Verwaltung den allergrößten Wert, weil er darin das Mittel sieht, eine günstige Handelsbilanz zu erzielen, wie sie unter seinem Bater noch nicht bestanden hatte. Er berechnet 1752 ben Heberschuß ber Musfuhr über die Ginfuhr ichon auf 6 Millionen, wahrscheinlich viel zu hoch. Die Handelsstatistif war erst in ben Anfängen: Friedrich selbst hatte sie wenige Jahre vor dem Testament geschaffen, indem er sich von den Brovinzialbehörden regelmäßige Muszuge aus ben Afzifelisten vorlegen ließ über die Ginfuhr und Ausfuhr ber einzelnen Urtifel. Diese Sandelsbilangen murden, ebenso wie die Atzisetarife, für jebe Proving besonders aufgestellt, und ber Konig war zufrieden, wenn ber Handelsgewinn die Summe ber Steuerlaft erheblich übertraf. Er erflart, man fonne Die Provingen nicht alle nach ein und bemfelben Suftem regieren, bagu feien die wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verschieden; man wurde fie ruinieren, wenn man fie ohne Rüdficht barauf gleichmäßig verwalten wollte. Bas für Cleve paßt, paßt nicht für Oftpreußen; nur die mittleren Brovinzen, die Marken, Pommern, Magdeburg, Halberstadt, bilden ein gleichartiges, kompaktes Gebiet, das man nach

gleichen Gesichtspunkten verwalten und zugleich auch militärisch verteidigen kann. Schlesien möchte er an diese kompakte Masse angliedern. In diesen Provinzen ist denn auch vorzugsweise die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Königs mit ihren Schutzöllen und Einsuhrverboten, ihren Cypottund Betriedsprämien, ihren Unterstützungs- und Aufsichtsmaßregeln, zur Durchsührung gebracht worden. Das Testament hat diese Frundsäge für die einzelnen Hauptindustrien in

hat diese Grundsäße für die einzelnen Hauptindustrien in dem Grundzügen dargelegt.

Diese Industrialissierungspolitik des Königs hat eine Entwickelung beschleunigt, die in dem allgemeinen Zuge der europäischen Zivilisation lag, die aber zugleich auch eine unerläßliche Bedingung seiner Großmachtpolitik war; nur ein gewerbsleißiger Staat konnte eine so starke Bevölkerung ernähren und so schwere sinanzielle Lasten tragen, wie sie politische Stellung sorderte, zu der Preußen durch den Ehrgeiz seiner Dynastie erhoben worden war. Damit aber tret in diesem hisher rein gararischen Wirtschaftsgrannismus Ehrgeiz seiner Onnastie erhoben worden war. Damit aber trat in diesem bisher rein agrarischen Wirtschaftsorganismus ein innerer Gegensaß schon im Keime hervor, der sich heute du dem beherrschenden Problem der nationalen Wirtschaftspolitik ausgewachsen hat: der Gegensaß von Industrie und Landwirtschaft. Friedrich ist kein einseitiger Industrialist gewesen, troß der vorwiegend merkantilistischen Färdung seiner Wirtschaftspolitik. Das politische Testament zeigt seiner Wirtschaftspolitik. Das politische Testament zeigt ganz deutlich seine Tendenz, einen Ausgleich zu sinden zwischen den Interessen der Industrie und der Landwirtschaft; er ist bestrebt, die Schöpfung einer Industrie möglich zu machen ohne Schädigung der Landwirtschaft. Freisich ohne Opfer ging es für die agrarischen Interessen nicht ab. Die Gutsbesiger, damals meist freihändlerisch, weil sie noch Exporteure waren, mußten sich das Wollaussuhrverbot und die Beschränkung der Getreideaussuhr gefallen lassen, was natürlich die Preise drückte; die Abwanderung der ländlichen Arbeiter nach den gewerbreichen Städten wurde damals noch verhütet, indem man geslissentlich sesthielt an dem gutsherrlichen Berhältnis, das die Landbevölkerung an die Scholle sesselle, so daß Leutenot und Lohnsteigerungen damals noch keine Rolle spielten. Vor allem aber hat der

König durch staatliche Kornmagazine und eine rationelle Getreibehandelspolitit, beren Grundfäte in dem Teftament entwickelt werden, eine Beeinflussung der Kornpreise herbeis zuführen gesucht, deren Absicht darauf ging, möglichst stabile, mittlere Preise auf dem geschlossenen Inlandsmarkt zu erzielen. Stieg ber Preis zu hoch, jo bag Tenerung brobte, jo sollte massenhaft Korn aus ben Magazinen zu leiblichen Preisen verkauft werden; sank der Preis dermaßen, daß die Landwirte nicht mehr ihre Rechnung sanden, so sollten die Magazine maffenhaft einfaufen, um ben Breis baburch gu fteigern. Jim großen und ganzen ist diese Absicht, das Preisniveau dadurch auszugleichen, späterhin auch erreicht worden, namentlich seit der König nach der Erwerbung Westpreußens die Weichselftraße fontrollierte und die polnische Einsuhr beherrschte; aber die Zdee ist schon 1752 ausgebildet: der Rönig hat ihr den Ausdruck gegeben: es jei feine Bflicht, bie Balance zu halten zwischen ben Intereffen ber Guts= herren und Domanenpachter einerseite, ber Induftriearbeiter und Soldaten anderseits: das sind damals die beiden großen Konsumentengruppen. Die Lebensmitteltagen waren die fonjequente Erganzung biefer Getreidehandelspolitif, die im Berein mit der reglementierenden Fürforge für die Fabriken und den Arbeiterstand bem friderizianischen Wirtschaftssuftem einen fast staatssozialiftischen Charafter verleiht.

Birtschaftliche und finanzielle Berwaltung liegen in der Hand derselben Behörden: es sind in den Provinzen die Kriegs- und Domänenkammern, im Zentrum das General- direktorium. Der König hat keine große Meinung von den Leistungen dieser Behörden und von den persönlichen Eigenschaften der Beamten, aus denen sie zusammengesetz sind. Die einen sind ihm nicht ehrlich, die anderen nicht gescheit genug. Im ganzen will er in den Kammern lieber ehrliche als besonders kluge Leute haben; namentlich der Präsident muß vor allem ein redlicher, zuverlässiger Mann sein; am liebsten würde der König alte Offiziere dazu nehmen, zu denen er größeres Bertrauen hat als zu den Leuten, die in der Beamtenkarriere emporgekommen sind. Im Generaldirektorium aber, erklärt er, braucht man Leute

von Verstand; da kommt es auf die Redlichkeit nicht so sehr an. Der König muß freilich seine Leute kennen. Ginen schlauen geriebenen Finanzmann von zweiselhafter Chrlichfeit kann er da im Zaum halten und mit Nugen gebrauchen; aber mit einem ehrlichen Dummkopf ift an dieser Stelle

überhaupt nichts anzusangen. Friedrich Wilhelm I. hatte in der Instruktion, die er mit dem Lande verwachsen wie der König; sie haben ihre persönlichen Interessen, sie suchen ihre Kreaturen zu protegieren und sich durch ausgebreitete Patronage eine Stellung zu machen, die der königlichen Autorität und dem Wohle des Staates gesährlich ist. Er weist hin auf das Beispiel Frankreichs, wo seit dem Tode Andwigs XIV. eine Minister-Regierung an die Stelle der königlichen Selbstregierung getreten ist. Da regiert nicht ein König, sondern ihrer vier, der Generalkontrolleur im Finanzsach, die Minister sür Auswärtiges, Krieg und Marine in ihren Ressorts. Jeder folgt seinen besonderen Neigungen; es gibt keinen Bereinigungspunkt sür die Gesamtleitung des Staates, kein System, keinen Plan, kein Geheimnis. Die Engländer ersahren alles, was in Versailles vorgeht. Eine gute Staatsregierung aber muß die Einseit eines philossophischen Systems haben; und ein System entspringt nur aus dem Kopse eines einzelnen, nicht aus den Beratungen eines Ministerkonseils. Sowenig wie Newton sein Gravitationszgeset entdeckt haben würde, wenn er mit Leidniz und Descartes darüber in Beratung getreten wäre, sowenig kann ein politisches System aus einem vielköpfigen Ministerium Deutsche Bücherei Band 98/99. hervorgehen. Es muß aus dem Beifte des Regenten entfpringen, wie die geruftete Minerva aus dem Sanvte Jupiters. Die Selbstregierung ist eine moralische Pflicht ber Könige. Der Souveran ist nicht an seine hohe Stelle gesetzt und mit der höchsten Macht bekleibet, um zu faulenzen und sich vom Mark des Volkes zu mästen. Er ist der erste Diener des Staates; er wird gut besolbet, damit er die Burde seiner Stellung aufrechterhalten fann; dafür muß er aber auch, wie alle Staatsdiener, arbeiten für das Wohl des Ganzen. Er braucht Gehilfen, aber nur für das Detail der Geschäfte; er muß ein offenes Dhr haben für die Klagen und Beschwerben von jedermann aus dem Bolke: bazu ist er ber König. Seine Aufgabe erfüllt er besser burch ein System ber Regierung aus dem Kabinett, als durch ein System ber Regierung im Rat (wie es noch der Große Kurfürst und auch Ludwig XIV. angewandt hatten). Die Zentralbehörden senden dem Monarchen Tag für Tag ihre Berichte, mit furger Unführung bes Pro und Contra; die Entscheidung hat er allein. Ein hurtiger Kopf, meint Friedrich, findet sich bei dieser Einrichtung leicht in dem Wesentlichen ber Geschäfte zurecht. Ist ber Monarch zweiselhaft, so mag er einen ober ben anderen Minister, der besonders sachverständig ift, kommen lassen und sie über die Frage hören; aber jeden besonders, und ohne daß der andere etwas davon erfährt. So wird er am sichersten zu der richtigen Entscheidung gelangen. Diese Regierungs-weise ist besser als die, bei der der König im Rate der Minister präsidiert. Aus großen Bersammlungen gehen in der Regel keine weisen Entschlüssse hervor. Die Intriguen der Minister untereinander, ihre persönlichen Interessen und Passionen, die Leidenschaft der Debatten — das alles hindert bie sachliche Behandlung ber Geschäfte bei solchen Be-ratungen, und bas Geheimnis wird babei immer übel bewahrt. Auf diesen Punkt aber legt der König das größte Gewicht. "Ich verschließe mein Geheimnis in mir selbst", sagt er; nur ein absolut zuverlässiger Sekretär ersährt davon — er meint den getreuen Eichel —; es ist also nicht möglich für die fremden Gesandten und Spione, etwas

davon herauszubekommen, fie mußten denn den Rönig felbst bestechen. Die fremden Minister halt sich der König über= haupt gern möglichst weit vom Leibe. Das läßt sich tun, weil man in Preußen seit Friedrich Wilhelm I. das Hoszeremoniell abgeschafft hat; erst badurch ift ber Könia frei geworden, Herr seiner Zeit und seiner Entschließungen. Die Zeit und Mühe, die an anderen Höfen mit Rang- und Etikettestreitigkeiten, mit Ambassadeurpomp und ähnlichen nichtigen Dingen vergeudet wird, kann in Preußen besser angewandt werden. In Preußen soll der König nicht repräsentieren, sondern er soll regieren, d. h. arbeiten.

Bu einem vernünftigen Regiment gehört nun vor allem Menichen- und Personalkenntnis, Bekanntschaft mit Land und Leuten. "Es gibt wenige Menschen," sagt Friedrich, "die ganz ohne Talent sind; man muß es nur verstehen, "vie gung ohne Latent sind; man mug es nut berseigen, jeden an die richtige Stelle zu bringen." Dazu bedarf es natürlich unablässiger Beobachtung und der Fähigkeit, Geister zu unterscheiden. Als ein Hilfsmittel dazu ist dem König offenbar die Ausstellung von provinziellen Charaktertypen erschienen, wie er sie sich aus der Erfahrung abstrahiert hatte. Er geht die einzelnen Provinzen durch; es ift hanpt-jächlich nur der Adel, den er dabei im Auge hat. Die Oftpreußen charafterisiert er als feine, verschmitzte Leute, geschmeibig und brauchbar im Dienst; sie mussen nur nicht zu lange in ihrer Provinz bleiben, ohne herauszukommen. Die Pommern sind gradsinnig und naiv. Sie geben die besten Offiziere und Beamten; aber sie taugen nicht zu biplomatischen Verhandlungen, bei denen es auf Feinheit und Verstellung ankommt: dazu sind sie zu offen und freis mütig. Den Abel ber Mark Brandenburg schätzt der König vornehmlich wegen seiner Treue und Unhänglichkeit an bas Haus Hohenzollern. Die kurmärkische Landschaft hatte durch ihr Darlehn in der Not von 1744 den Staat gerettet; das hat der König seinen Märkern nie vergessen. Im übrigen urteilt er nicht allzu günstig über sie: sie sind zu sehr zu Bergnügungen und Verschwendung geneigt; sie haben weder den seinen Verstand der Oftprenßen, noch die Solidität der Pommern. Aehnlich ift es im Magdeburgischen. Die

Schlesier sind gutmütig, aber es sehlt ihnen an Erziehung und Bildung. Sie sind eitel, geneigt zu Luzus und Bersichwendung, für Prunt und Titel sehr empfänglich, aber wenig geeignet zu andauernder Arbeit und zu den harten, entsagungsvollen Anstrengungen des militärischen Dienstes. Den Westsalen in Minden und der Grafschaft Mark sehlt es etwas an Schliff, aber es ist ein tüchtiger Menschenschlag, von Gemeinsinn und Zuverlässigkeit; in der großen Welt machen sie keine besondere Figur, aber im Staatsdienst sind sie gut zu gebrauchen. Die einzige Provinz, von der der König schlechtweg ungünstig urteilt, ist Cleve. Das Bolk ist faul, der Abel imbecil, ohne Talente und ohne Erziehung, eine degenerierte Rasse.

Im großen und ganzen ist er doch voll Lobes über ben Abel seiner Provinzen. Diese trenen und würdigen Abelskorporationen sind ihm die Grundlagen und die Säulen des Staates. Er ist bestrebt, sie zu einer von staatlichem Geiste getragenen Einheit zusammenzusassen, ihnen einen "esprit de corps et de nation" einzuimpien. Das Offiziers forps der Armee soll die Schule für dieses preußische Staatsgefühl sein. Er habe immer darauf gehalten, sagt der König, daß unter den Offizieren austatt der Provinzialnamen der gemeinschaftliche Name Preußen in Ausnahme komme. Abel und Offizierkorps find für ihn Begriffe, die untrennbar zusammenhängen. Er will keine Bürgerlichen im Offizierforps; er traut ihnen die personlichen Qualitäten nicht gu, die er von seinen Offizieren fordert. Er will aber auch keine abligen Ausländer: benen ist im allgemeinen die preußische Dissiplin zu hart; sie scheiden balb wieder aus und bereichern bann andere Mächte mit ben in ber preußischen Armee gemachten Ersahrungen. Er will, daß der Abel seines Landes jich neben dem Landbau in erster Linie dem Kriegsdienst widme. Das personliche Bafallitätsverhältnis wird trog der Allodifikation der Lehen festgehalten; Basallentabellen werden regelmäßig geführt und unterrichten den König darüber, was jeder seiner Gbelleute tut und treibt. Scharse Ebikte verbieten ihnen, ausländische Dieuste anzunehmen oder überhaupt im Ausland zu leben. Wer nicht bei ber Armee eintritt, wird geflissentlich zurückgesetht hinter benen, die bienen; dem armen Abel in Pommern, in Preußen, in Oberschlesien wird durch die Kadettenanstalten Gelegenheit gegeben, seinen Söhnen eine passende Erziehung zuteil werden zu lassen, wobei ein sanfter Zwang noch hin und wieder angewandt wird.

Es ift doch schon ein ganz anderes Verhältnis zwischen Krone und Abel, wie unter Friedrich Wilhelm I. Das Mißtrauen ist geschwunden; von der alten Kampstimmung ist feine Spur mehr. Erhaltung und Pflege des Abels wird geradezu als eine der ersten Pflichten des Königs bezeichnet. Die alten Familien müssen im Besitz der Kittergüter bleiben; dem dürgerlichen Kapital muß der Weg dazu verschlossen gehalten werden; es mag sich in Handel und Gewerde betätigen. Wo eine Abelssamilie zu verarmen, ihren Besitz zu verlieren Gesahr läuft, da muß der König zusehen, ob er ihr nicht mit seinen Unterstützungen auschelsen fann. Auch mit Domänenprozessen sollt man die Edelente nicht mehr schistanieren, wie unter Friedrich Wilhelm I.: benn — so schrieb der König wenige Jahre vor dem Testament in den Anweisungen zu einer erneuerten Instruktion des Generaldirestoriums —: "ihre Söhne sind es, die das Land desendiren; davon die Rasse so gut ist, daß sie auf alle Weise meritiret conservit zu werden."

Die Landwirtschaft des Abels in den oftelbischen Provinzen war auf das gutscherrlich-bäuerliche Berhältnis der Erbuntertänigkeit begründet. Der König hat nicht die Absicht gehabt, dieses Berhältnis aufzulösen. Er ist kein sozialer Reformator großen Stils, trot der humanitären Betrachtungen über diesen Gegenstand, die ihm wohl einmal aus der Feder gestossen sind. Ih nur die Milberung, die Humanisierung des Berhältnisses. Er will die ungemessenen Frondienste beseitigen, die in manchen Provinzen üblich waren; er will, daß der Bauer nicht mehr als zwei, drei, höchstens vier Tage in der Woche zu dienen hat. Auf den Domänen hat er das zur Durchsührung gebracht; auf den Rittergütern in Pommern und Preußen sauden seine Behörden dabei nicht das gewünschte Entgegenkommen von

seiten des Abels. Einen Zwang aber wollte der König nicht ausliben. Nur auf einen Punkt hat er mit unserschütterlicher Festigkeit gehalten: darauf, daß kein Morgen Bauernland mehr an die Rittergüter überging, sei es durch Kauf oder auf andere Beise. Die Bersuchung, Bauern zu legen, um die Gutsfläche zu vergrößern und abzurunden, war damals sehr start, da man im Uebergang zu neuen Birtschaftsmethoden begriffen war, die dies Bersahren sür die Güter als sehr ersprießlich erscheinen ließen. In dem schwedischen Neuvorpommern, in Mecklendurg ist im 18. Jahr-hundert ein großer Teil des Bauernstandes infolge dieser Bershältnisse aufgesogen worden; in den augrenzenden preußischen Gebieten ist er erhalten geblieben. Das ist die Wirkung des friderizianischen Bauernschutzes, den das Testament auch sür die Nachsolger einschäft. Hier kam die Rüchsicht auf Staatsinteressen ersten Ranges zur Geltung, nämlich auf die Stärke der Bevölkerung, in der Friedrich den wahren Reichtum der Staaten sah, und auf die Ergänzung des Heeres aus den Kantons, die er immer wie seinen Augapsel gehütet hat.

So wird also die ständische Glieberung des Volkes von Friedrich gestissentlich beibehalten und konserviert; aber sie gewinnt eine andere Bedeutung in seinem Staat, als sie in der territorialen Epoche gehabt hatte. Da war sie lediglich der Ansdruck der sozialen Machtverhältnisse gewesen und hatte in der Hauptsache den Interessen der herrschenden Klassen gedient. Jetzt wird sie zur Grundlage einer politischen Arbeitsteilung gemacht, bei der die staatlichen Ausgaben auf die verschiedenen Gruppen der dürgerlichen Gesellschaft verteilt werden. Der Abel stellt die Offiziere; der Bauernstand hat die Kantonisten zu liesern und die Kontribution zu zahlen; das städtische Bürgertum trägt in der Atzise den bedeutendsten, sich stetig mehrenden Teil der Steuern, auf die Heer und Staat begründet sind. Kein Stand soll in die Sphäre des andern übergreisen, jeder soll in seinen eigentümlichen Besitzs und Birtschaftsgrundlagen geschützt werden: auch der Stadtbürger genießt ein solches Extlusivprivileg, indem Handel und Handwerk samt dem wichtigen

Braugewerbe als städtische Nahrungen nur in akzisbaren Orten betrieben werden dürsen. Die Armee aber, sür die alle Stände leben und arbeiten müssen, ist doch auch wieder ein Instrument zur Beledung des wirtschaftlichen Verkehrs, weil sie dei den bestehenden Einrichtungen eine ganz außersordentliche Steigerung der Konsumtion bedeutet; denn der Soldat wird nicht in staatlicher Menage verpslegt, sondern muß sich alle Lebensbedürsnisse von seinem Solde kausen. Das heer war auch sonst nicht außer allem Zusammenhang mit der dürgerlichen Gesellschaft: die Kantonisten weilten 10 Monate im Jahre auf Urlaub in ihrer heimat, und gerade in der Zeit, wo die Landwirtschaft ihre Hände süre besticht bestimmung, zur Schonung der Kantons, etwa die Hälfte der Armee ausmachen sollten, waren zum Teil vom Wachtbienst bespreit und arbeiteten als Gewerbegehilsen in den Manufakturen, während ihre Frauen häusig einen kleinen Händen sich Militärs und Zivildevölkerung als zwei fremdsartige Bestandteile im Staate gegenüber, und häusig kam es, namentlich in den kleinen Garnisonen, zu Reidungen, bei denen das Bürgertum der leidende Teil war. Auf diesen Uedelstand kommt der König in seinem Testament zu sprechen. Er will streng darauf gehalten wissen, das die dürgerliche Bevölkerung nicht vom Militär brutalisiert werde; er stellt den Grundsag auf, das der König das Gleichgewicht halten müsse zwischen der Lumee und dem Lande.

Dabei hat er sich aber doch sehr dutlich ausgesprochen siber die Rangordnung, die er zwischen Zous Militär, erklärt er, muß die erste Stelle im Staate haben; das Ofsizierkorps muß der erste und geachtetse Stand sein. Bon Offizieren. Braugewerbe als ftädtische Nahrungen nur in akzisbaren Orten betrieben werden bürsen. Die Armee aber, für die

Dabei hat er sich aber boch sehr bentlich ausgesprochen über die Rangordnung, die er zwischen Zivil- und Militärsstand beobachtet wissen wollte. Das Militär, erklärt er, muß die erste Stelle im Staate haben; das Offizierkorps muß der erste und geachtetste Stand sein. Von Offizieren, die man nicht mit Achtung und Auszeichnung behandelt, kann man nicht verlangen, daß sie mit Ehren dienen. Diese Männer, die jeden Woment bereit sind, ihr Blut für das Baterland zu vergießen, müssen auch im Frieden das Ansehen genießen, das sie sich im Kriege verdient haben. Ich habe selbst Krieg gesührt — sagt er — und habe

gesehen, wie östers ein Oberst über das Schicksal des Staates entschieden hat. An solchen Eutscheidungstagen lernt man den Wert der guten Ossisiere schäßen; da lernt man diese Männer lieben, wenn man sieht, mit welcher hochherzigen Todesverachtung, mit welcher unerschütterlichen Geistesstärke sie dem Feind die Stirn bieten und ihn zwingen, das Feld zu räumen." Dafür gebührt es sich, daß man ihnen auch im Frieden die Chren und Auszeichnungen erweist, die in Preußen üblich sind. Sie verdienen den Borzug vor jenen kleinen und weichlichen Seelen, die nur gut sind, die Antichambres zu möblieren; das ist ein schwaches Rauchopfer auf dem Altar des Ossisierstandes; der König bedauert nur, daß er nicht die Mittel habe, die verdienten Männer anders zu belohnen.

Mirgends spricht Friedrich in diesem Testament mit ftärferem Nachbruck, mit eindringlicherer Beredjamkeit als da, wo er von der Notwendigfeit redet, daß der König von Preugen selbst Soldat sein musse, der Führer seiner Urmee in Krieg und Frieden. Das ift eine unerläßliche Pflichtleiftung für den Monarchen, ohne die es mit der preußischen Disziplin bald bergab gehen würde. Er findet nicht Worte und Wendungen genug, um diesen fundamentalen Sat zu bemonstrieren. Er weist warnend auf das Beispiel Schwedens nach dem Tode Karls XII., auf das Hollands nach dem Tode Wilhelms III. hin. Er spricht mit Berachtung von den Königen, die es verschmähen, sich an die Spipe ihrer Armee zu stellen: sie geben sich damit selbst das Zeugnis der Feigheit ober der Unfähigkeit. Mit scharfen Worten brandmarkt er die Trägheit, Beichlichkeit und Bergnugungssucht berer, die fich vor ben Strapagen und bem Einerlei des militärischen Dienstes scheuen. Er stellt ein modern-ritterliches Lebensideal auf, das an Selbstverleugnung, Entjagung und heroischem Beift an die Blütezeit der geiftlichen Ritterorben erinnert. Er vergleicht die Dissiplin eines Regiments mit der Alosterdissiplin eines Mönchskonvents. Der Ton seiner Rede wird wärmer und fast schwungvoll, wenn die militärische Aber seines Wesens sich regt. "Ich bin in der Armee erzogen worden von meiner Kindheit an. Meine Wiege mar mit Waffen umgeben. Ich habe vom

Kapitän auswärts durch alle Grade gedient. Mein Bater zwang mich, in meiner Jugend mich um alles zu befümmern, was die Dijziplin der Truppen, die Berpflegung, das Exerzitium, die taftischen Manöver angeht." So muß es auch in Zukunft in Prenßen gehalten werden. Der Roi-Connétable muß militärischer Fachmann sein, er muß sein eigenes Regiment haben, um fortbauernd in Uebung zu bleiben und Gelegenheit zu eigenen Ersahrungen zu haben. Die Zusammensetzung bes Offizierkorps in allen seinen Graden muß eine seiner ersten Sorgen sein. Hier an ber Spitze ber Armee, bei der Blitte seines Abels, bei der Elite seines Bolkes ist sein natürlicher Play. Man fühlt, mit welcher Wärme ber fönigliche Kriegs=

herr sich durchdringt bei dem Gedanken, daß er Tausenden von starken und einsachen Seelen einen idealen Inhalt für ihr Leben gegeben hat, ein Ziel für edlen Chrgeiz und Wetteiser, dem er selbst sie entgegenführt.

Das ist der Staat, die Macht, der Ruhm der Waffen,

Dus ist ver Staat, die Macht, der Rugni der Baffen, die Ehre des preußischen Namens. Es ift nicht ein Lettes und Höchstes für Menschenseelen, aber es ist ein Ziel des Schweißes der Edlen wert; es ist die Quelle jenes begeisterten Helbentums, das aus den schönsten Versen Ewald von Kleists spricht; es ist der Gedanke, der auch den König selbst gang beherricht und burchdrungen hat.

Und das scheint mir der Punkt zu sein, von dem aus diese Persönlichkeit mit dem weitgespannten Horizont ihrer Interessen, mit all ihren Eigenheiten und Widersprüchen, ihrem ganzen Tun und Lassen, am vollkommensten erfaßt ihrem ganzen Tun und Lassen, am vollkommensten erfaßt werden kann. Ein heroisches Ethos liegt auf dem tiefsten Grunde dieser Menschenseele, deren Oberfläche von so mannigsachen Strömungen bald anmutig gefränselt, bald hestig bewegt wird. Ein militärischepolitischer Asket tritt uns entgegen mit einer starken komplementären Neigung zu den seinsten geistigen Genüssen, in denen er sich erholt und zu neuer Arbeit erfrischt. Hier ist nicht jene harmonische Bollendung der Persönlichkeit, die Goethe als das größte Glück der Erdenkinder preist. Es ist ein Sprung in diesem Leben; und der eiserne Reif, der es zusammenhält, ist die

Bflicht und die Arbeit. Aus den Blättern des Testaments spricht eine ungebrochene Tatfraft, zuweilen selbst eine stille Seiterfeit; aber ein scharfer, ironischer Ton klingt mit, der im Grunde Refignation bedeutet. Die Rahiakeit zu einem gangen und vollen Menschenglud ift biefer Seele früh verloren gegangen. In dem flöfterlichen Saushalt von Sanssouci hat Frauenliebe und Familiengluck feine Stätte gefunden; und ftatt ber warmen Sonne ber Religion leuchtete über diesem Leben ber falte Sternenschein einer Philosophie, beren lettes Wort ber Zweifel mar. Des Dienstes emig gleichgestellte Uhr hat ben Lauf bieses Ronigslebens im Gleise erhalten. Nicht bloß durch die harte Zucht des Baters, ber ihm in Träumen wohl noch als ber Richter seiner Sandlungen erschien, mehr noch burch eigene unabläffige Selbsterziehung ift Friedrich bazu gelangt, mit feiner ganzen Persönlichkeit im Staate aufzugehen. Er hat felbst einmal gesagt, er habe alle feine Leidenschaften bem Staate zum Opfer gebracht. Auch die mächtigste: den starken Ehrgeiz seiner glücklosen Seele. In der Jugend war es die Ruhmbegierde, die ihn zu großen Taten trieb, das an den erhabenen Beispielen des Altertums entzündete Berlangen, fich einen Namen in ber Welt und in ber Beschichte zu machen. Aber im Lauf ber Jahre hat biefer Chrgeiz das Persönliche mehr und mehr abgestreist; er hat sich ganz durchdrungen mit den Bedürsnissen und Interessen des Staates: eine magvoll abwägende Staatsraifon ift es, die hinfort alle Sandlungen bes Königs bestimmt und regelt. Er zwingt alle feine Buniche und Gedanken, burch biefes flärende Medium hindurchzugehen; er hämmert seine leidens schaftliche und oft so weiche Seele, daß sie hart und elastisch wird wie Stahl. Der Staat war ihm alles; er ersette ihm Familie, Freundschaft, selbst die Religion. Ein heiliges Feuer glüht in seinen Worten, wenn er von ber Majestät bes Staates rebet; er ift ihm wie lebendige Berfonlichkeit.

Dieser Staat hatte ihn erzogen mit seinem unerbittlich heischenden Pflichtgebot. Aber auch er selbst hat wiederum dem Staate etwas von seiner großen schwungvollen Seele eingehaucht. Er wollte, baß sein Preußen allezeit ein heroisch-aristofratischer Kriegerstaat bleiben solle, wie es Rom in seiner großen Zeit und wie es Schweben unter Gustav Abols und Karl X. gewesen war. Dem unhistorischen Denken des 18. Jahrhunderts konnte es wohl scheinen, als bedürse es nur eines flaren Willens und einer starken Hand, um den einmal begründeten Zustand durch den Fluß der Zeiten hindurch zu erhalten. Wir wissen, das Wachsen und Wuchern der Bolksträfte auch durch den mächtigsten Willen nicht für immer in starre Formen gebannt werden kann; aber die Erinnerung an Friedrich den Großen hat doch auch in unsern Tagen jene moralischen Kräfte wiederbelebt, die einst das alte Preußen gegründet haben.

Unendlich vieles hat sich gewandelt seit den Tagen des großen Königs, in unserm öffentlichen Leben wie in ber geistigen Rultur. Das eigensinnig rationalistische Suftem seiner Stänbeglieberung ift gefallen; die Staatsgesinnung ift nicht mehr ein Privilegium ber abligen Geburt; bas heer ift ein Bolt in Baffen geworben. Un die Stelle bes fünftlichen Mechanismus feiner Gleichgewichtsbestrebungen ift eine mehr organische Struktur von Staat und Volkswirtschaft getreten. Die preußische Dissiplin hat sich mit der deutschen Bildung vermählt; aus diesem Bunde ist das neue Reich entsprungen, das bem alten Bartikularismus ber preußischen Machtpolitif für immer ben Boden entzogen hat. Auf weiterer Weltbühne spielt heute der große Wettkampf ber Nationen; eine Kriegsflotte, von der der große Friedrich noch nichts wissen wollte, ist heute für das Reich ein bringendes Erforbernis geworben. Aber in all biefen Wandlungen ift boch ber alte militärische Beift unferes Staatswesens erhalten geblieben, und bas Ideal bes Ronig-Connétable ift auch heute noch in ber erlauchten Berson unseres faiserlichen Herrn eine lebendige Macht. Mit bem Rompaß friberizianischer Staatsraison an Bord fonnen wir mutig die Fahrt zu neuen Zielen wagen. Möge Seiner Majestät dem Kaijer beschieden sein, in langer und glucklicher Regierung das große Werk zu fördern, das er mit vorschauender Kühnheit in hohem Sinne begonnen hat.

Möge bie neue Epoche, bie er eröffnet hat, seinem Bolke Heil und seinem Namen ben unvergänglichen Ruhm ber Geschichte bringen! Wir aber wollen in sester Treue zu ihm und seinem Hause stehen, in guten und schlimmen Tagen, wie es preußischen und beutschen Männern geziemt. Das ist unser Gelübbe und Wunsch am heutigen Tage. Gott segne und erhalte ben Kaiser!





Prenfische Reformbestrebungen vor 1806.

namen Steins und Harbenbergs tragen, einen neuen Abschnitt unserer Geschichte zu beginnen. In ihnen sind politische Ideen hervorgetreten, die unendeliche Wichtigkeit für die ganze nachsolgende Zeit besitzen; aber bei der Umbildung der staatlichen Einrichtungen, um die es sich zunächst handelte, sind diese neuen Ideen nicht das ausschließlich Wirksame gewesen. Teils in Verbindung, teils im Gegensatz mit ihnen wirkten Bestrebungen, deren Jusammenhang mit den Bedürsnissen und Traditionen des alten Staatslebens noch immer erkenndar ist, und denne ein bedeutender Anteil an der Feststellung der neuen Ordnung der Dinge zusommt. Die Vergangenheit behauptete ihr Recht. Indem sich die Grundzüge des altpreußischen Militärzund Beamtenstaates erhielten, blieb die Kontinuität unserer politischen Entwickelung gewahrt.

Die Zeitgenossen glaubten wohl, daß es sich um einen jähen Bruch mit der Vergangenheit, um einen völligen Umsichwung aller öffentlichen Verhältnisse handle. Dit erklärlicher Scheu vermieden die Reformer, an frühere Bestrebungen anzuknüpfen. Nach der höchsten sittlichen Idee wollte Altensstein, der philosophische Freund Vichtes, den Staat von Grund aus rekonstruieren; und der stetz empfängliche Hardensberg eignete sich diesen spekulativen Gedanken an, der seinen liberalen Reformplänen so trefflich zustatten kam. Vollends Steins politische Reale standen in schroffem Gegensatz

bem Geift ber altpreußischen Berwaltung. Und boch fann die Reform seit 1807 in gewiffem Sinne als eine Fortsetiona der Bestrebungen betrachtet werden, die seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. im Gange waren. Das alte Staatswesen ift nicht zugrunde gegangen, ohne ben Berfuch unternommen zu haben, fich aus eigener Rraft zu regenerieren. Dieser Bersuch ift in der Hauptsache mißlungen; aber die Geschichte barf ihn beshalb nicht mit Stillichmeigen übergehen. Es fehlt biefen Bestrebungen bie Energie und ber ibeale Schwung ber fpateren Beit; aber in ber Aufftellung und Alarung praftischer Aufgaben haben nie porbereitend gewirft. Sie bedurften bes mächtigen Unstofes ber Greigniffe, um jum Ziel zu gelangen; aber auf der andern Seite mar boch die geistige Disvosition ber Staatsleitung, von der fie zeugen, die notwendige Vorausjegung bafür, daß unmittelbar nach ber Niederlage die Bahn ber Reform fo ficher und entschieden beschritten wurde.

Diese Reformbestrebungen sind bisher nicht in ihrem ganzen Umfange bekannt geworden: ich möchte versuchen, das Bild davon mit Hilfe neuer archivalischer Materialien 1)

in einigen wesentlichen Bügen zu erganzen.

Friedrich Wilhelm III. war weit entfernt von dem verblendeten Optimismus, der vor Jena in Preußen so weit verbreitet war. Die Reformstimmung, die bei ihm von Ansang an hervortritt, wurzelte in der Uederzeugung, der er mehrsach Austruck gegeben hat, daß im Heer wie in der Verwaltung Uebelstände herrschten, an denen der Staat zugrunde gehen müsse, wenn nicht beizeiten Abhilse geschafft werde. Wie 1807, so wurde auch zu Beginn seiner Regierung die Aufgabe der Resorm zwei Immediatsommissionen übertragen, einer militärischen, die schon seit 1795 niedergesett war, jest aber neu instruiert wurde, und einer administrativen, die das System der inneren Verwaltung vom Stand-

¹⁾ Es handelt sich namentlich um die Aften der jüngst neugeordneten Kabinetteregistratur Friedrich Wilhelms III. von 1797 bis 1806 im Geheimen Staatsarchiv, auf die herr Archivar Dr. Meinede mich ausmerksam zu machen die Gite hatte. Eine Beröffentlichung der wichtigsten Materialien aus diesem Gebiet ist für die Acta Borussica in Aussicht genommen.

punft bes neuen "Zeitgeiftes" aus einer Brufung unterwerfen follte. Die Arbeiten der ersteren hat v. d. Golk in feinem Buche "Rogbach und Jena" bargeftellt; bie ber letteren find bisher unbeachtet geblieben 2). Ift von ben militärischen Reformvorschlägen bes Königs gesagt worben, daß fie nur leicht den eigentlichen Git bes Uebels ftreifen 3), fo lagt fich von der Instruktion für die Finangkommiffion, die ein fehr perfönliches Gepräge trägt, etwas Aehnliches behaupten. Sie zeugt von eingehendem Studium ber Bermaltungegrundfäte und von gesundem Urteil: aber ein zielbewuntes, von ichopferischen politischen Gedanten getragenes Reformprogramm enthält fie nicht: fie ift mehr nur ber Miederschlag beffen, mas in einem Teile des höheren Beamtentums an Reformtendenzen von allerlei Urt verbreitet mar. In der Raffung Diefes Altenftuds tritt uns die ganze Beränderung der Lage feit den Tagen Friedrichs d. Gr. entgegen: ber König befiehlt nicht mehr ichlechtmeg feinen Dienern, er fordert ihren Rat.

Von sozialen Reformplanen ist hier noch nicht die Rede; gerade sie aber gewannen in der nächsten Zeit eine besondere Bedeutung. Es war wohl der Minister Struensee, der sie im August 1799 dem französischen Geschäftsträger folgendermaßen schildert!):

"Die heilsame Revolution", sagt er, "die Ihr von unten nach oben gemacht habt, wird sich in Preußen langsam von oben nach unten vollziehen. Der König ist Demokrat

⁷⁾ Riebel, der die Immediatkommission erwähnt (Brandenburgischpreußischer Staatshaushalt S. 200 j.), iit auf beren Arbeiten nicht eingegangen. Nährer Mitreilungen über die Zusammensenung, den Geschäftsplan und die Arbeiten der Finanzkommission behalte ich mir jür einen anderen Ort vor; hier mögen nur die Namen der Mitglieber genannt werden: die Minister Hohm, heinig, Schulenburg, Struensee; die Geh. Räte Bever (der älteste), Ernsthausen, Grothe, Gerhardt, Borgstede, Schult, Weiher, Labave. Schulenburg hat an den Arbeiten der Kommission kaum reilgenommen; Ernsthausen wurde 13. Oktober 1798 bispensiert; für Schult tra 25. September 1798 der Geh. Finanzrat d. Knobloch ein. — In der Kommission überwogen also die älteren, konservativeren Elemente des Beamtentums. — Prototollsührer war Friedrich Gent, damals Kriegstat.

³⁾ Lehmann, Scharnhorft 2, 8.

⁴⁾ Bailleu, Preugen und Frantreich 1, 505 (Otto an Talleyrand 13. Aug. 1799).

auf seine Beise: er arbeitet unablässig an der Beschränkung der Abelsprivilegien und wird barin den Plan Josephs II. versolgen, nur mit langsamen Mitteln. In wenig Jahren wird es in Preußen feine privilegierte Klasse mehr geben."

Die Meußerung ift offenbar ftart auf ben frangofischen Horer berechnet. Ob die Reformabsichten bes Königs jo umfaffend und entschieden waren, wie fie fich barin spiegeln, mag dahingestellt bleiben; wenn aber hinzugefügt wird, daß biese Grundsätze von ihm aus der französischen Revolution geschöpft seien, so wird man begrundeten Zweifel erheben dürfen. Die allgemeine Jbeenrichtung, die in der fran-zösischen Revolution so sehr viel schärfer zum Ausdruck kam, die individualistisch-naturrechtliche Auffassung von Staat und Gesellschaft, war schon längst ein Gemeingut der europäischen Kulturwelt. Sie hatte in Preußen unter Unknüpsung an Die Traditionen ber friderizianischen Zeit eine eigenartige Ausprägung erhalten in den Juristenkreisen, aus benen ber Entwurf bes allgemeinen Gesetzbuches hervorgegangen mar, vor allem bei Suarez, durch ben ja Friedrich Wilhelm selbst als Kronprinz in das Gebiet bes Staats- und Verwaltungsrechts eingeführt worden mar. In Suarez offenbar die Quelle zu feben, aus ber die auf staatsburgerliche Gleichheit gerichteten Bestrebungen bes Ronias abgeleitet sind. Seine Ausführungen klingen mehrfach in den königslichen Kundgebungen jener Tage wieder. Und gemahnt es nicht ichon an die Formel, in die bas Steinsche Testament ben Grundgedanken ber Reform faßte, wenn wir in ben Borlesungen von Suareg 5) ben Sat finden, daß ber weise Regent seine Untertanen nicht als Maschinen, sondern als freie Bürger beherrichen und dafür sorgen musse, daß jeder unter ihnen seine Kräfte und Fähigkeiten nach eigener Ginficht und Reigung gur Beforberung feiner Gludfeligfeit frei gebrauchen fonne.

Die Kabinettsräte Menden und Benme vertreten in ber Umgebung bes Königs ben fortbauernben Ginfluß Suarezicher Ibeen. Sie bürfen überhaupt als bie eigentlichen Träger

⁵⁾ Stolgel, Suareg G. 304.

ber Reformbestrebungen betrachtet werden. Menden hat an beren Ginleitung offenbar hervorragenden Unteil genommen6), ift dann aber bald guruckgetreten?) Gemiffermagen unter bem Reichen ber Reform wurde Benme, der früher am Landrecht mitgearbeitet hatte, aus bem Rammergericht ins Rabinett berufen 8); er ift die treibende Rraft in der Frage ber Bauernbefreiung gewesen 9). Ebensowenig wie Mencken ein Staatsmann groken Stils, befak er boch mehr Betriebsamteit und aufftrebenden Chrgeig: namentlich in den inneren Ungelegenheiten hat er einen maggebenden Ginflug erlangt. Es fehlte ibm nicht an boberen Gefichtspunften; eber an ber praftischen Schulung im Bermaltungsbienft: feine Beichäfts= behandlung ift nicht ohne einen Zug von juriftischem Formalismus und bottrinarer Ueberhebung Gein perfonlicher Ronflikt mit hardenberg, die leidenschaftliche Gegnerschaft Steins gegen ihn erflären fich hauptjächlich aus bem unbeilvollen Anteil, ben er 1805 und 1806 in Berbindung mit Lombard an der auswärtigen Bolitit nahm. In der Behandlung ber inneren Angelegenheiten tritt ein prinzipieller Begen= fat faum je hervor 10).

Dennoch war die Kabinettsregierung an sich auch ber inneren Reform nicht förberlich. Sie hinderte den Ginfluß der verantwortlichen, aussührenden Minister, ohne ihn doch

⁶⁾ Die große Instruktion für die Finanzkommission vom 19. Februar 1798 ift nur in einem mundierten Exemplar und in Abschriften vorhanden; die begleitende Kabinettsorder an hohm vom selben Datum aber ift von Menden entworfen. Daß Menden als "Jatobiner" galt, ist ja bekannt. Die Berusung der Kommission ist ein eigener Gedante des Königs, wie aus dem charafteristischen Schreiben an Ködrig vom 16. November 1797 (bei Ensert 1, 107 ff) hervorgeht. Küchel, Ködrig oder Menden sollten bei den Beratungen der Kommission gewissermaßen die Stelle des Königs vertreten. Für Menden trat im Dezember 1799 Beyme ein.

⁷⁾ Krantheitshalber, feit 1800: er war in hohem Grabe ichwinbsuchtig und zog fich auf ein Landgut zurud.

⁸⁾ Im Februar 1798, eben ale bie Finangtommiffion niebergefest murbe.

⁹⁾ Wie unter vielem andern aus einer (noch nicht veröffentlichten) Dentsichtift vom 23. Juli 1798 hervorgeht, die der Rabinettsorder vom 25. Juli gugrunde liegt.

¹⁰⁾ Rur in ber vielumftrittenen Frage ber Treforiceine mar er ein Gegner Steins.

erfeten zu können. Bei der Unentschlossenheit bes Monarchen wirfte dies Berhältnis lähmend auf alle Bewegungen ber Staatsmaschine, die durchaus auf einen fräftigen, einheit-lichen Antrieb von oben berechnet war. Welch ein Unterschied zwischen ben Reformfommissionen von 1807, die unter bem Ampuls Steins arbeiteten, und benen von 1798, Die in der Handscheffen fich selbst überlassen blieben! Rur ein starker diktatorischer Wille vermag große Resormen durchs zusehen: darum war es dieser Regierung wohl gegeben, vorzubereiten, aber nicht zu vollenden.

Um weitesten ist die Borbereitung der Reform wohl auf dem Gebiete der sozialen Berhältnisse gediehen.

Es ift nicht richtig, bag bie foziale Ordnung, auf welcher der Staat Friedrichs des Großen ruhte, in der Starrheit eines abgeschlossenne Systems bis 1806 fortbestanden habe, und daß durch die Gesetzgebung von 1807 gewissermaßen mit einem Schlage der ständische Staat in einen modernbürgerlichen verwandelt worden fei. Es handelt fich hier um langsame, säfulare Beränderungen. Die Gesetgebung von 1807 ift im Grunde nur der Abschluß einer langen, vorangegangenen Entwickelung.

In zwei großen Aften hat sich die Bauernbefreiung in Breugen vollzogen. Der Befreiung der Privatbauern, zu ber die Aufhebung der Erbuntertanigfeit nur der erfte Schritt war, ging die Befreiung der Domänenbauern voraus, die, wie Anapp gezeigt hat, in der Hauptsache von 1799 bis 1805 auf eine musterhafte Weise durchgeführt worden ist: eine "geräuschlose, tiefgreisende Reform", die in ihren sozialpolitischen Resultaten die spätere Regulierungsgeset; gebung weit übertrifft 11).

Aber auch die Aufhebung der Erbuntertänigfeit bei ben Brivatbauern hängt mit den Reformbestrebungen vor 1806 enger zusammen, als man bisher gewußt hat. Bekannt

¹¹⁾ Anapp, Bauernbefreiung 1, 96 ff. Schon bem Umfang nach war biefe Reformmagregel febr bebeutenb: nach ben Berechnungen Anapps hat fie in ben alten Provingen (mit Musichluß Colefiens) über 50 000 fpannfahige Bauern Bu freien Gigentumern gemacht, mabrend es fich bei ber fpateren Regulierungs= gefeggebung nur etwa um 45 000 hanbelt.

ift, daß der König schon seit 1798 den Plan versolgte, die Erbuntertänigkeit für alle noch nicht erwachsenen Personen aufzuheben und so allmählich aussterben zu lassen \(^{12}\)); daß dieser Plan von der Gesetstommission gebiligt, von dem Großfanzler und dem Generaldirektorium aber abgelehnt wurde und nicht zur Ausstührung gelangt ist \(^{13}\)). Aus der Kadinettskorrespondenz ergibt sich nun weiter, daß der König seine Absicht damit noch keineswegs ausgegeben hat. Er versuchte es jest mit einer provinziellen Regelung, zunächst in Ostpreußen. Der Minister v. Schroetter und der Großkanzler v. Goldbeck, die jenes ablehnende Botum mit unterzeichnet hatten, sind dabei seine Werkzeuge gewesen. Sie traten zunächst mit Deputierten der Stände in Verhandlung \(^{14}\)).

¹²⁾ Der eigentliche Urseber bieses Planes ist Beyme (Bortrag an ben König vom 23. Juli 1798). Der Grundgedanke ist derselbe wie bei dem Emanzipationszehlt vom 9. Ektober 1807: Aufpebung der Erdunterkänigkeit ohne Mückscha auf Dienskablöjung und Berbesserung des Besitrechts. Gegenüber diesem abstraktsnaturrechtlichen Frinzip vertraten die älteren Praktiker (3. B. Schroetter) die Aufsossing, daß die Regelung der wirtschaftlichen Berhältnisse der Proklamierung persönlicher Freiheit vorausg fen müsse.

¹⁹⁾ Stadelmann, Preußens Könige 2c. 4, 45 ff. Das ablehnende Botum bes Generaldirektoriums, das u. a. auch von hardenberg und Schroetter unterschrieben ift, har doch keineswegs die Bedeutung eines ichlechthin reformseinblichen Aktes im sendalen Interesse, wie Cavaignac meint (Formation do la Prusse contemporaine S. 184). Die positiven Resormvorschäge sind immerhin beachtenswert; vor allem aber die hervorsebung der praktischen Schwierigskeiten, die dieser Plan ebenso wie das Emanzipationsedikt von 1807 nicht beseitigt, sondern nur umgangen hat: so die Frage der Entschädigung der Gutschern, die nachher bei der Regulierungsgesetzgebung wieder austaucht, und die Unwereindarkeit des Planes mit dem Erundsap des sogenannten Bauerusschusses. Das Vorum stammt sörtgens aus der Keder Goldbecks oder eines seiner Käte.

¹⁴⁾ Der Kanzler Graf Findenstein, bisher und, wie die Folge lehrte, auch weiterhin ein Gegner der Resorm, leitete die Berhandlungen der Deputierten zu Königsberg. Aus jedem der zwölf landrätlichen Kreise wurde ein Deputierter bernsen. Dann sollte die Sache in den Kreisversammlungen behandelt werden. (Rommissorium für Findenstein vom 11. Ottober 1802.) Schroetter, der sich offenbar in Findenstein getäusigt hat, sah voll Bertrauen den Berhandlungen entgegen, während Beynne von vornherein den großen Upparat der Deputiertenversammlung migbilligte, von dem er die Bereitelung seines Planes besürchtete.

¹⁵⁾ Die Neigung der Deputierten ging dahin, die gange Sache abzulehnen, um ihren Mitständen nicht zu prajudizieren. Sie vereinigten sich ichließlich auf einige Borichläge, die den Kreisverjammlungen vorgelegt werden sollten, die

Erlaß einer einseitigen königlichen Berordnung, die in dem Grundsatz gipselt, daß alle seit dem Tage der Huldigung geborenen Kinder von der Erbuntertänigkeit frei sein sollten. Der Entwurf dieser Berordnung, datiert vom 6. Februar 1803, ist vom König nicht vollzogen worden, obwohl der Inhalt seinen Absichten vollkommen entsprach: wahrscheinlich scheute er in dieser fritischen Zeit vor einem Konflist mit den Ständen zurück 16). Während nun Schroetterim Einverständnis mit dem Kadinett fortsuhr, unter dem ostpreußischen Abel sür den Plan des Königs Stimmung zu machen, sührte eine Anzahl von Edelleuten unter lebhaster Billigung des Königs die Besreiung ihrer Bauern auf dem Privatwege durch, unter ihnen die sämtlichen Dohnas, ein Finckenstein (Schönberg), Schroetter selbst. Aus den Kormen des Besreiungs-

aber so weit hinter ben Forberungen ber Regierung zurücklieben, baß von ber Bernfung ber Kreisversammlungen iberhaupt Abstand genommen wurde. Sie wollten 3. B zugestehen, baß die nach Publikation bes Geseps geborenen Kinderriei sein sollten; boch sollten sie bis zum 20. Jahre zum Gesindedienst verpssichtet bleiben. Die übrigen Untertanen sollten in 40 Jahren sutzessich nach Auswahl der Herrichast die Freiheit erlangen, aber nur gegen Wissegeld. Die Borschläge der Regierung enthielten bagegen solgende drei Punkte (die auch in dem Entwurf der Berordnung vom 6. Februar 1803 wiedertehren): 1. Kein Freier dars in den Stand der Untertänigkeit zurücktreten (was die Deputierten zugeben); 2. alle seit dem Hulbigungstage geborenen Kinder sind frei; 3. alle Soldaten sind frei nach 20j1hriger Dienstzeit.

16) Heber bie Motive bes Konigs findet fich in ben Aften feine Undeutung. Möglicherweise hangt bas Scheitern bes Planes mit bem Ericheinen einer Brojdure "über die Aufhebung ber Erbuntertanigfeit in Breugen" gujammen, bie am 1. Januar 1803 von ber Ronigsberger Benfurbeborbe approbiert morben war, bald barauf aber wieber verboten murbe. Gie hatte offenbar ben reformfeinblichen Teil des Abels in Barnifch gebracht, an beffen Spite ber Rangler Rindenstein ftanb. Um 9. Rebruar melbete fich ber Ronigeberger Berleger beim Roniglichen Rabinett mit einem Gefuch um Aufhebung bes Berbote. Die Schrift ging in ihren forderungen noch etwas weiter, als ber eben bem Ronig borliegende Entwurj. Gie ift offenbar von bem Dberprafibenten v. Auersmalb infpiriert, ber ber glubenbfte Bortampfer ber Reformfache in Oftpreugen mar: menigstens ift eine bon ibm an Benme übergebene Dentichrift über benfelben Gegenstand vom 12 Auguft 1802 jum großen Teil barin enthalten. Unter bem Landvolt in Diepreugen verbreitere fich jest wieder, wie icon 1798, bas Gerücht, ber Ronig wolle alle Erbuntertanigfeit aufheben; nur bie Behorben und die Buteberren miderftrebten. Sier und ba fam es ju tumultuarijchen Auftritten (im Sommer 18(3). Much bie Breffe bemächtigte fich ber Ungelegenheit. (Gothaer Nationalzeitung, bon Schroetter an Benne mitgeteilt, 24, Mug. 1803.)

inftruments, das Schroetter an Benme mitteilte, erfieht man, bag die neue Ordnung des Berhältniffes in ber Sauptsache auf dem Grundsat des freien Bertrages beruhen sollte. Bon einem Zwang zur Wiederbesetzung ledig werdender Höffe, dem Kern des sogenannten Bauernschutzes, konnte babei füglich nicht mehr die Rede fein. Wie wollte der Staat jolchen Zwang gegen ben Gutsherrn zur Anwendung bringen, wo dieser sich der Besugnis begeben hatte, seinerseits den Bauer zur Annahme einer Stelle zu zwingen! Offenbar konnte man diesen Herren nicht wehren, gelegentlich Bauernhöfe einzuziehen; die Neigung bazu mar infolge ber wirtichaftlichen Beränderungen in hohem Mage vorhanden.

Nun ftand freilich, wie wir aus ben Forschungen von Knapp wissen, der Bauernschutz dazumal in Oftpreußen überhaupt auf schwachen Gugen; eine Kontrolle war bis in das Jahr 1806 hinein faum möglich 17). Nachdem aber durch die Verfügung vom 31. Mai 180618) ein fester Rechtsboden geschaffen und damit die wirkliche Aussührung der Vorschriften gegen die Einziehung von Bauernland auch in Oftpreußen gesichert worden war, mußten die Gutsherren, welche die Bauernbefreiung durchgeführt hatten, ihren Standesgenoffen in einer Art von Vorzugsstellung ericheinen, da gegen sie die Strenge des Gesetzes ichwerlich zur Anwendung gebracht werden konnte. So mag der Abel Oftpreußens die vorteilhafte Seite der Sache kennen gelernt haben, das Aequivalent für den Berzicht auf die Erbuntertänigkeit, das er 1807 allgemein forderte und zugestanden erhielt. Bekanntlich hat Stein gegen diese verhängnisvolle Klausel sein Beto in die Wagichale geworsen;
aber doch nur mit halbem Ersolge: der Bauernschutz verlor
seine Wirksamkeit zum größten Teile, und der Grundsaß, ben Guteberen durch Bauernland zu entschädigen, murde der Edstein der ganzen späteren Regulierungsgesetzgebung 19). Der Freigebung des Bauernlandes entsprach die Be-

feitigung bes abeligen Borrechts auf ben Befit ber Ritter=

¹⁷⁾ Anapp 2, 97.

¹⁸⁾ Rnapp 2, 101.

¹⁹⁾ Bgl. Anapp 1, 137 ff., 161 ff., 184 ff.

güter. Auch biese Magregel trat 1807 nicht unvermittelt ein. Der Grundfat bes Musichluffes ber Burgerlichen, burch den Friedrich der Große versucht hatte, einen unaufhaltsamen wirtschaftlich fozialen Prozeg weniger im Standes als im Staatsintereffe zu verlangsamen 20), ift nach seinem Tobe nicht mehr mit Strenge aufrechterhalten worden. Mit bem machfenden Rapitalbedurfnis, ber zunehmenden Verschuldung bes Grokgrundbefiges ward für die Befiger felbft die Wohltat mit ber Beit gur Blage. Bon Friedrich Wilhelm II. rühmt Bergberg, daß er mit bem friberizianischen Grundsatz tatsächlich bereits gebrochen habe, und Marwig flagt bitter barüber, bag unter Friedrich Wilhelm III. die fonigliche Erlaubnis zur Erwerbung von Rittergütern burch Bürgerliche, die bas Landrecht vorschrieb, überhaupt niemals mehr verweigert worden fei 21).

²⁰⁾ leber bas Berfahren Friedrichs bes Großen binfictlich bes Erwerbs von Rittergutern burch Burgerliche vgl. Preug 3, 78 ff. In biefer Richtung bewegte fich die Politit bes Ronigs feit 1749. Das Chift bom 18. Februar 1775, bas den burgerlichen Ermerbern gemiffe Chrenvorrechte ber abeligen Guteherren entzieht, tonftatiert ausbrudlich, bag bie tonigliche Genehmigung jum Erwerb von Rittergutern burch Burgerliche bisher verichiedentlich erteilt worben fei, wo es im Intereffe ber bisherigen abeligen Befiger gelegen habe; baran wird auch funftig festgehalten. Die Entziehung ber Ehrenvorrechte traf übrigene, wie balb nachber burch eine besonbere Detlaration festgeftellt murbe (N.C.C. 1775 Rr. 3, G. 65), nur biejenigen burgerlichen Befiger, bie ein Rittergut feit Bublikation bes Ebikte bom 18, Rebruar 1775 erworben hatten. In Dftpreugen munichten übrigens bie Stanbe, bag bei Ubfaffung bes Provingialgesethuches biese in bas Breug. Landrecht (Teil 2, Tit. 9 § 59) übergegangene Bestimmung aufgehoben merbe, ba fie "einen fleinen Zwed auf Roften eines größeren erreiche und nur bagu biene, die Gemuter in eine ichabliche Spannung ju bringen". Der Großtangler murbe benn auch in biefem Ginne angewiefen (Rabinetteorber an bas Generalbir, 20 Oft. 1798). - Die Rabinettsorber bom 14. Juni 1785, die ben Ermerb von Rittergutern burch Burgerliche folechthin verbot (N.C.C.M. 7 Mr. 39, S. 3145), ift nicht über ben Tob bes Ronige binaus in Birtfamteit geblieben.

²¹⁾ herhberg, histor. Nachr. von bem ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms II. S. 9. Marwig, Nachlaß 2, 257. Die Aften bestätigen biese Angaben in der Hauptsache: Schon durch Kabinettkorder vom 24. November 1786 gab Friedrich Wilhelm II. seine Erlaudnis zum Berkauf eines adeligen Gutes an einen Bürgerlichen, indem er erklärte, er sei nicht abgeneigt, dergleichen auch künftig zu gestatten; nur müsse "bas gebörige Berhältnis" zwischen Welligen und Bürgerlichen dabei beobachtet werden: zu diesem Zweck hat das Generals birektorium mit dem Justizdepartement gemeinschaftlich eine Nachweisung

Die Gesetzgebung von 1807 sprengte nur die Hule, unter ber die neuen Einrichtungen langsam und fast unbemerkt herangereift waren. Die politische und soziale Herrenstellung der Großgrundbesitzer des Oftens hat weder sie noch die Resormgesetzgebung überhaupt beseitigt: der starke Standesgeist dieser herrschenden Klasse blieb ungebrochen und hat auch die eintretenden bürgerlichen Elemente in der Hauptsache zu afsimilieren vermocht.

Indem fich jo die Gebundenheit der ländlichen Befipund Standesverhaltniffe langfam ju lockern begann, verschoben sich auch allmählich die Grundlagen, auf benen fast ein Sahrhundert hindurch die Wehrverfassung des Preußischen Staates geruht hatte. Wenn es auf die Dauer unmöglich wurde, die kantonpflichtige Feuerstelle, bas abelige Rittergut ben unberechenbaren Wechfelfällen bes freien Bertehrs gu entziehen, fo mußte barauf Bedacht genommen werden, eine neue, fichere Quelle für die Erganzung bes Beeres zu eröffnen, jumal bie großen Weltverhältniffe bas Gebiet ber ausländischen Werbung im Reiche wie in Polen auf bas empfindlichfte eingeengt hatten. Diefer Zusammenhang ift freilich in feiner gangen Rlarbeit erft einer fpateren Beit jum Bewuftsein gefommen; aber aus ahnlichen Erwägungen gingen zum Teil doch schon vor 1806 die Blane zur Berminderung des Ausländerstammes der Armee, jur Gin=

barüber gu führen, wie viele Guter in abeligen, wie viele in burgerlichen Sanden find. (Db bies gefcheben ift, habe ich noch nicht feststellen konnen.) Die Gefuche murben bem Ronig balb gu gablreich: eine Rabinettsorber bom 27. Ruli 1787 wies bie Brufung berfelben bem Lehnsbepartement gu, bas bie tonigliche Genehmigung in geeigneten gallen nachzusuchen hatte. Der Bertauf jollte geftattet werben, mo er gur Ronfervation bes abeligen Raufers ober feiner Familie gereiche. (Das traf wohl in weitaus ben meiften gallen gu.) (Bublit. bom 30. Juli 1787.) Friedrich Wilhelm III. verweigerte pringipiell bie Erlaubnis jum Erwerb von Rittergutern hauptfachlich nur ben noch in Bachtverhaltnis ftebenben Domanenpachtern (RabinettBorber an Schroetter 26. Januar 1801 und ipater mehrfach), auch wohl Raufleuten in Sanbeloftabten, wie Stettin. - In welchem Mage bie burgerlichen Rittergutsbefiger unter ben beiben Regierungen gunahmen, erfieht man aus Tabellen im Staatsarchiv gu Stettin (St. A. P. I Tit. 77 Rr. 624). Danach maren in hinterpommern 1790 in ben Sanben ber burgerlichen Befiger 61 Ritterguter; 1804 bereits 106. -3m Rreife Rullichau (Reumart) machten icon 1781 bie burgerlichen Rittergutebefiger 1/3 ber Bejamtgabl aus. (Geh. St.-A., Generalbir. Reumart, Lanbrate.)

schränkung der Exemtionen, zur Bildung einer Landmiliz hervor; zugleich wurde die Milberung der Difziplin, die allgemeine Zulassung Bürgerlicher zu ben Offizierstellen erwogen. Ich muß es mir versagen, auf diese Reforms beftrebungen, die v. d. Golg ausführlich geschildert hat, hier näher einzugehen. Sie haben in ber Hauptsache ihr Ziel noch nicht erreicht; aber sie sind beshalb, historisch betrachtet, nicht vergeblich gewesen. In ihnen verläuft das erste Stadium des großen psychologischen Prozesses, aus dem die Resorm hervorgegangen ift, und in dessen Mittelpunkte doch gerade hier der König steht. Nur in langem peinlichem Grübeln und Schwanken reiften bei ihm die besseren Ginsichten und Entschlüsse, von denen seine Borlage an die Militär= reorganisationskommission Zeugnis gibt; seine zähe, schwungs lose Natur mußte sich erst langsam an die Vorstellung des Außerordentlichen gewöhnen, ehe sie dessen Ausführung erträglich zu finden vermochte. Die Wirkung der Katastrophe bestand hier, wie überhaupt, mehr in dem Burudbrangen der falschen Autoritäten, als in einer inneren Umwandlung der leitenden Berjonen. Bon dem Gedanken der allgemeinen Wehrpslicht war man vor 1806 noch weit entfernt; aber auch biese Neuerung, weitaus das Größte und Fruchtbarste, was die Resormzeit geschaffen hat, wäre ohne die preußische Bergangenheit, ohne die Kantonversassung und den milistärischen Geist des ganzen Staatswesens nicht möglich gewesen: die historische Beweismethode, mittelft beren Scharn= horst den zaudernden König für seine kühnen Plane zu gewinnen gesucht hat, war doch nicht bloßes Blendwerk. Gerade bie munderbare Berichmelzung des Alten und bes Neuen ift bas Charafteriftische ber militärischen Reform. Die neue preußische Armee, wie sie Scharnhorft und Boyen geschaffen haben, trug noch die unverkennbaren Grundzüge des friderizianischen Zeitalters. Wie weit blieb sie von boftrinaren Projeften wie dem der Offiziersmahl entfernt! Der altpreußische, aristofratische Charafter des Offizierkorps erhielt sich auch nach der Eröffnung für die Bürgerlichen: nach wie vor sühlte sich der Offizier dem König durch ein besonderes persönliches Treueverhältnis verbunden, das nicht rein staatsbürgerlicher Natur ist, sondern mit seinen Wurzeln in die feudale Epoche unserer militärischen Entwickelung

zurückreicht.

Einen wenig beachteten Punkt aus jenen Verhandlungen, an dem sich die Rückwirkung der militärischen Verhältnisse auf das joziale und finanzielle Gebiet besonders deutlich zeigt, mag es gestattet sein, etwas näher zu betrachten; es ist der, welcher dem König bezeichnenderweise ganz besonders am Herzen lag: die Aufbesserung der ökonomischen Lage des Soldaten.

Die Löhnung war noch immer dieselbe wie zur Zeit Friedrich Wilhelms I., obwohl die Preise der Lebenssebedürsnisse seither auf das Doppelte gestiegen waren. Auch bei einer Solderhöhung um $25^{\circ}/_{\circ}$, wie sie der König beabsichtigte, und wie sie schließlich auch durchgeführt worden ist, machte sich das dringende Bedürfnis geltend, dem Soldaten, auch dem, welcher vollen Dienst tat, also nicht blog den sogenannten Freiwächtern, in der bürgerlichen Arbeit die Duelle eines Rebenerwerbs zu sichern; und hier traten vielfach die ausschließenden Privilegien ber Bunfte hindernd vielsach die ausschließenden Privilegien der Jünfte hindernd in den Weg. Die Unterhaltung des Heeres war so nicht bloß zu einer brennenden Finanzfrage geworden, sondern auch zu einem sozialen Problem, bei dem die Unvereinbarkeit der alten militärischen und der bürgerlichzgewerblichen Einrichtungen deutlich hervortrat. In diesem Jusammenhange tritt in den Beratungen der Finanzkommission — meines Wissens zum ersten Wale in Preußen²²) — die radikale Forderung einer ganzlichen Beseitigung des Zunftzwanges auf. Sie blieb nicht ohne entschiedenen Widerspruch. Die Gegner fürchteten von einer so plöglichen Umwälzung bebenkliche Gährungen unter der gewerbtreibenden Bevölkerung. Man verständigte sich dahin, daß zur Aussiührung des Planes eine ruhigere Zeit abzuwarten und ein Einvernhemen mit den Nachbarftaaten zu suchen fei. 2118 Ginleitung und Uebergang jur Bewerbefreiheit wurde aber ichon jest in einem

²⁹⁾ Db nicht icon bei ben Borarbeiten jum Allgemeinen Sandrecht bie Einführung ber Gewerbefreiheit bistutiert worden ift, habe ich noch nicht festitellen tonnen.

Separatvotum die Aufhebung alles Junungs- und Gewerks- zwangs den Militärpersonen gegenüber vorgeschlagen 23); nur sollten dann die Soldaten, welche selbständig ein Gewerbe betreiben wollten, auch den gewöhnlichen bürgerlichen Lasten unterworfen sein. Eine allgemeine Berordnung ist darüber nicht ergangen; doch scheint es, nach der Entscheidung eines streitigen Falles 24) zu urteilen, daß in der Praxis fortan in diesem Sinne versahren wurde.

Eine bebeutsame Wandlung bereitete sich so in ber Stellung der Soldaten zur staatsbürgerlichen Gesellschaft vor. Die spätere Gesetzgebung hat den Bürger zum Soldaten gemacht; diese Bestrebungen gingen darauf aus, dem Soldaten eine bürgerliche Existenz zu gründen. Zwei Tendenzen, sehr verschieden in ihrem Ausgangspunkt und in ihrem militärischen Effekt, aber einig in dem sozialen Zweck: Beseitigung der Aluft zwischen Zivil und Militär, Berschmelzung des Soldaten- und Bürgerstandes.

Finanziell handelte es sich bei der Soldzulage, die eine Zeitlang im Mittelpunkt des Interesses bei den Kommissionsperhandlungen stand, um eine verhältnismäßig geringe Summe: nicht viel mehr als eine halbe Million im Jahre 25). Aber bei den Berhandlungen über ihre Deckung traten bev beutende Gesichtspunkte für die Finanzreform überhaupt hervor. Eine Kadinettsorder vom 13. Oktober 1798 wies die Finanzkommission an, dabei auf die Heranziehung des Abels zur Grundsteuer Bedacht zu nehmen. Die Lehnspferdegelder seien kein ausreichendes Aequivalent für den Fortfall der Lasten des Lehnsdienstes. Ueberhaupt sei — so heißt es — die Intention des Königs dahin gerichtet,

²³⁾ Bon bem Geb. Finangrat b. Anobloch.

²⁴⁾ In Potsdam betrieb 1802 ein "in Reih und Glieb stehenber" Garbegrenabier eine Metalltnopffabrit auf eigene Rechnung mit einer Anzahl Gehilfen. Auf Beschwerben beshalb bezeichnete Struensee ben Betrieb als ungesehlich, da ber Inhaber teine bürgerlichen Lasten trage. Er unterbreitete jedoch die Sache der Entscheidung des Königs. Der König entschied, daß der Grenabier den Betrieb beibehalten dürse, aber künftig zur Tragung der bürgerlichen Lasten verbunden sei. (R. 89.)

²⁵⁾ Man hatte fie anfangs auf 850 000 Tr. geichatt; ber Kommiffiones bericht bom 24. November 1798 begiffert fie auf 550 000 Tr.

bie eximierten Alaffen zur Teilnahme an ben Staatslaften beranzuzieben.

Es war wohl der General Courbière26), der diesen Gedanken angeregt und damit einen der resormbedürftigsten Punkte der preußischen Steuerversassung berührt hatte. Selbst kein Landwirt, hatte er sich erboten, um den Borwürsen seiner Standesgenossen die Spize abzubrechen, sein eigenes Vermögen in Grundbesitz anzulegen, wenn der Plan zur Aussührung komme.

Die Rabinettsorder an die Finanzkommission gelangte durch einen Bruch des Umtsgeheimnisses²⁷) in eine Hamburger Reitung28) und erregte Auffehen im Lande. Gine Angahl von ritterschaftlichen Korporationen, namentlich ber Kurmart, wandte fich an ben Konig mit Vorstellungen, die unter Berufung auf die verbrieften Rechte ber Stände jener Ubsicht entgegentraten 29). Aber auch die Finanzkommission erhob schwere Bedenken, indem sie teils auf den Kentencharafter der Grundsteuer, teils auf die unzweifelhaften ent= gegenstehenden Rechte des Abels hinwies 30); von einer Entschädigung aus Staatsmitteln ift bamals noch nicht bie Rebe gemesen. Die Rommission empfiehlt ichlieflich ftatt ber Grundsteuerreform hauptfächlich eine angemeffene Grhöhung der Konsumtionsabgaben auf Gegenstände des Berbranchs der wohlhabenden Klaffen unter ganglicher Beseitigung aller Befreiungen von Utzife und Boll fur die privilegierten Stände 31). Der Ronig fügte fich biefen Bor-

²⁶⁾ Bgl. bessen Borschläge bei Golh, Roßbach und Jena S. 88 f. Courbiète und L'Cstocq waren die Offiziere, mit benen ber König sich persönlich über die Sache besprochen batte.

²⁷⁾ Die behördlichen Nachforichungen beshalb verliefen ergebnislos.

²⁸⁾ Samburger Reue Zeitung vom 23. Ottober 1798.

²⁹⁾ Immediateingabe der Ritterschaft bes Erossenschen Kreises vom 28. Dezember 1798, des Ledusschen Kreises vom 27. Januar 1799 (unter den Unterzeichnern der Graf v. Findenstein, des Oberbarnimschen Kreises vom 5. Februar 1799, der Udermart und des Stolpirischen Kreises vom 28. Februar 1799. — Der Ritterschaftsrat v. Hedden (Camuiz dei Koniz) schlug in einer Irmediateingabe vom 16. November 1798 eine Luzussteuer vor; eine solche wurde auch von einigen Mitgliedern der Finanzsommission empfohen.

³⁰⁾ Ronferengprotofoll bom 7. November 1798.

³¹⁾ Rommiffionebericht bom 24. November 1798.

schlägen ohne besondere Schwierigfeit, und so kam das Ebikt vom 25. Januar 1799, formell ein Werk Struensees, zusstande, das diesem Gedanken gesetzgeberischen Ausdruck verlieh 32).

Die Aufhebung ber abeligen Freiheiten rief auch jetzt Bersuche zum Widerstande hervor. Nicht nur in den rheinischwestfälischen Landen, auch in der Kurmark sorderten die Stände, vor der Durchführung der Maßregel gehört zu werden 33). Die Krone behauptete dagegen ihr finanzielles Hoheiterecht und den von ihr aufgestellten Grundsatz, daß nicht sortdauernd eine Klasse der Staatsbürger gegen die andere vorbelastet werden dürse. Als der märkische Abel

⁸²⁾ Es verfügt: 1. Aufhebung der bisher bestandenen Freiheiten von ben Ronjumtionsabgaben (fur Bof, Abel 2c.), 2. Aufbebung ber Befreiungen von Baffergoll, Lizeng= und Schleufengelbern ac. beim Export von Getreibe (für bie Domanenamter, Stifte, Ritterguter, Standesberrichaften), 3. Erhöhung ber Konfumtionsabgabe auf frembe Weine, 4. Erhöhung ber jog. llebertragsatzife (Atzifeguichlag) unter Freilaffung ber notwendigen Lebensbedürfniffe. - Die abeligen Gutobefiger genoffen bie Afgifefreiheit nicht nur auf ben Sandgutern für ihre Wirtschaft und Ronfumtion, sondern auch in den Städten, wenn fie bort angefeffen maren. Das Privilegium grundete fich in ber Rurmart auf ben Rezeg von 1653 und auf ein Cbitt Friedrich Wilhelms I. vom 29. Dezember 1736 (Myl., C.C.M. IV, 3, 2 Rr. 84), beffen Beftimmungen in bem Atzifereglement bom 3, Mai 1787 in der Sauptfache wiederholt wurden (11, § 2). Ausgenommen waren bie aus hanbelspolitischen Grunben "hochimpostierten" Waren (Gbift bom 24. Juni 1734). Man unterschied in diesem Sinne zwischen "Impost" und eigentlicher "Konjumtionsatzije"; ben "Impoft" hatte auch ber Abel gu erlegen. Doch murbe bas bei einigen Artiteln nicht ftreng burchgeführt: namentlich für fremde Beine und Raffee mar ber Abel afzifefrei. (Reffript vom 20. Dezember 1764, Geh. Staatsarchiv, und Deflaration bom 19. Juni 1778, N.C.C.M. 1778.)

^{23.} Immediateingabe der Stände des Lebnjer Kreises vom 27. Januar 1799, zurückgewiesen durch Kabinettsresolution vom 11. Februar. Neue Eingabe vom 23. März: "Die Ritterschaft weiß es, daß aus ihren Mitteln das Korps der Offiziere, dieser erste und so wichtige Teil der Armee, genommen wird. Wie fann sie es also ohne tiese Kräutung hören, daß nicht sie mit der Armee, sondern diese statt ihrer Leib und Leben sür die Errteidigung des Baterlandes wage. Dieses tut sie, die Nitterschaft, noch alle Tage und macht sich dadurch noch immer der Borrechte würdig, die ihr von ihren Borestern angeerbt sind." (Beide Eingaben wieder von Fincenstein mittunterzeichnet.) Andere Jmmediateingaben von den Ständen des Niederbarnimschen Kreises vom 9. März 1799, des Oberstannischen Kreises vom 31. März 1799, von den Halberstädissischen (6. April 1799), den Landssänden der Grassarch. R. 89.

sich dabei nicht beruhigen wollte, wurden weitere Vorstellungen in der Sache schlechtweg verboten 34). Es war wie ein Vorspiel der Kämpfe, die Hardenberg im Jahre 1811 zu bestehen hatte.

Was sonst in dem Zeitraume bis 1806 an Reformen auf dem Gebiete ber Finangverwaltung gelungen ift, fteht in engem Rusammenhang mit ben Beratungsergebniffen der Finanzkommission. Die Vereinsachung in der Verwaltung des wichtigen Salzmonopols, mit der Stein seine Tätigkeit als dirigierender Minifter im Generalbireftorium begann - die Aufhebung ber Binnengolle, die er bald nachher in Unariff nahm - bie Ginrichtung bes ftatiftifchen Bureaus, beffen Ermittelungen eine fichere Grundlage fur die fünftige Sandels- und Gewerbepolitit bieten follten - bie gum größten Teil auch schon vor 1806 burchgeführte Bufammenlegung ber Provinzialafzisebireftionen mit ben Kriegs- und Domanenkammern - alle dieje Reformen, als beren ausichlieflichen Urheber man Stein anzuschen pflegt, find nur bie Musführung von Blanen, die von ber Finangkommiffion nach forgiamer Brufung empfohlen worden maren 35); ja fie geben zum Teil, wie namentlich die Aufhebung der Binnengolle, auf die Unregung des Königs gurudt, ber gerade in Diefem Buntte eine gang entschiedene Willensmeinung in ber Instruktion ausgesprochen hatte 36).

Daß all biese Plane jahrelang unausgeführt liegen blieben, ift boch wohl vornehmlich bie Schuld Struensees. Es ist etwas Tragisches in bem Besen bieses vielverkannten Staatsmannes, den man boch nicht bloß nach einigen

⁸⁴⁾ Rabinetterefolution bom 23. Mars 1799.

³⁵⁾ Kommissionichte vom 20. Dezember 1799 (Salzwefen: Seinit gegen Struenfee); 17. Dezember 1799 (Atzije, Binnengolle); 14. Dezember 1799 (Staates und Sanbelebalance).

^{36) &}quot;12. So will Ich burchans die so lästigen als unnüten fog. Landsölle abgeschasst wissen, bie da eine Proving gegen die andere sperren, drücken und onerieren und wenig einbringen." Die Finanzionnmisson war über die Möglicheteit einverstauben; der finanzielle Aussall wurde auf etwa 100 000 Taler geschätt. Die dieschach gitierten Worte Struensees über die Schwierigieit von Resormen aus helds Charatteristit (3. B. bei Weier, Berwaltungsorganisation S. 132) beziehen sich gerade auf diese berhältnismäßig sehr einsache Angelegenheit.

frivol flingenden Sarkasmen beurteilen barf, die von ihm tolportiert wurden, wie der bekannte Ausspruch: eine Zeitlang werde die Bastete wohl noch halten. Er war der bedeutendite Repräsentant bes alten friberizianischen Suftems in einer Zeit, die nach neuen Lebensformen rang; ein fühler, klarer, mathematischer Kopf, der bei aller Einsicht in die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände doch an jeder Resorm verzweiselte, weil er mit den Imponderabilien im Staateleben nicht zu rechnen verftand. Er bejag nichts von der glücklichen Gedankenlofigkeit, die fo viele der älteren Beamten über den Eruft der Lage täuschte; aber fein Raffandrablid vermochte nur die Zeichen des Berfalls, nicht die Regungen eines neuen Lebens zu erkennen. Es ift wohl zu verstehen, daß er so vielen, namentlich unter ben jüngeren, imponierte; aber unbegreiflich ift es, wie Schön in ihm den größten der preußischen Minister, den rettenden Mann zu feben vermocht hat. Zum Reformator fehlte diesem steptischen Geiste schlichthin alles: das leichtherzige Selbstvertrauen wie die bergeversetzende Kraft des Glaubens. Unberührt von den populären Tagesströmungen, hat er mit logischer Folgerichtigkeit das friderizianische System zu seinen letzten Konsequenzen ausgebildet. Wie er gegenüber ben etwas vagen freihandlerischen Reigungen bes Königs das Prohibitivspstem — nicht ohne innere Berechtigung — aufrechterhielt und gegenüber ber großen Geld- und Absatfrisis von 1799 auf die Spige trieb 37), so hat er auch für eine Resorm des Afzisewesens, die der König in der Instruktion angeregt hatte, als Mitglied der Finanz-kommission schlechthin nichts getan: wenn er ein Mittel wüßte, wie Abhilse zu schaffen wäre — so erklärte er in ber Kommission — so würde er es als Minister bem König ichon längst vorgeschlagen haben.

Und boch wurden schon damals Reformgedanken von großer Tragweite ausgesprochen und erörtert. Die wesent-

³⁷⁾ Durch das Berbot der Einführung frember Manufakturwaren auf die Frankfurter Messe (1800), das diese besinitiv aus einem internationalen zu einem binnenländischen Markt machte — freilich eine der spstematischen englischen Schleuberkonkurrenz gegenüber ganz gerechtsertigte Waßregel.

lichen Pringipien, auf benen bie fpatere Umbilbung bes indireften Steuersuftems in Breugen beruht, begegnen, freilich noch nicht in sustematischer Busammenfassung, in ben Bapieren ber Finangkommiffion 38) zum erften Dale: Scheibung ber Brengzölle von ben eigentlichen Ronfumtions= steuern, Beschränkung ber Konfumtionssteuern auf wenige ertragreiche Sauptartifel unter Freilaffung ber Menge aller übrigen Waren, Ausdehnung der vereinfachten Konsumtionssteuern auf das platte Land unter Ersassung ber ländlichen Brennerei und Brauerei — bas maren Gebanken, auf die sich, wenn man sie fombinierte, wohl eine burchgreifende Reform ber Afgifeverfaffung bauen ließ, benen aber Struensee, trop gelegentlicher Mahnungen bes Königs 39), feine Rolge gegeben hat.

Auch hier ist es wieder erst Stein gewesen, der bie Reform wenigstens in einem wichtigen Bunkte in Angriff genommen hat. In Verbindung mit seinem Plane zur Ausgabe von Tresorscheinen schlug er am 9. Oktober 1805 dem König vor, zur Deckung der Zinszahlungen eine gleichmäßige Befteuerung ber Geträufefabrifation, Schlachtens und bes Weißbrotbackens auf dem platten Lande burchzuführen. Die offen ausgesprochene Absicht war dabei zugleich, die scharfe Trennung von Stadt und Land, die sich schon lange als ein Hindernis des wirtschafts lichen Fortschritts erwiesen hatte, zu beseitigen. "Auf einer mehreren Gleichheit zwischen Stadt und Land", führt die Dentschrift aus, "beruhet bie Möglichfeit, einen Teil ber jett ben Städten ausschließlich beigelegten Gewerbe auf bas Land zu verpflanzen und badurch der Dekonomie einerseits und der Fabrifation andererseits wohlfeilere Arbeiter

³⁸⁾ Bericht vom 17. Dezember 1799 (mit den Beilagen), Dentichrift Soums bom 9. Dezember 1798, Dentichrift bon Beinig bom 10. Juli 1798 2c. Aus bem Botum Borgfiebes mag eine intereffante Berechnung über bas Steigen ber Roften ber Atzisevermaltung bier mitgeteilt werben, melche zeigt, bag bie boberen Bermaltungetoften nicht ber Regie als folder gur Baft gu legen find. Die Berwaltungstoften betrugen banach vor 1766: 85/60/0, 1766-86: 161/40/0, 1798: 20%

³⁹⁾ Bgl. 3. B. bie Rabinetteorder vom 21. August 1802 bei Baffemis, Rur= mart 1, 490.

zu geben." 40) Gerabe bicsem Teile bes Steinschen Anstrages stimmte der König bereitwilligst und ohne Rückhalt zu; eine Kabinettsorder vom 15. Oktober 41) wies den Minister an, alsbald Maßregeln zur Aussührung zu treffen. Bon solchen ist jedoch in den Akten keine Spur vorhanden. In einem weitläufigen, aber von patriotischem Stolz und kriegerischem Feuer durchglühten Bortrage vom 26. Oktober 42) beantragte Stein, daß die Neuerung, die sonst manche Schwierigkeiten sinden werde, in einer Druckschrift vor der Dessentlichkeit als ein patriotisches Opfer dargestellt werde, das die ernste Not des Angenblicks sordere. Die allgemeinspolitische Tendenz des Borschlags lag auf der Hand: er ist nicht angenommen worden; und die verhängnisvolle Wendung, die die auswärtigen Verhältnisse bald daraus nahmen, hat wohl die Aussiührung jener bereits beschlossenen Maßregel bezüglich der Akzisersorm verhindert. Immerhin war durch die prinzipielle Entscheidung dieses wichtigen Punktes Bresche gelegt in das alte System der Akziseversassung die Richtung der Resorm konnte nicht mehr zweiselhaft sein.

In enger Berbindung mit dem Finanzipstem war der Behördenorganismus des Preußischen Staates Glied für Glied erwachsen: die Reformbedürftigkeit des einen bedingte auch die des andern. Nirgends tritt dieser Zusammenhang deutlicher hervor, als bei der Errichtung der Generalkontrolle, in der sich die Resultate der gesamten Finanzverwaltung konzentrieren sollten zum Zweck einer allgemeinen Uebersicht, wie sie seit dem Tode Friedrichs d. Gr. mehr und mehr verloren gegangen war. Wieder löste sich damit — wie sichon 1787 bei Begründung des Oberkriegskollegiums — eine der wichtigsten Funktionen der königlichen Selbstregierung von der Person des Monarchen ab. Aber auch die Organisation der eigentlichen Finanzbehörden genügte den nach Umsang

⁴⁰⁾ Geh. Staatsarch. R. 89. Bgl. Berg, 1, 306 f.

⁴¹⁾ Minutensammlung bes Geh. Staatsarchive 1805.

⁴²⁾ Gebruckt bei Perg 1, 310 ff., ber die Antorschaft Steins bezweiselt. So auch Seeley 1, 201. Einige Partien scheinen mir boch von Stein selbst herzurühren. Das mir vorliegende Exemplar aus R. 80 bes Geh. Staatsarchivs ift ein Mundum von Kanzleigand.

und Inhalt gewachsenen Aufgaben ber Berwaltung nicht mehr: eine zeitgemäße Umgestaltung bes Geschäftsganges beim Generaldirektorium stand an der Spize des königslichen Resormprogramms. Die provisorische Justruktion vom 19. März 1798 tat schon einen ersten Schritt auf dieser Bahn: sie brach mit dem unhaltbar gewordenen Grundsatz einer durchaus kollegialischen Verfassung und wies den Departementschess in gewissen Grenzen gesetliche Selbständigkeit und ausschließliche Verantwortlichkeit zu ¹³); aber die wöchentlichen Plenarberatungen, die sie daneben sür allgemeine Angelegenheiten wieder einsührte, genügten bei der komplizierten Struktur der Behörde doch nicht, um Sinheit und Zusammenhang in die Verwaltung zu dringen. In der Finanzkommission ging man weiter: einer der hellsten Köpse unter den jüngeren Beamten, der Geh. Finanzrat Borgstede ¹⁴), vertrat hier schon ganz moderne Resormideen.

Er verlangt in der Zentralinstanz Beseitigung der Provinzialdepartements, Berteilung der Geschäfte nach sachlichen Gesichtspunkten unter vier Fachminister, die ein Kollegium bilden sollen, während die einzelnen Ministerien mehr nach dem Bureausystem einzurichten sind. Besonderes Gewicht legt er daneben auf die Organisation einer kräftigen

⁴³⁾ Dies ist m. E. ber wesentlichste Bunkt in der Instruktion: ein neues Prinzip, das den Nebergang zum Ministerialihikem andeutet. Der Urheber der "provisorischen Justruktion" ist offenbar Heinig gewesen.

⁴⁴⁾ August Beinrich v. Borgftede (burgerlicher Bertunft, erft fpater geabelt) war Beh. Finangrat im nenofiprengiften Departement, einer ber gefcateften Rate Schroettere. Balb nach Ginrichtung bes frantifchen Departemente murbe er durch Uebereifunft Sarbenberge mit Schroetter auch biefem Departement jugeordnet, berart, bag er ohne bejonderes Dezernat bem Departementechef im allgemeinen gur Seite fteben follte. Seit 1800 mar er "vorfigender Rat" in bem Bogichen Departement (vgl. S. 437 Unm. 2). Er ift bann nach Struenfees Tobe (1804) als beffen nachjolger in Frage getommen: feine Ranbidatur ftanb bamals ber Seine gegenüber. Beibe maren einander offenbar nicht geneigt: Borgfrebe fab in Stein bor allem ben reichsritterlichen Uriftofraten, Stein und feine Freunde (3. B. ber Minifter Angern) in Borgftebe ben ftrebjamen, ge= fügigen Bureaufraten. Borgftebe mar fpaier Mitglied ber Afgdemie ber Biffenicaften; er ftarb 1824 und bin erließ eine bebeutenbe Biblioibet. Er hat gefdrieben: Juriftifch-ötonomifche Grunbfage bon Generalverpachtung der Do= manen in den preufijden Staaten (Berlin 1785), und: Statiftifchetopographifche Beichreibung ber Rurmart Branbenburg I. Berlin 1788.

follegialen Provinzialverwaltungsbehörde, die durch Aussbehnung der Zuständigkeit und Berantwortlichkeit der Kamsmern, durch Zusammenziehung aller Verwaltungszweige in ihnen hergestellt werden soll 45).

Es bezeichnet die damals im Rabinett herrschende Strömung, bag nach Schlug ber Rommiffion gerabe ibm ber Auftrag erteilt murbe, nähere Vorschläge gur Reorganisation der Verwaltung zu machen. Indem Borgstede jetzt seinen Plan noch einmal ausführlich darlegte 46), gestand er zu, bak es große Schwierigkeiten haben werbe, ihn gleich in biefer Bestalt jur Musführung ju bringen. Er fchlug ein Uebergangsftadinm vor. In den Grundgebanken einer Ent= laftung ber Bentralinftang, einer Stärfung ber Provingialbehörben, einer freieren Stellung ber Minifter in ihren Ressorts hielt er fest; aber er wollte zwei große Provinzial= bepartements beibehalten, eines für die ehemals polnischen Provinzen mit Ginschluß Oftpreugens und eines für bie Reichslande mit Ginschluß Schlesiens. Daneben brei Fachministerien: für die Finanzen, für den Krieg, für Afzise-und Handelssachen. In dem Ministerkollegium würde der Beneralfontrolleur47), beffen Stellung mit ber bes Rinansministere zu verbinden wäre, und nächst ihm der älteste Minifter eine leitende Stellung einnehmen.

Harbenberg, bessen rechte Hand Borgstebe damals beim fränklichen Departement war, ging in ben Borschlägen, die er der Denkschrift hinzusügte 48), noch weiter. Er empfahl die Bildung eines einheitlichen Ministerkonseils über den Nahmen des Generaldirektoriums hinaus auf der Basis des alten Staatsrats. Neben die sünf Minister des Generaldirektoriums würde ein Austigminister, ein Minister des Aus-

⁴⁵⁾ Separatvotum zum Bericht der Finanzkommission vom 30. Dezember 1799.

⁴⁶⁾ Denfichrift bom 10. Juni 1800.

⁴⁷⁾ Der Generalkontrolleur Graf Schulenburg-Kehnert, der in enger Berbindung mit dem Königl. Kabinett stand, war zugleich Mitglied des Generalsbirektoriums ohne Departement; mit der eigentlichen Finanzverwaltung hatte er disher nichts zu tun. Seine Hauptausgabe war die Ausarbeitung des jährlichen Finanztalkaus für den König (Geheine Instruktion vom 19. Februar 1798 bei Gertel, Oberrechnungskammer, Grafinzungsbeft 3 f.),

⁴⁸⁾ Gleichfalls vom 10. Juni 1800 batiert.

wärtigen und einer für die jog. inländischen Bublika treten, bem auch die geiftlichen und Lehnsfachen famt den Ungelegenheiten des Königlichen Saufes zuzuweisen wären.

Man fieht, wie hier die Gedanken fich bilden, auf benen die spätere Umgestaltung der Bentralbehörden beruht. Rur ein Buntt, wohl der wichtigfte von allen, wird noch mit feiner Silbe berührt: Die Stellung ber Rabinettsräte awischen bem Konig und ben Ministern, beren Beseitigung

später der Ungelpunkt ber Reform geworden ift.

Offenbar glaubte Hardenberg damals noch, daß ein Ministerkonseil auch neben dem Kabinett eine erfolgreiche Birtsamteit entfalten fonne: ber Gegensatz zwischen ben Rabinetteraten und ben Ministern hatte sich noch nicht zu ber fpateren Schroffheit entwickelt; insbesondere mit Benme lebte Barbenberg, wie die meiften anderen Minifter, damals noch im besten Ginvernehmen. Möglich, daß die rechtzeitige Stärkung und Konsolidierung ber Ministerialinstanz sogar die volle Ausbildung der Rabinettsregierung, wie fie in den nächsten Sahren stattfand, hatte verhindern können. In bem Umte bes Generalfontrolleurs, der mit einem Rufe im Rabinett, mit dem andern im Generaldirektorium ftand, lag ohnehin ichon ber Unfat gur Stellung eines erften Ministers: mas hatte ein Mann wie Stein aus biefem Bosten zu machen gewußt! Allein der Resormplan ist in dieser Weise überhaupt nicht zur Durchsührung gelangt. Es war vornehmlich der Minister v. Boß⁴⁹), der den

Blanen von Borgstebe und Sarbenberg eine andere Wendung

gegeben hat.

Bog scheint besonders an der Unterordnung unter einen leitenden Minifter Anftoß genommen zu haben 50). Er wollte in ber Zusammensetzung ber Zentralinftang überhaupt

⁴⁹⁾ Damale Chef bes wichtigen Departemente, bas Gubpreufen, die Marten und Pommern umfagte - ber fpatere Gegner ber Reformer, bas "Saupt ber martifchen Junterpartei" (Schon).

⁵⁰⁾ Wie 1807 nach ber Kabinettsorber vom 26. April! Ginen bemerkenswerten Borichlag gur Ginrichtung eines Staatsminifteriums von fünf Rachminiftern in unmittelbarer Berinupfung mit ber Perfon bes Ronigs bat Bog bem Ronig am 10. Marg 1807 übergeben (Rante, Sarbenberg 5, 468).

keine durchareifenden Aenderungen; dagegen follten bie Minister in ihren Departements freiere Sand bekommen 51). Das hauptgewicht legt er durchaus auf die Organisation ber Brovinzialbehörden. Er eignet fich ben Gebanken einer ausgebehnteren Wirksamkeit, einer selbständigeren Stellung. einer größeren Verantwortlichkeit ber Rammern an, in benen auch er alle Zweige ber Provinzialverwaltung konzentrieren will. Wie Sarbenberg will auch er die Rammerjuftig abschaffen, bafür die eigentlichen Berwaltungegeschäfte Rirchen=, Schul= und Urmenwesen auf die Bermaltungs= behörden übertragen. Go foll zugleich die Autorität ber Brovinzialbehörden gehoben und bas Generaldireftorium von dem Buft des Details befreit werden. Es ift ber Bedanke einer Dezentralisation ber Bermaltung auf rein bureaufratischer Grundlage, ber ihm vorschwebt, von dem er Bereinfachung und Belebung bes Beschäftsganges, Umsetzung der Schreiberei in fruchtbare Tätigkeit erwartet 52).

Dieser Plan 53) ist vom König am 10. Juli 1800 ansgenommen worden. Er sollte schrittweis zur Ausssührung gebracht werden, zunächst in dem Departement von Boß selbst, das damals die Marken, Pommern und Südpreußen umfaßte 54). Nach Jahressrift konnte Boß dem König melden, daß der Ersolg der neuen Einrichtung so gut sei, wie er ihn nur habe erwarten können; er brachte ihre Ausbehnung auf die ganze Monarchie in Borschlag 55).

⁵¹⁾ Damit hangt ber Plan zusammen, die laufenden Geschäfte der Departes ments durch einen vorsitzenden Rat leiten zu lossen, dem Minister nur die Haupisachen vorzubehalten Tiesen Plan hatte Borgstede, vielleicht nach dem Borbild seiner Stellung im franklichen Departement, entworsen.

^{52.} Dentichrift vom 28. Juni 1800, mit Bemerfungen Schulenburgs, ber im wesentlichen einverftanben mar.

⁵³⁾ Immediatbericht mit Beilagen d. d. Amt Cloffow 6, Juli 1800.

^{54) &}quot;Norm für den Geschäftsbetrieb bei den kurmärkischen, neumärkischen, pommerschen und südpreußischen Departements des Kgl. Generaldirektoriums." 25. Juli 1800 (Borsigender Rat in dem märkisch-pommerschen Departement wurde Borgstede.) Ferner: "Reskript an die pommersche, kur- und neumärkischen Kammern" 23. August 1800.

^{55) 3}mmebiatbericht vom 2. September 1801,

Hür das altpreußische Departement gab Schroetter 56), für das westsätische Heinig im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten Stein 57) seine Zustimmung. Die Beränderung in der Stellung der Kriegs und Domänenkammer erfolgte dort schon 1801 58), hier erst ein Jahr später 59). Im Jusammenhang damit wurde die Zusammenlegung der Atzisedirektionen mit den Kammern 60), die Beseitigung der

⁵⁶⁾ Immediatherichte vom 4. November 1801, 20. April 1802, 16. Januar 1804. Die Geftaltung des Geichaftisbetriebes bei bem Schroetterichen Departement war, namentlich hinfichtlich bes vorsigenden Rates, eine etwas andere wie bei bem Bofichen.

⁵⁷⁾ Immediatbericht vom 24. Februar 1802. Bon der neuen Einrichtung innerhalb bes Departements felbst ist hier, wohl der besonderen Berhältnisse wegen, nicht die Rede.

⁵⁸⁾ Reffript an die Kammern bes altpreußischen Departements vom 30. Mai 1801.

⁵⁹⁾ Restript an die Markliche, Cleveiche, Mindeniche Kammer vom 24. Februar 1802.

⁶⁰⁾ Der Gedante einer Zusammenlegung ber Utzisedirektionen mit ben Rammern findet fich ichon in ber Inftruftion fur die Organication bon Deuoftpreugen (1796); boch unterblieb biefelbe bamale, weil Schroetter fich mit Struenfee über bie Mobalitaten ber Bufammenlegung nicht einigen fonnte. Schroetter wollte eine bollftanbige Berichmelgung unter Ginrichtung bon zwei Abteilungen (eine für Sanbespolizei, Forften und Domanen, die andere für birette und indirette Steuern), Struenfee Aufnahme ber Atgifebirettionen in die Rammern als integrierender Bestandteile derfelben unter Refthaltung bes bisherigen Reffortverhaltniffes gu feinem Departement. Bog brachte 1797 bie Sache, gunachit fur Subpreußen, wieber in Unrequng und ging auf Struenjees Bedingung ein. Mit einem gemeinschaftlichen Immediatbericht bom 5. Märg 1800 übergaben beide einen Plan mit dem Borichlag, gunächst einen Berfuch in Ralifch zu machen. Der Ronig genehmigte bies am 10. Marg; auf feinen Bunfch wurde jugleich ein zweiter Berfuch unternommen, und zwar in Stettin (Rabinettsorder 12. Upril). In Ralifch machte man feine guten Erfahrungen mit ber neuen Ginrichtung; befto beffere in Stettin. Rur munichte ber bortige Rammerprafibent Beybebred eine völlige Berichmelgung, ein Plan, ben Bog bem Ronig empfahl (12. Rebruar 1802), und ben ber Konig genehmigte. Wirflich gur Musführung tam biefer Bedante in ben Entichabigungsprovingen, wo eine Inftruttion bom 19. April 1803 bie Berbindung ber Afgifebireftionen mit ben Rammern anordnete. Mit Sinmeis barauf ichlug Bog Struenfee 2. Rebruar 1804 eine abnliche Regelung fur Ralifch und Stettin vor, aber Struenfee antwortete 7. Marg ablehnenb : ber Rugen der Bereinigung fei überhaupt problematifc. Rach Struenjees Tobe nahm Stein bic Sache wieber auf und fette fich beswegen mit Bog und Schroetter in Berbindung. Um 3. November 1805 beantragte er junachft bie Bereinigung fur Gud- und Reuoftpreugen, bie ber Konig 11. November genehmigte. Um 18. Upril 1806 reichten Bog, Schroetter und

Kammerjustig 61) nach und nach in einzelnen Provinzen vorgenommen 62). Die neue Organisation war noch nicht zum Abschlusse gelangt, als der Krieg ausbrach.

Das Biel bieser Reformen war auf ber einen Seite in der Sauptsache schon eine Umbildung der Kriegs- und Domänen- kammern zu modernen Provinzialverwaltungsbehörden, wie sie sich später in den Regierungen darstellen 63), andererseits die Erhebung der Departementschefs im Generaldirektorium zu wirklich leitenden Ministern.

Schon feit längerer Zeit hatte fich die Stellung ber

Stein mit einem geneinschaftlichen Immediatbericht eine Instruktion für die neuen kombinierten Provinzialbehörden zur Genehmigung des Königs ein, die ausgesprochenermaßen unter dem Gesichtspunkt entworsen war, daß die Kombination nach und nach auf alle Provinzen ausgebehnt werden solle. Stein behielt sich vor, dem König beshalb Vorschäftige zu tun. Nachdem in der Instruktion einige vom König gewünsichte nebensächliche Aenderungen vorgenommen worden waren, wurde sie vom König vollzogen unterm 5. Mai 1806. Um 1. Juni begann die Ausschäftpung. (Ein Exemplar der Instruktion hat sich leider nicht gefunden.

61) Bgl. Meier, Berwaltungsorganisation S. 55 ff. E. Löning, im Berswaltungsarchiv 2, 437 ff.

62) Die Uebertragung der Kirchen-, Schul- und Armensachen an die Berwaltungsbehörben war im Prinzip angenommen; zur Aussührung tam es jedoch noch nicht. Für die alten "Regierungen" wurde damals ichon die Bezeichnung "Landed-Obergerichte" in Aussicht genommen (Goldbect).

63) Man tann bas Bejentliche biefer Reform tanm turger und treffender fenngeichnen, ale burch bie Worte, welche Schroetter, mit ber Berftellung eines Entwurfes für bie Berordnung megen verbefferter Ginrichtung ber Provingial= behörben beauftragt, am 2. September 1808 an Beper ichrieb: "Der neuen Organijation liegt vorzüglich bie Abficht jugrunde, nicht allein fämtliche Geichaftegweige ber Rinang= und Boligeiverwaltung in ben Rammern gu bereinigen, jondern ihnen auch in Unfehung bes Geschäftsbetriebes felbft mehrere Selbstänbigfeit und unter voller Berantwortung eine ausgebehnte Befugnis gu erteilen, nach ihrer eigenen Ginficht, ohne Unfrage bei ber boberen Beborbe ju berfahren, um mehr Ginheit, Schnelligfeit und Energie in bie öffentliche Abminiftration gu bringen." Es ift genau berfelbe Gebante, welcher ber Borgftebe-Bofichen Reform gugrunde gelegen bat. - Uebrigens mag bier angemerkt werben, bag bie wichtigfte organisatorifche Beranberung in ber Unterinftang - abgefeben von ber Stabteorbnung -, bie Ausbehnung ber landratlichen Rreife nber Stabt und Land, icon bor 1806 in Reuofipreugen, ben frantifchen Banben und ben Entichabigungeprovingen erfolgt mar, und bag Schroetter 5. Marg 1806 vorgeschlagen hatte, fie fur bas gange altpreußische Departement ein zuführen (Meier S. 383). Much bie Ginrichtung einer Genbarmerie nach frangofifchem Mufter mar icon bor 1806 vorgefclagen worben (Meier S. 424).

Minister nach unten und nach oben geändert. Aus der follegialen Gebundenheit der alten Berfassung strebten sie sichon lange zu freierer Bewegung und Uebersicht empor. Dem König stehen sie jet mit einer fester begrenzten Berantwortlichkeit, mit höherem Selbstgefühl gegenüber wie in den Tagen Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms I. Aus den "königlichen Bedienten" sind überhaupt "Staatssbiener" geworden.

biener" geworden.

Wir blicen hier in eine große, langsam, aber stetig sortschreitende Metamorphose in der Verfassung des preußischen Beamtenstaates hinein. Die alte autokratische Verfassung ist in der Ausschild, heraus. In dem Maße wie die Leitung aus dem Königlichen Kadinett schwächer und unsicherer wird, gestaltet sich die Stellung der oberen und mittleren Verwaltungsbehörden freier und selbständiger. Diese Veränderung mußte früher oder später zu jenem vorläusig noch nicht erreichten Ziele sühren: zu der Villung eines mit der Fülle der königlichen Regierungsgewalt ausgerüsteten Staatsministeriums. In den Kämpfen um die Beseitigung der Kadinettsregierung 1806 und 1807 hat sich diese große Umwandlung der preußischen Staatsversassung vollzogen.

Damit war das eine Moment der Schwäche beseitigt, das den Staat gerade in den Tagen der Kriss lähmte:

Damit war das eine Moment der Schwäche beseitigt, das den Staat gerade in den Tagen der Krisis lähmte: die Unsicherheit in der obersten Leitung. Ein zweites hat länger fortbestanden. Preußen war nicht ein innerlich morsches, aber ein noch unsertiges, in der Entwickelung gehemmtes politisches Gebilde: ihm sehlten die starken Wurzeln in den Massen, die nationale Grundlage. Es ist das unvergeßliche Verdienst Steins und seiner Gesinnungsgenossen, die sittlichen Mächte aufgerusen zu haben, die diesem Mangel allein abhelsen sonnten. Die starken Impulse jener Tage haben unser Staatswesen bis in die jüngste Gegenwart hinein bewegt und sortgebildet. Aber sowohl die nationale Idee wie der Grundsatz einer Veteiligung der Bürger am Staatsleben waren mehr ein Programm sir die Zukunft, als der Inhalt bessen, was in der Resormzeit tatsächlich verwirklicht worden ist. Es war doch in

ber Sauptfache eben die von Stein fo hart gefcholtene Beamtenschaft, die in einer neuen, engeren Verbindung mit dem Königtum, ohne Einwirfung einer Volksbewegung, den Umban des Staates ausgeführt hat. Und nur fie fonnte bei bem Stande der fozialen Entwickelung in ben meisten preußischen Landen der Träger des politischen Fortschritts sein. Noch verharrte die Masse des Landvolks für Jahrzehnte in wirtschaftlicher Unselhständigkeit; in den für Jahrzehnte in wirtschaftlicher Unselhständigkeit; in den Städten mußte die Bevölkerung erst allmählich in die Aufgaben hineinwachsen, die ihr die Selbstverwaltung, die allgemeine Wehrpflicht stellten. Es gab zu Ansang des Jahrhunderts in Preußen noch sein kompaktes, selbstbewußtes, zu politischer Mitarbeit befähigtes Bürgertum, das dem grundbesigenden Abel ebenbürtig zur Seite treten konnte. Weniger im Besitz als in der Bildung lag der Schwerpunkt der sozialen Mächte, die in Preußen die Rolle des dritten Standes spielen fonnten: und diese Mächte fanden ihren natürlichen Mittel-punkt in dem organisierten Beamtentum. Sier ist die Brücke, welche das Preußen Friedrichs d. Gr. mit dem Breußen Steins und Harbenbergs verbindet. hier vereinigten fich die nüchternen Bestrebungen ber rationalistischen Auftlärung, bie radikalen Forderungen der neueren idealistischen Richtung und der historische Konservatismus einer nie ganz verschwindenden feudalen Unterftrömung auf einer mittleren Linie, indem die doktrinären Gegensätze vor den Anforderungen des praktischen Staatslebens zurücktraten.

Diese Bedentung hat das Beamtentum in der Reformzeit nur zu erlangen vermocht, weil es sich in seinen jüngeren, von der neuen Bildung erfüllten Elementen bereits vor 1806 zum Träger der zeitgemäßen Reformideen gemacht hatte. Man müßte die Tätigkeit von bedeutenden Berwaltungsbeamten und Offizieren, genauer als disher meist geschehen, in die Zeit vor Jena zurückversolgen, um ein klares Bild von der Bedeutung dieser aufsteigenden Bewegung zu gewinnen. Namentlich an der Persönlichseit Boyens ist neuerdings in einer sast überraschenden Weise die allmähliche Entwickelung vom Alten zum Neuen nachgewiesen worden. Etwas Aehnliches wäre z. B. für den Minister v. Schroetter

wöglich. Die Reformbestrebungen Friedrich Wilhelms III. waren zum guten Teil nur ein Restex der im Beamtentum sich vollziehenden Umstimmung. Sie haben dann ihrerseits auf diesen Prozeß unzweiselhaft sördernd zurückgewirkt. Eine derartige Bewegung ist ein vortressischer Boden sür den einen solchen vermag sie aus sich jelbst heraus nicht zur politischen Tat zu gelangen. Die Resormbestrebungen Friedrich Wilhelms III. sind doch zulest daran gescheitert, daß ein solcher rücksichst entichtigksos entichlossener Wille noch nicht hinter ihnen stand. Bielleicht haben sie sogar, indem sie Rweisel und Unsicherheit in den regierenden Kreisen erzeugten, indiret mit zu der Katastrophe beigetragen.

Die Neutralitätspolitif und die Resormstimmung stehen in einem inneren Zusammenhange: beide entstammen dem Gesühl der eigenen Unzulänglichseit. Dervorzegangen aus der sinanziellen Erschöpfung des Staats, hat das Friedensbedürfnis Preußens, indem es sozusagen habituell wurde, wieder die Durchsilhrung einer Resorm großen Stils, namentlich auf dem Gebiete der Heeresdersspessen Stilsensmenklich auf dem Gebiete der Heresdersspessen Stilsen der Natur des Preußischen Staates beherrschte aber militärischen Umbildung nicht kommen. Während nach 1807, hauptsächlich unter Steins Einsluß, alle inneren Resormen sich wie in einem Brennpunst in dem großen politischen Gedanken der Befreiung von der Fremdherrschaft sammelten, sehlte ihnen der Resormen mich wie in einem Brennpunst in dem großen Politischen Schanken der Resprenden mit den großen Machtund Dasseinsfragen des Staates.

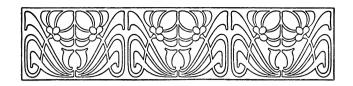
Luch obsektiv standen einer Resorm vor 1806 die allergrößten Schwierigkeiten entgegen. Namentlich Delbrück hat immer wieder ganz besonders darauf hingewiesen, daß vor der Abtrennung der polnischen Provinzen an eine Resorm gar nicht zu denke gewesen wäre. Bei allem Gewicht scheint mir dieser Umstand doch nicht schlechtin entscheiden gewesen zu sein. Sein hat in der Rassauer Denkscheit ben Beg gezeigt, auf dem nan die polnischen

Hindernisse vermeiben konnte: er dachte damals an eine abgesonderte Verwaltung nach nationalen Gesichtspunkten. Und Hardenberg hat noch nach dem Erlaß des Wehrgesets auf dem Wiener Kongreß an dem Unspruch auf einen großen Teil des alten Besitzes festgehalten. Wichtiger als die Abtrennung der polnischen Produzen scheint mir die Beseitigung der königlichen Selbstregierung, die bei der Unentschlossenheit des Monarchen, dei der sudalternen Stellung seiner Gehissen, dei der Verkümmerung der Tatsfraft und des Verantwortlichkeitsgesühls der Minister, zu der sie führte, recht eigentlich als der Sit der politischen Schwäche des Preußischen Staates betrachtet werden muß.

In bieser politischen Schwäche lag bas Verhängnis Breufens: nicht in einer allgemeinen moralischen Berberbnis, von der vielfach übertriebene Vorstellungen im Schwange sind. Die unleugbaren sittlichen Schäben der Zeit waren doch nur die Kehrseite eines großen Kulturfortschritts, die Begleiterscheinung einer Bewegung, die an die Stelle ber absterbenden altväterischen Lebensordnungen das Ideal einer individualistischen, äfthetischen Bildung sette. Und schon begann sich, gerade auf preußischem Boden, der ästhetische in einen ethisch=politischen Joealismus umzuseten. Fichte fand eine Zuflucht in Berlin, und schon vor der Katastrophe hatte fich der radifale Kosmopolit in einen Batrioten verwandelt; auch Schleiermachers Denken ist nicht erst durch die Niederlage Preußens auf den Staat und die nationale Ethit hingelenft worden. In der jüngeren Generation von Offizieren und Beamten aber wuchst eine Fulle von Talenten und Charafteren heran, die fich mit den Idealen ber deutschen Bilbung, mit ben Lehren von Kant und Smith erfüllten. Die geiftigen und fittlichen Rrafte gur Regeneration bes Staates ftanden bereit. Die Rataftrophe hat fie nicht erst erzeugt, aber fie hat ihnen einen gewaltigen Unfschwung gegeben und die Bahn zu fruchtbarer Wirksamfeit frei gemacht. Es ift unzweifelhaft richtig, baß es ohne ben Zusammenbruch von 1806 in Preußen nicht eine so gründliche und tiefgreifende Reform wie die von 1807 gegeben hätte; aber ebenso gewiß ift es, daß die Katastrophe

statt bes Ausschwunges eine allgemeine Lähmung ber Geister bewirkt haben würde, wenn nicht schon vorher in den Organen der Staatsregierung jene Umstimmung eingetreten wäre, die unter dem Druck der Not sich in Entschlüsse und politische Taten umsetzen konnte. Nicht in einem schroffen Bruch mit der eigenen Vergangenheit, in eisfertiger Nachahmung eines fremden Musters, sondern in engem Zusammenhange mit der disserigen Entwickelung hat sich die Umbildung des preußischen Staatswesens seit 1807 vollzogen. Sie steht gewissermaßen auf der Grenzscheide zweier Zeitalter; indem sie die großen monarchischen Ressormen des 18. Jahrhunderts abschließt, eröffnet sie zusgleich eine neue Epoche des Staatslebens.





Königin Luise und die Wiedergeburt des Prenßischen Staates.

ir waren eingeschlasen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen", so hat die Königin Luise selbst die Ursache des Zusammenbruchs Preußens im Jahre 1806 ausgedrückt. Auf das surchtbare Erwachen im Sturz erfolgte zunächst eine allgemeine Verwirrung, alsdann aber ein Sichsammeln, eine innere Selbstbesinnung auf das bessere und stärkere Selbst und der feste Entschluß zur Erhebung. Das ist die Signatur der Tage von Memel!

Fromme Gemüter sahen ben schlimmen Zusammenbruch wohl als eine Folge ber moralischen Zerrüttung ber Zeit, als ein göttliches Strafgericht für die Abwendung der frivolen, aufgeklärten Gesellschaft von Glauben und Kirche an. Das ist eine einseitige und übertriebene Auffassung, die der im Unglück wiedererwachten Gläubigkeit entsprach; aber sie gibt den Ton an für die Stimmung der tieseren Geister in jenen Jahren, namentlich 1807—08. Fichte hatte schon früher eine große Katastrophe vorausgesagt, allerdings für die ganze zivilisierte Welt, die nach seinen geschichtsphilosophischen Anschauungen sich in dem Stadium der "vollendeten Sündhaftigkeit" besand. Er vertrat schon damals die Fdee, der er in seinen "Reden an die deutsche Nation" später Ausbruck gegeben hat, daß eine sittliche

Umkehr und Erneuerung allein Rettung bringen könne, und daß die Erhebung durch eine neue Erziehung im Geiste nationaler Ethik vorbereitet werden müsse. In ähnlichem Sinne hat Schleiermacher in der Berliner Dreisaltigkeitzfirche gepredigt; und auch die Stimmungen und Ueberzeugungen, die zur Begründung der Universität Berlin gesührt haben, und die in dem Worte des Königs gipfeln, daß der Staat durch ideelle Kräste ersehen müsse, was ihm an materiellen sehle — auch diese Tendenzen regten sich damals schon. Das war vielleicht die segensreichste Folge des großen Zusammenbruchs, daß man die idealen Güter des Lebens wieder mehr schäpen lernte, daß man in ihnen eine Quelle der Kraft und der Erhebung entdeckte, von deren Stärke man vorher keine Uhnung gehabt hatte. Das gibt namentlich der Frühzeit der Resorm, dem Jahre des Seinschen Ministeriums, einen so idealen Schimmer. Man kann sagen, daß erst damals die deutsche Bildung unserer klassischen Idealen den Seier dawongetragen hat über die verslachte, rationalistische Auftlärung französsischer Herkungt, daß der Geist dieser deutschen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt der Geist dieser deutsischen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt den Graates. Damals begann die Jdee eines deutschen Baterslandes auszudämmern, zugleich mit dem Erwachen eines begeisterten preußischen Patriotismus.

Das alte Preußen der friderizianischen Zeit war wohl ein Staat gewesen, aber keine Nation. Es war ein Kunstwerk, von den Händen großer Politiker gesügt, eine Staatsmaschine, die der Graatsmaschine, die der Frunken gesten geste kein kanthunderts, ihre

ein Staat gewesen, aber keine Nation. Es war ein Kunstwerk, von den Händen großer Politiker gesügt, eine Staatsmaschine, die die großen Könige des 18. Jahrhunderts, ihre
Erbauer, mit Meisterschaft gehandhabt hatten, die aber ihre
Nachsolger nicht mehr zu lenken vermocht. Es sehlte das
innere Leben im Staatskörper, die organische Verbindung
der Regierung mit dem Volke; es sehlte das Interesse der Bürger am Staat, die freiwillige Hingabe aller sür das
Vaterland; ja, es sehlte die Idee des Vaterlandes selbst:
der Staat erschien als eine Angelegenheit der Regierung,
nicht des Volkes. Das konnte kaum anders sein: denn
die Masse der Bevölkerung auf dem Lande, namentlich in

den öftlichen Provinzen, war noch unfrei, gebunden durch bie Erbuntertänigkeit unter der Gutsherrichaft; die Städte standen unter einer vormundschaftlichen Aufsicht und Leitung burch bariche bureaufratische Beamte; Die Bürgerschaften wurden von der Besorgung ihrer eigenen fommunalen Unsgelegenheiten gestiffentlich ferngehalten, weil man ihnen weder Intelligenz noch Gemeinsinn genug zutraute, um an ihrer Berwaltung Anteil zu nehmen. Der Abel aber, den Friedrich der Große zur Pflanzschule einer preußischen Staatsgesinnung hatte machen wollen, war unter dem Regiment seiner Nachfolger ben heroischen Jbealen und ber Selbstverleugnung seiner großen Zeit vielfach entfremdet und nur um so mehr darauf bedacht, seine Privilegien fest-zuhalten, die ihn als eine höhere Kafte von der großen Mehrheit des Bolfes abschlossen. Die Armee war nichts weniger als eine volkstümliche Einrichtung: fie war großen-teils noch ein aus landfremben Leuten angeworbenes Söldnerheer. Für die meisten bieser Solbaten war ber Staat nur ber harte Buchtmeister, nicht aber bas Baterland, ju beffen Berteidigung sie bestimmt waren. Zwischen dem Soldaten und dem Bürger aber gähnte eine weite Kluft. Der Soldatenstand war ein Lebensberuf und keineswegs ein Ehrenstand. Tropbem aber dominierte das Militar in ben Garnifonftabten; und wenn es auch als großer Ronfument für Sandel und Gewerbe wie ein Schwungrad wirfte, fo war boch andererseits ber Bürger keineswegs hinreichend vor militärischen Brutalitäten geschütt; bas Militär erschien so als ein folossaler Frembkörper im Staate, ber sich von dem Schweiß der Bürger nährte. Auch zwischen Stadt und Land mar eine feste Schranfe errichtet. Alle Bewerbe galten als ausschließlich städtische Nahrungen und durften nicht außerhalb des Mauerringes betrieben werden; und in den Städten waren die Zünfte, an die sie gebunden waren, in engherzigem Geiste erstarrt, trop der Resormen der vorangegangenen Regierungen. Man ftedte überall in überlebten Ordnungen. Diese Ordnungen hatten einst ihren guten Sinn und ihr Recht gehabt, aber jest waren sie zu einer Fessel ber weiteren Entwickelung geworben. Die gebildeten

Alassen vor allem sehnten sich längst nach freierer Bewegung: auch in der Regierung erschien die alte Staats= und Gesellsschaftsordnung längst als einer gründlichen Verbesserung bedürftig; aber man wußte nicht recht, wo man mit den Nesormen ansangen sollte, und man erschraft vor der unabssehdaren Perspektive von Veränderungen, die jede entschiedene Resormmaßregel eröffnete. Und so geschah in der Hauptssache nichts Entschiedenes, die die große Katastrophe den ganzen morschen Bau über den Haufen warf.

Nun erst bekamen die Resormer freie Bahn. Nun brach der lange zurückgestaute Strom der neuen Ideen und Bestrehungen mit Macht hernar. Ein mahrer Enthussesmus

ftrebungen mit Macht hervor. Ein wahrer Enthusiasmus, wie in der Frühzeit der französischen Revolution, aber im monarchischen Sinne gelenkt, dereinte nun eine Anzahl hochsinniger Männer zu dem großen Werke der Wiederaufrichtung des Staates im modernen Sinn. Ju ihrer hochjunniger Mainer zu dem großen Werte der Wiederaufrichtung des Staates im modernen Sinn. In ihrer Mitte steht Stein, dessen gewaltige moralisch-politische Kraft auch den Kleinmütigen wieder den Glauben an eine bessere Zukunst einslößte. Er war der unentbehrliche Führer, der das Ganze beherrschte. Ein Feuergeist von entschiedenstem Willen und unermüblicher Tatkrast, gelegentlich auch von ausbrausender Leidenschaftlichseit, von hohem Selbstgesühl ersüllt, ost erstaunlich rücksichtslos gegen hochgestellte Personen, war er sür den König kein bequemer Helfer. Man kann sagen, er ist der erste moderne Minister in Preußen, ein Staatsmann, der eine Idee und ein Programm vertritt. Er wollte den König durch die Macht seiner Persönlichseit moralisch zwingen, seinen Impulsen zu solgen. Er kämpste gegen den Einstluß des allmächtigen Kabinettsrats Beyme, der in seiner Weise ein treuer Diener des Königs war, auch nicht ohne guten Willen und schäsdare Talente, aber doch kein Staatsmann großen Stils, und unheilvoll in seiner Wirksamsteit insosen, als er die Neigung des Königs bestärkte, sich von geistesgewaltigeren Ratgebern sernzuhalten. Ueber Steins Forderung, daß dieser Mann aus der Umgedung des Königs entsernt werden sollte, war es sichon ansangs 1807, als eben die Königliche Familie auf der Flucht nach Memel war, zum Konslitt gekommen, und Stein war in ungnädigster Form entlassen worben. In ben ersten Monaten bes Memeler Aufenthalts ber König-lichen Familie saß Stein grollend, aber Plane schmiebenb für Preußens Wiedergeburt, in Nassau, während nun Harben-berg, eine geschmeibigere Natur von hösischem Takt, die Geschäfte leitete. Aber Hardenberg mußte nach dem Tilsiter Frieden auf Napoleons Machtgebot seinen Abschied nehmen, und er wußte dem König keinen andern Nachfolger zu nennen als Stein; Stein galt allen Batrioten bamals als der einzige Mann, der den Staat retten könne. Der König überwand seine Abneigung gegen den herrischen Minister, und Stein vergaß seinen Groll. Er trat ohne Zaubern wieder in ben Dienst bes Königs. Bei seiner Ankunft in Memel fand er ben Ronig aufs tieffte niebergebruckt, überzeugt, bag ein unerbittliches Berhangnis ihn verfolge, bag alles, mas er unternehme, nur miglingen fonne, und fast schon geneigt, ber Krone zu entsagen: Die Königin mar weich, wehmütig, voll Besorgnis und voll Hoffnung. Stein hielt, wenn auch in ehrsurchtsvolleren Formen wie früher, seine prinzipielle Forderung: fort mit Beyme! zunächst noch aufrecht. Der König aber wollte aus begreiflichen Gründen Beyme nicht sofort, fonbern erft fpater entlaffen. Das führte abermals nahe an ben Rand eines Ronflittes. Da ift es die Königin Luise gewesen, die vermittelnd zwischen ihren Königlichen Gemahl und den starrsinnigen unentbehrlichen Minister getreten ist. Es ist ein undatiertes Billett von ihrer Hand aus jenen Tagen erhalten, in dem sie in einem sehr ungewöhnlichen Ton an den Minister schrieb: "Ich beschwöre Sie," schrieb sie, "haben Sie nur Geduld mit den ersten Monaten. Der König hält gewiß sein Wort, Beyme fommt weg, aber erft in Berlin. So ange geben Sie nach! bag um Gottes willen bas Gute nicht um brei Monate Geduld und Zeit über ben Saufen falle! 3ch beschwöre Sie, um König, Baterland, meiner Rinder, meiner felbst willen, barum: Gebuld! Quife."

Und der Zauber der Persönlichkeit dieser hohen Frau hat den Minister, der dem König sonst so unbeugsam gegensüberstand, dazu vermocht, sich diese ungewohnte Geduld

aufzuerlegen und Benmes Wirksamkeit, allerdings in eins geschränkter Form, noch eine Zeitlang sich gesallen zu lassen, bis ihn ber König mit guter Manier entsernen konnte.

Das war ein fritischer Moment gewesen. Erst mit Steins Entschluß, zu bleiben, kam bas Wert ber Resorm in Gang. Und nun ging es, wie es in ben Versen Hölberlins heißt:

Wit ihrem heil'gen Wetterschlage,

Mit Unerbittlichkeit vollbringt Die Not an einem großen Tage,

Was kaum Jahrhunderten gelingt. Jest wurde die Banernbefreiung durchgeführt; der Jest wurde die Banernbefreiung durchgeführt; der Grundsat wurde Wahrheit, daß es im Prenßischen Staate nur freie Menschen geben sollte, die Schaffung eines breiten Standes freier bäuerlicher Eigentümer wurde in Angriff genommen. Die adligen Privilegien in Grundbesitz, in Armee und Aemtern wurden abgeschafft, die Schranken der bischer kaftenartig abgeschlossennen Stände fielen. Die Trennung von Stadt und Land hörte auf: Die Gewerbe waren nicht mehr auf die Städte beschränkt; sie sollten nicht mehr au die Zugehörigkeit zu einer Junft gebunden sein. Alle Kräfte sollten sich frei in moralischer Richtung bewegen können. An die Stelle der Standesprivilegien trat das allgemeine Staatsbürgerrecht; der ständigh gegliederte Staat, wie er aus dem Mittelalter überliefert war, wandelte sich erst jett vollsständig und iedermann sichtbar in einen modernen Staat Mittelalter überliefert war, wandelte sich erst jett vollsständig und jedermann sichtbar in einen modernen Staat um; er wurde ein Gemeinwesen, indem die Bürger nicht bloß als ein Herrschaftsobjekt betrachtet wurden, sondern allmählich Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten nehmen sollten. Die Städteordnung gab den Stadtzgemeinden das Recht der Selbstverwaltung; für die Landzgemeinden plante man etwas Alehnliches; diese lokale Selbstverwaltung sollte dann wie in England die Grundlage einer repräsentativen Versassung abgeschafft, die grausamen und entehrenden Strafen verschwanden, das Chraefühl wurde ein wichtiger Faktor der Dissiplin, und die Jdee der allzgemeinen Wehrpssicht gewann Gestalt. Das Heer sollte ein Vollssheer werden, seine Absonderung vom Bürgertum Deutsche Bücherei Band 98/99. follte aufhören. Der Soldat wie der Bürger follten fich als geborene Berteibiger bes Baterlandes fühlen. Stein plante, angereat durch das Beispiel der spanischen Erhebung, einen großen allgemeinen Volksaufstand gegen die Franzosen gang Nordbeutschland. In Berbindung mit biefer nationalen Erhebung gedachte er bann auch die Verfassungsplane durchzuführen. Er bachte bei alledem immer mehr an Dentschland als an Preußen; er wollte bamals ichon Breufen zum Vorfämpfer für Deutschland machen, um eine politische Regeneration des deutschen Bolfes herbeizuführen, allerdings in anderen Formen, als fie in unferen Tagen verwirklicht worden ift. Die Gefahr, der ber Breugische Staat und feine Dynastie durch einen folden Mufftands= versuch ausgesett wurde, verschwand ihm vor der Forderung ber nationalen Ehre. Sier aber traf er auf Zweifel und Bedenken beim König, der nur im Bunde mit Rufland und Desterreich die Erhebung gegen Napoleon für aussichtsvoll hielt. Und seine eigene Unvorsichtigkeit, ein von den Franzosen aufgefangener Brief über die Aufstandspläne, machte ihn als Minifter unmöglich, folange man nicht zum offenen Bruch entschlossen war. Er mußte feine Entlassung nehmen und, von Napoleon geachtet, über die Grenze nach Defterreich flüchten; bamit schließt diefer erfte Alt ber Reformzeit, ber fo voll von Not und Begeifterung, von bramatischer Spannung und lebendiger Bewegung gewesen war. In seinem "politischen Testament", das Schön aufgesett hatte, hinterließ Stein den Behörden ein Brogramm bessen, was erreicht war und was noch zu verwirklichen blieb.

Es ift nicht alles verwirklicht worben, was damals geplant worben ist, und vieles ist durch die Notwendigkeiten bes politischen Lebens später anders gewendet und gleichsam umgebogen worden. Nach längerer Pause kam Hardenberg ans Ruber (1810), auch er von der Königin Luise herangezogen und unterstützt, und seine Pläne waren nicht ganz dieselben wie Steins. Er hatte 1807 in seiner großen Resormbenkschrift den Grundsatz aufgestellt: Demokratische Prinzipien unter einer monarchischen Regierung. Er war vor allem ein geschickter Divlomat, daneben ein humaner

liberaler Bureaufrat, und hatte mehr das Beispiel der zentralisierten französischen Berwaltung vor Augen als das Beispiel Englands und ber alten beutschen Verfassung, bas Stein vorschwebte. Er hat mehr Praktisches geleistet als Stein, aber er hat nicht soviel Begeisterung erweckt, nicht so stat das ethische Moment betont, wie sein großer Vorgänger. Seine Gedanken und Pläne waren nützlicher sür den Moment, aber sie haben nicht eine so weitreichende Wirkung gehabt, wie die Plane Steins, an deren Bers wirklichung, freilich in mannigsach verändertem Sinne, noch bas ganze 19. Jahrhundert gearbeitet hat, in den Tagen der Verfassung wie bei der Verwaltungsorganisation, die die Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde ausgebaut bat.

So ist in jenen Tagen von Memel durch den großen innern Umwandlungsprozeß der Meinungen wie der Inftitutionen Preußen erst zu einem modernen Staate um= geschaffen worden, der nicht bloß auf der Regierung, sondern auch auf bem Bolfe beruht. Der beutsche Gedanke ift wohl wieder zeitweis zurudgedrängt worden, aber er ift seit jenen Tagen nicht mehr verschwunden; die Reformen jener Zeit haben Preußen erst fähig gemacht, später an die Spiße Deutschlands zu treten.

Es geht bamals burch die beften Beifter ber Nation wie das Brausen eines Frühlingssturmes, der das Eis bricht. Auf jenen Tagen von Memel ruht noch heute ein verklärender Schimmer, und in diesem Glanze steht mitten inne die Königliche Frau mit ihrer weiblichen Anmut und ihren Mutterforgen, mit ihrem patriotischen Stols und ihrem deutschen Herzen, die Hüterin aller guten Gedanken und Pläne, die hilfreiche Verbündete aller patriotischen tatfraftigen Geifter; fie erscheint in ihrer ftillen Birkfamfeit damals wie ber gute Genius bes Preugischen Staates.

Es ift germanischer Gemütsart eigen, Die Erinnerung an die großen Freiheitskämpfe der Bölker zu verknüpfen mit dem Bilde hoher Frauen, die als Hüterinnen der uns vergänglichen geistigen Güter der Nation die Männer zum Rampf für die Freiheit begeistern. Etwas von diesem heiligen ahnungsvollen Sehergeist, von dem schon Tacitus bei den deutschen Frauen spricht, ist auch in der Königin Luise gewesen. Und so steht sie vor unserer Erinnerung, den begeisterten Blick aus der tiesen Not der Zeit voll Glauben und Hoffnung auf eine bessere Zukunft gerichtet, die ihre leiblichen Angen nicht mehr sehen sollten. Denn das ist das Tragische an ihrem Geschick, daß sie, die so viel für die Vordereitung des Freiheitskampses getan hatte, in der Blüte ihrer Jahre dahingenommen wurde, ehe noch der Tag der Freiheit erschienen war, auch sie ein Opfer der ungeheuren Bedrängnis jener Tage, in deren Truck und Not sie reiner als irgendeine andere Gestalt die edlen Züge schöner Menschlichseit bewahrt hat.





Stein und der Preußische Staat.

Eine Besprechung von Mar Lehmanns Stein = Biographie I-II.

Freiherr v. Stein. Bon Mag Behmann. I. Teil: Bor ber Reform 1757-1807, 1902. II. Teil: Die Reform 1807-1808. 1908. Leipzig, S. hirzel.

Ianger Studien, die in den beiden Bänden Max Lehmanns über Stein vor uns liegt. Der erfte Band begleitet den Helben, nach furzen Mitteilungen über Gerfunst, Erziehung und Studium, durch seine vielgestaltige Beamtenlaufbahn bis zu dem ersten Ministerium und der ungnädigen Entlassung mitten in der Krisis von 1806/7. Der zweite schildert die Wirfsamkeit des Nesormministers bis zu der abermaligen Verdrängung aus dem preußischen Staatsdienst, Ende 1808. Es ist die Tätigkeit Steins in und sur Preußen, die in diesen beiden Bänden geschildert wird, und insosen bilden sie ein relativ abgeschlossen Gauzes, das sich wohl schon zusammensassen würdigen läßt.

Die literarische Eigenart Lehmanns ist ja bekannt; er ist ber Repräsentant eines strengen Stils der historischen Darstellung, der gleichweit von dem Pathos Treitschkes wie von dem Räsonnement Delbrücks oder von der psychoslogischen Analyse eines Marcks oder Meinecke entsernt ist; von Ranke und seinen neuen Nachsolgern unterscheidet er sich durch die eindringende Darstellung des Details und von Sybel durch einen Beisat von dialektischer Schärse,

ber an Tropsen erinnert. Diese Eigenart bewährt sich auch hier, nur daß der Ton um etwas gedämpster erscheint wie etwa im Scharuhorst ober in dem Büchlein vom Siebensjährigen Kriege. Auch dieses Werk ist mit seinem, fünstelerischem Verstande angelegt und ausgesührt; in allen seinen Maßen, in dem Ton des Vortrags und in dem energischzgedrängten Ausbau zeigt es den Meister der historischen Viographie. Vom fünstlerischen Standpunkt aus beurteilt, steckt nur etwas zuwiel Substanz darin, ich fürchte, mehr, als die Durchschnittsleser werden verdauen können. Und doch wäre es zu wünschen, daß dieses Buch über die Fachstreise hinaus gelesen und studiert würde, namentlich von unseren jüngeren und älteren Beamten. Es ist ein Buch, das den Verwaltungsmann, der seine Stellung in einem höheren Sinne aussatz, in hohem Grade interessieren muß.

unseren jüngeren und älteren Beamten. Es ist ein Buch, das den Verwaltungsmann, der seine Stellung in einem höheren Sinne auffaßt, in hohem Grade interessieren muß. Der erste Eindruck, den der Fachmann empfängt, ist der, daß hier eine erstaunliche Forschungsarbeit geleistet ist, die freilich bei der schlichten Anappheit der Darstellung nur von dem Aundigen nach ihrem ganzen Umfang ermessen werden kann. Wenn man die Werke von Perz und Seeley werden kann. Wenn man die Werke von Pert und Seelen zur Hand nimmt, so empfindet man sosort den Unterschied, der in Ausdehnung und Gründlichkeit der Forschung zwischen dieser neuen und jenen älteren Stein-Biographien besteht. Das Werk von Pert ist ja eigentlich nur eine Materialien- sammlung mit verbindendem Text; das von Seelen, so verdienstlich es seinerzeit und für einen Ausländer sein mochte, macht doch sast einen diettantenhaften Eindruck neben dem Werke Max Lehmanns. Alles irgend erreichbare Material ist von Lehmann herangezogen und in gleichmäßigsgründlicher Verarheitung gusannutt werden. gründlicher Verarbeitung ausgenutt worden: neben ben Familienpapieren und den Aften ber Staatsarchive auch die der Ministerialarchive, die namentlich für den zweiten Band wertvolle Ausbeute ergeben haben. Und diese ganze Arbeit hat zum Hintergrund eine Kenntnis von den Ginrichtungen bes altpreußischen Staates, wie sie zurzeit nur wenige Gelehrte besigen werben. Es ist ja zum größten Teil Berwaltungsgeschichte, worum es sich hier handelt; und das ist ein Gebiet, auf dem es sehr langer und gründlicher Studien bedarf, um die Linien fo fein und flar zu ziehen, wie es Lehmann getan hat.

In manchen Partien freilich, namentlich im ersten Bande, hat man das Gefühl, daß es breiterer sachlicher Zusammenhänge bedürfte, um diese oder jene administrative Hahmen ift zu eng für die verwaltungsgeschichtliche Durchbringung bes Stoffes, die vielmehr einen sachlich ab-geschlossen Zusammenhang mit allerlei Rückblicken und Bergleichungen erfordern würde, während für den Biographen die Geschäfte nur eben insoweit Interesse haben, als der Helb daran beteiligt gewesen ist, so daß das meiste nur als Fragment behandelt werden kann. Die Lektüre wird daburch manchmal etwas ermübend.

Jebe solche Arbeit, die darauf ausgeht, für einen Gegenstand, dessen Haudtumrisse schon so ziemlich feststehen, eine erschöpfende Revision und Verarbeitung alles erreichbaren Materials vorzunehmen, um auf diese Weise den höchste Materials vorzunehmen, um auf diese Weise den höchtmöglichen Grad von Exaktheit zu erreichen, dessen historische Forschung überhaupt fähig ist, erfordert ein gewisses Maß von Entsagung. Die mühevolle Aufklärung des Details ergibt nicht immer einen großen und glänzenden Gewinn für die Gesamtaussassignung; der Epigone mag hier den Vor-gänger beneiden, der, aus dem Bollen schöpsend, mit weit geringerem Auswand an Mühe und Scharssinn, größere und bedeutendere Resultate herausstellen konnte. Was aber in dem hier vorliegenden Falle die Arbeit Lehmanns charafterisiert, ist, daß doch er zuerst mit der gründlichen Erschöpfung der Quellen eine geschlossene, fünstlerische Darstellung verbunden hat. Er geht nicht wie ein Lehrenleser hinter Perz her, sondern er hat größtenteils die Garben erft selbst gebunden. Allerdings, die von Perz vorgelegten Materialien sind seit Jahrzehnten der wissenschaftlichen Welt bekannt und mannigsach benutt worden; sie genügen zur Festlegung der Handlinien. Auch in dem Bilde Steins, wie es Lehmann zeichnet, erscheinen die großen entscheidenden Züge kaum verändert: das Neue, was er bringt, liegt mehr in ben Einzelheiten als in bem Gesamtbilbe.

Darum ist es nicht leicht, die naheliegende Frage zu beantworten, auf die ich mich hier bei diesem Reserate in der Hauptsache beschränken möchte, was das Werk Lehmanns denn nun eigentlich an neuen Resultaten bringe. Der Bersasser aber seinen Lesern die Orientierung darüber in dankenswerter Weise erleichtert, indem er in seinen Vorsreden selbst die hauptsächlichsten Punkte bezeichnet, in denen seine Forschungen zu neuen Ergebnissen geführt haben. Es wird nicht unpassend sein, an diesem Leitsaden die Beantwortung jener Frage zu versuchen.

Bunächst ein Wort über die Perfönlichkeit. Von dem Stein "intime", um diesen Ausdruck zu gebrauchen, ersahren wir nicht viel. Es ist das amtliche Leben, das öffentliche Wirken des Mannes, das uns Lehmann aus den Alten und Briesen schildert; an rein menschlichem Detail ist seine Darstellung nicht eben reich. Das ist nicht die Schuld des Autors, sondern es liegt in der Eigentümlichsteit seines Helben begründet. Lehmann hat mit scharfssichtigem Eiser jede Spur persönlichen Empfindens und inneren Lebens seines Helben verfolgt, aber Stein ist in dieser hinsicht wenig ausgiedig. Er ist eine streng in sich verschlossene Natur von Ansang an; wenig mitteilsam, immer nur auf Tat und Wirksamteit gerichtet, sehr sparsam in der Aeußerung seiner Gesühle und Ansichten, soweit sie nicht Gegenstände von öffentlichem Interesse betreffen.

Das Bilb der Mutter, das uns Lehmann entwirft, ist vor kurzem in dieser Zeitschrift') durch die Mitteilungen Alfred Sterns aus ihrem Brieswechsel mit Lavater nicht unerheblich bereichert worden. Sie erscheint als eine zugleich zarte und fräftige Seele, tief religiös, aber klar und verständig, aller Schwärmerei abgeneigt, über Standessvorurteile erhaben. Ihr Bries an den studierenden Sohn, den sie ihm anläßlich des Konfliktes mit seinem Hospes Maß natürlicher pädagogischer Regierungskunst. Bon ihr hat

^{1) \$5. 3. 93, 230} ff.

ber Sohn offenbar seine bedeutenden Eigenschaften geerbt, nicht von dem weit minder hervorragenden Bater.
Stein bleibt sich eigentlich, solange wir ihn beobachten können, ziemlich gleich. Eine innere Entwickelung mit deutlichen Wendepunkten ist kaum an ihm zu bemerken. können, ziemlich gleich. Gine innere Entwickelung mit beutlichen Wendepuntten ift kaum an ihm zu bemerken. Lehmann redet wohl einmal von seiner altklugen Epoche, wo er zu materialistischen und fatalistischen Ansichten geneigt habe; er glaubt, einen Markstein in seiner Entwickelung zu gewahren, wenn er konstatieren kann, daß er in einem Briese zum erstennmal den Namen Gottes gebraucht habe, während er sonst wohl von Vorsehung, Schicksal u. del spricht. Einen tieseren Einblick in das Innenleben verstatte aber die Uederlieserung nicht. Jedenfalls hat Seinkeine Sturms und Drangperiode durchgemacht; sein Charakter erscheint früh gesestigt. Er ist von Ansang an eine stolze, eigenwillige, hochstrebende Natur von religiöser Grundslage, verschlossen, moralisch rigoros, bei allem Fener des Temperaments und des Willens doch von einer gewissen Lodungs und Heilung von Sentimentalität; auch seine Berslodungs und Heilung von Sentimentalität; auch seine Berslodungs und Heilung von Sentimentalität; auch seine Berslodungs und Heiluss Tyrisches in ihm und ebensowenig etwas Metaphysisches zyrisches in ihm und burch positive Natur, dadei religiös und ethisch nach den höchsten Zielen gerichtet. Die Göttinger Schule ist diesem realistischen Zuige seines Wesens dissendt; und dies Kenntnis englischer Zischen sollede für England und die Kenntnisenglischer Zhikände nach gedracht; und dies Element versichmolz sich dei ihm mit der dem Sproß eines reichstitterlichen Geschlechtes traditionell anhastenden Zuneigung zu dem, was er die alte deutsche Versassenst gesührt.

Er war erst, wie andere junge Männer seines Standes, sür die Lausdahn in einem der Reichsgerichte bestimmt; daß er dann in den preußischen Staatsdienst eintrat, ist die Versassenst und die Renn in den preußischen Staatsdienst eintrat, ist die geines uns erhaltenen Wesuches der Nutter an

Friedrich den Großen, in dem sie um die Anstellung des Sohnes im auswärtigen Dienst bittet — doch wohl, wie Lehmann meint, mehr seiner eigenen Jnitiative zuzuschreiben. In der Selbstbiographie sagt er darüber folgendes: "Meine hohe Verehrung sür Friedrich den Einzigen, der durch die Erhaltung von Bayern damals die Dankbarkeit dieses Landes und des ganzen deutschen Vaterlandes sich erworben hatte, hatte den Bunsch in mir erregt, ihm zu dienen, unter ihm mich zu bilden." Das ist eigentlich alles, was wir von seinen Motiven bei diesem entschedenden Schritt ersahren; auch Lehmann hat darüber nichts Näheres mitzuteilen gehabt. Bon dem spezisischen Preußentum war Stein sedensalls ganz unberührt; und es ist wichtig geworden, daß seine amtliche Tätigkeit von vornherein unter Einsstissen gestanden hat, die sich in einem deutlichen Gegensatzu dem Geiste des friderizianischen Regiments besanden. Er blieb im Westen, und seine Lehrer wurde Heinig.

Der Minister von Beinit wird bei Lehmann mit Recht eingehend gewürdigt; er hat auf Stein einen fehr bebeutenben Ginfluß ausgeübt: bie Bermaltungstätigkeit Steins unter dem alten Regiment folgt großenteils der Richtung. die von Beinit angegeben worden ift. Ueber Beinit hat bie jungfte Beit eine Ungahl von Aufschluffen gebracht, Die feit Lehmanns erftem Bande noch burch die fehr bemerkenswerten Mitteilungen von Steinece 2) vermehrt worden find. Sie laffen ben Mann in einem fehr intereffanten Licht ericheinen: er ift ein Borlaufer ber mobernen Minifter, Die ein felbständiges Regierungsprogramm vertreten, gegenüber den bloßen Sandlangern der friderizianischen Zeit, dabei eine Perfonlichkeit von reichem Innenleben, eine liebens= würdige, garte und feine, fehr religios geftimmte Ratur von großem Wohlwollen und ftarten fittlichen Empfindungen. Beinit mar Nationalökonom und Statistiker, halb Gelehrter, halb Beamter; Kachmann im Bergwesen, ber Schöpfer einer rationellen Bergverwaltung in Breußen, später auch dirigierender Minister für die westlichen Provinzen und als

²⁾ Foridungen gur branbenburgifden und preugifden Gefdicte 15, 107 ff

solcher lange Zeit hindurch der Borgesette Steins. Was ihn aber besonders interessant macht, das ist die Tatsache, daß er bei einer kurzen provisorischen Berwaltung des Handels- und Fadrikendepartements mit Friedrich d. Gr. in einen Konslift geraten ist, wie er ziemlich einzig in dessen Regierungsgeschichte dasteht. Er vertrat zum Teil moderne Ideen gegenüber dem König, war halb und halb schon Physiokrat, ohne doch aus dem Gedankenkreise des Merkantilismus je ganz herauszutreten; er war überhaupt kein doktrinärer Syschister, dombern ein seiner und gestahrter Norktifer der aus Grund einsehender stetistischer gelehrter Praftifer, der auf Grund eingehender statistischer Renntnisse von Land und Leuten die Wirtschaftspolitik für die einzelnen Provinzen besonders einrichten wollte. In Lehmanns Darstellung scheint die Aufsassung durch, daß Seinitz gegenüber dem doktrinären Merkantilismus des Lehmanns Darstellung scheint die Aussassiung durch, daß Heinitz gegenüber dem doktrinären Merkantilismus des Königs überall im Recht gewesen sei; ich kann diese Aussassiuhrungs überall im Recht gewesen sei; ich kann diese Aussassiuhrung nicht teilen. Friedrich war doch keineswegs ein einseitiger merkantilistischer Doktrinär, trog der schulmäßigen Aussährungen der Instruktion für das Generaldirektorium. Auch er ging von einem sehr genauen Studium der tatzsächlichen Verhältnisse aus; er ist ja der Schöpfer einer methodischen Handelsstatistist geworden; und man wird sagen dürsen, daß er seine preußischen Staaten in den achtziger Jahren doch wohl besser kannte, als Heinig während seiner provisorischen Verwaltung des Handelsbepartements. Der eigentliche Kern des Konslistes zwischen dem König und dem Minister scheint mir darin zu bestehen, daß der König die Handelssachen und die gesamte Wirtschaftspolitis dis auf die Frankfurter Meßstatistis herab vom Standpunkte der Staatsrässon aus behandelte, Heinig dagegen von einem philanthropisch-ökonomischen Standpunkt und mehr im morassischen als im politischen Sinne. Man könnte mit einer von Lehmann gern gedrauchten Wendung sagen: der Konslist ragte in das Gebiet der Sittlichseit hinein. Das geht ganz deutlich aus den neuerdings von Steinecke verössentlichten Stücken der Heinisschen Tagebücher aus dieser Zeit hervor. Die eigentliche politische Ader, die maßgebende Rücksicht auf die Stärke und Machtstellung des Staates, sehlte Heinig ganz; er wollte den moralischen Empsindungen auch bei der Handels- und Wirtschaftspolitik einen entscheidenden Play einräumen und erwartete auch im materiellen Leben Heil und Segen davon. Sinen solchen Minister konnte Friedrich sür seine Handels- und Wirtschaftspolitik nicht brauchen, zumal wenn von diesem Geist auch auf die Räte des Departements etwas überging, wie das dei dem Geheimen Finanzrat Hartmann der Fall gewesen zu sein scheime, dessen Sunschaften Entlassung den Minister auf das empsindlichste tras. Heinitz gab nun das Handels- und Fabrikendepartement wieder ab; die Konsequenz zog er aber freilich nicht aus dem Konslift, daß er nun überhaupt um seine Entlassung gebeten hätte. Er blieb Minister; und auf dem Gebiete des Bergund Hittenwesens, das seine eigentliche Domäne war, ließ ihn der König, der ihn persönlich gewiß hochachtete, mit vollem Vertranen walten; hier spielten politische Gesichts- punkte ja kaum in die Verwaltung hinein.

Unter Friedrichs Nachfolgern hat dann Heinitz zugleich als dirigierender Minister über die westlichen Provinzen der Monarchie gewaltet, und hier ist durch ihn allmählich ein ganz neues System ins Leben gerusen worden, dem sich auch Stein mit ganzem Herzen und voller Tatkrast angeschlossen hat. Lehmann betrachtet es mit Recht als eine der Novitäten seines Buches, daß er die eigentümliche Stellung der westlichen Provinzen des Preußischen Staates in dem politischen System Friedrichs II. und die Aenderungen, die unter seinen Nachsolgern darin vorgenommen worden sind, nach allen Seiten ins Licht gestellt hat. Das politische System Friedrichs beruste in Wirtschaft und Berwaltung, in Heeress und Stenerversassing im wesentlichen auf den östlichen und insbesondere auf den mittleren Provinzen, die allein einen zusammenhängenden Gedietskomplex bildeten. Die Provinzen jenseit der Weser galten handelspolitisch als Ausland; in einem Teil von ihnen hatte man auch von der Durchsishrung des Kantonsystems Albstand genommen, Wesel war als Festung ausgegeben worden, weil der König im Fall eines großen Krieges die Berzteidigung dieser Lande sür unmöglich hielt. Es ist nicht

ganz falsch, obwohl übertrieben, wenn Lehmann sagt: die Bewohner der westlichen Provinzen galten als Preußen zweiter Klasse. Das Bestreben von Heinig und auch von Stein ging nun dahin, diese "Zurücksehung" des Westens aufzuheben und die beiden Hälsten des Staates enger mitzeinander zu verbinden. Dies Bestreben hat offenbar die volle Sympathie Lehmanns, und der Ton, in dem er davon spricht, ist nicht ganz frei von Ungerechtigkeit gegen Friedrich den Großen. War es nicht politisch doch ein ganz richtiger Gedanke, auf dem das System Friedrichs beruste? Konnte er sich nicht dassir auf die Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges und auch auf die Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges und auch auf die beständige Gesahr des Schmuggels berusen, die bei Herstellung eines freien Handelsverkehrs mit dem Westen unverweidlich war? Ein wünschenswerter Zustand war ja jene Trennung gewiß nicht, und sicherlich brachte sie den Westen um manche Vorteile, die mit der Zugehörigkeit zu einem großen Staate verbunden sind; aber mit ihrer Beseitigung wurde doch die unglückliche Zugehörigkeit zu einem großen Staate verbunden sind; aber mit ihrer Beseitigung wurde doch die unglückliche Konfiguration des Staates, auf der sie im Grunde beruhte, nicht gehoben, und die Energie des wirtschaftspolitischen Systems, das doch in der Hauptsache unverändert blieb, wurde dadurch zweisellos geschwächt, ebenso wie die Bereteidigungsfähigkeit des Staates. Die straffe Konzentration im kleineren Kreise — "toujours en védette" —, die das Ziel der friderizianischen Politik gewesen war, wich einem behaglicheren, sorgloseren Sichausdehnen und Zusammenschließen, das doch mehr den menschlich sympathischen Ideen der Wohlfahrt und Gerechtigkeit entsprach als den harten Notwendigkeiten einer Politik, die sich noch immer gerüstet halten wollte, eines Tages wieder um die Existenz des Staates zu kämpfen. Staates zu fampfen.

Staates zu tampsen.
Rein wirtschaftlich betrachtet, sind diese Bestrebungen für die westlichen Provinzen ja allerdings ein Segen gewesen; ob aber z. B. die Rekruten-Konventionen, mit denen man auf den längst überwundenen Gedanken einer Rekruten- lieferung durch die Stände wieder zurückkam, als ein militärisch-politischer Fortschritt zu betrachten sind, ist doch sehr zweiselhaft. Stein hat sie später selbst sehr scharf

fritifiert. Auf dem Gebiete der Afgifeverfaffung mar während der Regierung Friedrichs des Großen im Westen hin und her experimentiert worden; es entsprach nun wohl dem fortgeschrittenen wirtschaftlichen Zustand dieser westlichen Provinzen, daß Stein in der Grafichaft Mart die Trennung von Stadt und Land aufhob, bag an Stelle ber faft alle Gegenstände bes Berfehrs treffenden Generalatzise nur einzelne besonders ertragreiche Artifel besteuert wurden, daß neben einer Mahl- und Schlachtsteuer und einer Tranksteuer für Stadt und Land auch eine Rlaffenfteuer eingeführt wurde; es waren Grundfage, die später zu allgemeinerer Anwendung gelangen follten, mit denen man aber damals eigentlich nur auf ben Zuftand zurückgriff, wie er vor Friedrich Wilhelm I. bestanden hatte. Sehr charakteristisch ift auch die energische Forderung bes Chanffeebaues burch Stein: Friedrich der Große hatte feine Chauffeen gebaut, weil er bem Beind nicht die Wege bahnen wollte gur Invasion seiner Staaten; auch hier zeigt sich, wie an Stelle der politisch-militärischen Gesichtspunkte ber friderizianischen Reit die wirtschaftlichen Wohlfahrtsbestrebungen das Uebergewicht erlangen. Db freilich jene etwas grotest anmutende Alenastlichkeit der friderizianischen Politik so gang unberechtigt war, mag im Sinblick auf ben schnellen und völligen Zusammenbruch von 1806 doch noch fraglich ersscheinen. Es ist ein charakteristischer Zug in der nachfriberizianischen Staatsleitung, daß jenes machsam haltenbe Gefühl ber Unsicherheit, das Bewußtsein des Prefären in der politischen Existenz Preußens, das den Gründer der preußischen Großmacht niemals verlassen hat, bei feinen Nachfolgern einem naiben Behagen am ruhigen und glücklichen Besit Plat gemacht hatte, das sicherlich mit zu ben tieferen Urfachen ber Rataftrophe von 1806 gehört.

Die Organisation und Berwaltung ber westfälischen Entschädigungslande ift von Lehmann zum erstenmal auf Grund ber Aften in knapper Aussiührlichkeit dargestellt worden; ebenso die bisher durchaus nicht genügend bekannte Berwaltung des Akzise= und Handelsdepartements durch Stein. — Es ift von hohem Interesse, zu sehen,

wie Stein — im Gegensate zu harbenberg — für bie Beibehaltung ber ftanbischen Berfaffung in Münfter und Paderborn eintritt. "Ich hoffe — schreibt er an Sad —, man wird die alte bentsche Verfassung, die auf Grundeigentum gebant war, und die sich in Westfalen erhalten hat, nicht umftürzen und an ihre Stelle eine bloße Bureaukratie, beren Unvollkommenheiten wir kennen, segen." Bureaukratie, beren Unvollsommenheiten wir kennen, setzen."
"Der Deutsche und insbesondere der Westsälinger ist ganz zu einer solchen Versassung geeignet; er hat die zur Behandlung der Geschäfte in öffentlicher Versammlung nötige Ruhe, Ordnungsliebe, Anhänglichkeit an Formen, Herkommen. Der windige Franzose muß mit der Peitsche eines Ludwigs XI., Richelieus, Ludwigs XIV. gesührt werden; ihn entschädigt befriedigte Citelkeit für alles sonstige Uebel einer schlechten Verwaltung, ehemals die Ehre, der Untertan des größten Königs zu sein, jest das Luftgebild der Gleichheit." Stein will es nicht mit den Franzosen halten, denen es mehr auf die Gleichheit als auf die Freiheit ankommt, sondern mit den Engländern die die Freiheit der Gleichheit sondern mit den Engländern, die die Freiheit der Gleichheit vorziehen. "Die Bildung zweckmäßig eingerichteter Stände" — schreibt er an die Organisationskommission — "halte ich für eine große Wohltat für diese Provinzen. Sie ershalten eine wohltätige, auf Verfassung und gesetzliche Ordnung sich gründende Verdindung zwischen dem Untertan und der Regierung. Sie belehren jenen über die Absicht der letzteren. Sie machen diese mit den Wünschen und der Regierung. Hoffnungen jener bekannt. Sie verhindern die willfürlichen Abweichungen von Verfassung und gesetzlicher Ordnung, die sich die Landeskollegien bei dem Drange der Geschäfte nicht selten zuschulden kommen lassen, und sie sind durch Eigentum und Anhänglichkeit an das Baterland fest an das Interesse eines Landes gekettet, bas bem fremben öffentlichen Beamten eines Landes getettet, das dem fremden öffentlichen Beamten gewöhnlich unbekannt ift, oft gleichgültig und bisweilen selbst verächtlich und verhaßt wird." Bon solchen Ständen, die aus Eigentümern bestehen, habe die Regierung im Punkte der Revolution nichts zu fürchten. Biel mehr habe sie zu fürchten von der Neuerungssucht jüngerer, von der Launenhaftigkeit und dem Mietlingsgeist älterer Beamten jowie von der alle Sittlichkeit verschlingenden Weichlichkeit und von dem Egvismus, der alle Stände ergreife.

Man fieht aus biesen Aenferungen, in welchem Gegenjat Stein sich befand zu ben im preußischen Staatswesen seit einem Jahrhundert herrschend gewordenen Grundsägen, wie sie damals auch Harbenberg, der als Kabinettsminister mit der Frage befaßt wurde, vertreten hat. Rein Wunder, daß Steins Forderung vom Kabinett abgelehnt wurde, und daß die Stände in Münster und Paderborn verschwanden. Es war eine unzweifelhafte Nieberlage Steins, und es mag wohl sein, daß er einen Augenblick ben Gedanken des Mückritts erwogen hat. Schon vorher hatte er einmal an Sack, als er diesem sein Programm entwickelte, die folgenden bezeichnenden Worte geschrieben: "Ihre, meine und jedes redlichen Mannes Pflicht ift es, der Wahrheit getren zu bleiben, diese mit Mäßigung, Ernst und Festigkeit zu sagen; und wenn man sieht, daß alles vergeblich ift, so zieht man sich von dem Geschäft zurück und läßt sich nicht zur Ausführung eines Gebäudes führen, das wegen seiner Unvollfommenheit entweder von selbst zusammenstürzt oder den Druck und den Unwillen vieler Tausende bewirkt. Der Beifall bes Gemiffens und ber verwalteten Menschen ift beffer, als ber eines Minifters." Dag Stein tropbem blieb, erflärt Lehmann, überzengend genug, barans, baß bie Entscheibung in ber ständischen Frage weber auf einmal, noch gang unzweideutig fiel: Die Sache murde bilatorisch behandelt; außerdem hatte Stein die Genugtnung, daß in anderen wichtigen, namentlich Personalfragen der Minister Schulenburg, ber die Organisation leitete, auf feine Ratschläge hörte. Much die Ginführung des neuoftpreußischen Reffortreglements von 1797 geschah mit auf seine Empfehlung. Er fette ferner burch, daß die administrative Trennung von Stadt und Land auch hier unterblieb; ber Steuerrat ift in den Entschädigungsprovingen nicht eingeführt worben. die Landfreise mit dem in einen Landrat verwandelten Droften an der Spige umfaßten hier auch die in dem Begirt gelegenen Städte.

Das Rantonsuftem wurde fo, wie es war, in ben neuen

Provinzen eingeführt. Stein hatte eine Reihe von Beränderungen vorgeschlagen, die aber nicht zur Durchführung gekommen sind. Er hatte an dem damaligen Heerwesen, an der Stellung der Armee in Staat und Gesellschaft überhaupt wohl mancherlei auszusepen, aber ein klares Programm hat er in dieser Hinsicht nicht sormuliert. Er war für Ausdehnung der Dienstischt auf die davon Besteiten und verschiebt auf die Beweiten und verschiebt auf die davon Besteiten und verschiebt auf die Beweiten und verschiebt auch die Beweiten und verschiebt a freiten und zugleich auch für Verminberung der Dienstzeit; anderseits wollte er aber für den Fabrikbistrikt der Grafschaft Mark doch auch wieder die Exemtion beibehalten wissen und schlug für die Eximierten eine Wehrsteuer vor. Im Grunde schwebte ihm wohl das Ideal einer Landmiliz Im Grunde schwebte ihm wohl das Ideal einer Landmiliz vor; daran wird er gedacht haben, wenn er bei diesen Bershandlungen einmal äußert, die Vaterlandsverteidigung müsse zu einem Gegenstand der Nationalerziehung gemacht werden. Die Heeresversassung, wie sie war, hatte offenbar seinen Beisall nicht, aber anderseits war er doch zu klar und zu praktisch, um nicht einzusehen, daß damals, wo eben die Franzosen sich in Hannover einnisteten, an eine Ubschaffung des Militarismus nicht zu benken sei. Er erklärte in diesen Tagen, der gegenwärtige politische Justand von Europa ersordere eine sortdauernde militärische Unstrengung, um die Unabhängigkeit der Monarchie zu erhalten: Sicherheit seinischtiger als Mohlkrand wichtiger als Wohlstand.

Sehr entschieben seste er sich gegen die Einführung der Afzise in ihrer altpreußischen Gestalt, der "Generalakzise", in den westfälischen Landen ein; aber auf die Entscheidung dieser Frage hat er selbst keinen Einfluß mehr gehabt. Er war inzwischen als Minister in das Generalbirektorium berufen worben, das mit ber Einrichtung ber neuen Provinzen

nicht unmittelbar befaßt war.

Ueber die Berufung Steins zu dem Minifterposten ersfahren wir burch Lehmann ein paar interessante Details. Die Abneigung bes Königs, die Rivalität Borgstedes, die Berwendung Beymes für Stein, die Besorgnisse, die man in Berlin wegen seiner sogenannten westfälischen, d. h. freieren wirtschaftlichen Anschauungen hegte — das alles ist zwar nicht gänzlich neu, aber doch in dieser Verbindung und in

ber Beleuchtung durch die vorhergehende Umtstätigkeit Steins durchsichtiger und verständlicher, als was Pery darüber mitteilt. Die Verwaltung des Ministeriums selbst ist ein so schwieriger und verwickelter Gegenstand, daß ich mich da auf eine Andeutung der Hauptpunkte beschränken muß: die Salzverwaltung wurde reformiert, die Binnenzölle zwischen den Provinzen wurden abgeschafft, mit Ausnahme derer gegen die westfälischen und die polnischen Provinzen, eine Bereinfachung des Geschäftsganges wurde angestrebt namentlich durch Kombinierung der Provinzial-Steuerdireftionen mit den Kammern, für ber Provinzial-Steuerdirektionen mit den Kammern, für Oft- und Westpreußen wurde ein neuer Akzisetaris erslassen, die Verhältnisse von Süd- und Neuostpreußen wurden jest endlich geordnet, wobei Stein merkwürdigerweise für die Einsührung eben der Akzise eintrat, die er im Westen so heftig bekämpst hatte; er sah eben ein, daß sie hier in den zurückgebliebenen Städten des Ostens ganz angebracht sei, und auch die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte, die damit verbunden war, hat hier seinen Widerspruch nicht herausgesordert. In den Handels- und Fabrikenangelegens heiten, wo Kunth einer seiner Hauptmitarbeiter wurde, hat er keineswegs gundische demisst. Er hielt an dem Ekrundser keines wend gundische demisst. er keineswegs umwälzend gewirkt. Er hielt an dem Grunds sat der Handelsbilanz fest und wollte keine plögliche Aufhebung der Einsuhrverbote, wenn er auch mehr von anderen Mitteln, namentlich von der Verbesserung des gewerblichen Unterrichts, erhosite. Die Statistik erhielt erst durch ihn eine besondere Zentralstelle in dem statistischen Burcau. An die Spige der Geldinstitute brachte er Nieduhr. Das sind ja zum Teil längst bekannte Dinge, aber die Bollständigkeit, der innere Zusammenhang, die betaillierte Auseinandersetzung des Hergangs und der Motive bei diesen Maßregeln, das ist das Reue an diesem Kapitel, das bei wagregein, oas zit oas Reue an diesem Kapitel, das bei einem kurzen Referat allerdings nicht wohl zur Anschauung gebracht werden kann. Bon besonderem Interesse sind die Aussührungen über das Einwirken der auswärtigen Bershältnisse auf Steins Departementsverwaltung seit 1805 und über die neuen Steuerpläne. Der Vorschlag einer Tranksteuer für das platte Land (1805) und der Plan einer Einkommensteuer, beibe als Kriegssteuern gedacht, die lettere im wesentlichen nach dem englischen Borbild, mit Selbstbeklaration, wiesen ganz neue Bahnen für die Finanzgesetzgebung bes Preußischen Staates; sie sind hier zum
erstenmal bargestellt.

gesetzebung des Preußischen Staates; sie sind hier zum erstemmal dargestestt.

Stein war seit der Berletzung der preußischen Neutralität durch Napoleon von der Notwendigseit des Krieges überzeugt; er hat Beyme gegenüber (8. Dezember) das Verhalten von Haugwig dei seiner dipsomatischen Mission auf das schäfte verurteilt. Man wäre geneigt, auzunehmen, daß er über die Bendung, die durch den Vertrag von Schönbrunn eintrat, aufs äußerste empört gewesen wäre. In einem Brief an Vinck hat er nun aber, und zwar bald nach dem Ereignis, Januar 1806, mit überraschender Milbe darüber geurteilt, hat namentlich die Erwerbung Hannovers als einen wünschenstwerten Zuwachs der preußischen Monarchie bezeichnet, während Gent einmal sagt, daß er diese Erwerbung lebhaft gemißbilligt habe. Lehmann will diesen Brief als einen Beschwichtigungsversuch sür Zincke und als einen Aussschaft Friedrich Wischems III. ersüllt habe. Böllig befriedigend ist diese Erstärung kann. Anderseits hatte 1874 ein historischer Diektant, Gustav v. Lecoca, in einem Artifel der Zeitschrift sür preußische Geschächte und Landeskunde behauptet, daß Stein mit unter denen gewesen sei, die dem König die Annahme des Schöndrunger sertrags geraten hätten. Lehmann hat wohl recht, wenn er diese ohne jeden Duellenbeseg austretende Behauptung einsach abweist; aber eine Untsarbeit bleibt über die Stellung Steins hier doch noch bestehen. Nehnlich dei den Beratungen von Graudenz, 6. November 1806, wo Stein, der nach der Katastrophe von Jena die Kassen gerettet hatte und dem König gesofgt war, zum erstenmal zu allgemein politischen Vergenblungen zugezogen wurde. Es handelte sich um die Frage der von Lucchessini und Zastrow angenommenen ersten Friedenspräliminarien vom 30. Oktober, die Napoleon später wieder verworsen hat, um

burger Waffenstillstandes zu ersetzen. Die Ministers versammlung erklärte, daß Preußen den Krieg gegen Frankreich nicht fortsetzen könne, sondern unter den von Aucchesini und Zastrow angenommenen Bedingungen Frieden schließen musse. In keinem Falle aber durse Preußen sich gegen Rußland gebrauchen lassen oder dem Rheinbunde beitreten. Hangwiß war mit diesem Beschlusse nicht zufrieden; er hatte gerade ben Beitritt zum Rheinbund empfohlen und aab seine abweichende Meinung zu Brotokoll. Darauf erklärte nun — nach Ausweis bes Konferenzprotokolls — Schulenburg: wenn ber Friede mit Frankreich auf ber Grundlage ber Präliminarien vom 30. Oftober nicht au erreichen sei, so solle man den Beitritt zum Rheinbund anbieten, aber nur in diesem Falle und unter der ausstücklichen Bedingung, daß der Rheinbund die Erhaltung bes Kontinentalfriedens bezwecke und nicht zur Offensive gegen irgendeine Macht führe. Diese Meinung Schulengegen itgenveine Macht fuhre. Diese Deinung Schitens burgs wurde dann nach dem Konserenzprotokoll von der ganzen Versammlung einmütig beschlossen. Lehmann meint nun, es sei kaum glaublich, daß Stein einen solchen Umfall mitgemacht habe, wenn man auch annehme, daß er damals von seiner Krankheit ftark mitgenommen gewesen ware. Er möchte ein Versehen bes Protokollführers annehmen. Aber mir scheint, daß dieser Zweisel verstummen muß. Lehmann selbst hat darauf hingewiesen, daß auch Haugwiß an Lucchesini damals geschrieben hat, er habe die Herren auf seine Seite gebracht; und daß das Angebot des Beitritts zum Rheinbunde für Stein keine absolute moralische Un= zum Rheinbunde für Stein keine absolute moralische Un-möglichkeit war, das beweist doch sein Verhalten im Jahre 1807 bei der Mission des Prinzen Wilhelm nach Paris (Lehmann II, 136). Ob später bei den Beratungen von Osterode (21. November) Steins Votum gegen den Charlottenburger Waffenstillstand von wirklich ausschlag-gebender Wirkung gewesen ist, wird man bezweiseln dürsen; die Haltung von Beyme und Köckriz, die mit der Minorität gegen die Unnahme stimmten, beweist doch wohl, daß der König schon vorher zur Ablehnung entschlossen war. Aber vielleicht bedurfte es bei seiner Natur einer solchen Stärkung gegen die eigenen schwächlichen Neigungen, wie sie in bem entschiedenen Auftreten Steins lag.

Wir kommen nun zu der Reform und damit zu dem Söhepunkt ber Darftellung Lehmanns. Er hat ihr eine breite Grundlage gegeben in einem knappen, inhalt= und gedankenreichen Aufriß ber Bersassung und Berwaltung bes alten Preußens, ber schon vor bem Erscheinen des zweiten Bandes in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden ist 3). Der Busammenhang, in dem diese zusammenfassende Betrachtung konzipiert ist, bringt es mit sich, daß das Unmoderne, Rückftändige, Unhaltbare dieses politisch-sozialen Systems stärker hervortritt als das Lebensfähige und auch in der Zukunst Man vermißt an ber gehaltvollen, scharf Kortwirkenbe. pointierten Stizze einen hinweis barauf, daß dieses altpreußische System in seiner Entstehungs= und Blütezeit boch ein großer Fortschritt gewesen war, daß es moralische Kräfte enthielt, die noch keineswegs aufgebraucht ober verrottet, sondern auch in Zufunft noch großer Wirkungen fähig waren. Hier betreten wir allerdings ein Feld, auf bem es mehr auf allgemeine politische Ansichten und Ueberzeugungen als auf beweisbare hiftorische Tatsachen ankommt. Durch Lehmanns ganzes Werk geht, unausgesprochen, aber boch unverkennbar, die Anschauung hindurch, daß Preußen nur burch die Ideen der Reform zu neuem Leben erweckt und zu einer großen Zukunft befähigt werden konnte, daß der Geist des friderizianischen Preußens bei Jena gleichsam sein Todesurteil empfangen habe. Ich weiß nicht, ob ich ben Sinn bes Verfaffers damit richtig beute, aber wenn bas ber Fall ist, möchte ich boch bagegen aussprechen, daß noch unendlich viel von bem friberizianischen Staatsgeist im heutigen Breußen lebt, daß die Epoche Bismarcts wieber an Friedrich ben Großen angeknüpft hat mit ihrer kuhnen Machtpolitif wie mit ihren wirtschaftlich=fozialen Beftrebungen, und daß der Geift der Steinschen Reform nur ein Ingrediens, nicht aber das eigentlich konstitutive Element in unserem heutigen Staate ift. Die Katastrophe

^{3) \$5. 2. 90. 385} ff.

von Jena war meiner Ansicht nach nicht ber Zusammensbruch eines lebensunfähig gewordenen Organismus, sondern ein burch mancherlei Ursachen, innere wie äußere, bedingter Schwächezustand, der die Widerstandssähigkeit des Staates für den Moment aufhob, eine pathologische Krisis gleichsam, aus der sich der Staat nicht allein durch die liberalen Ibeen, sondern auch durch die ihm selbst innewohnende Lebensfrast und die Stärke seiner überlieferten Institutionen wieder erhoben hat. Als die eigentlich grundlegende Epoche wieder erhoben hat. Als die eigentlich grundlegende Epoche sür den Preußischen Staat erscheint mir doch die Regierung Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, nicht die Epoche Steins und Harbenbergs; die Richtung auf den monarchischen Militärs und Beamtenstaat ist dem preußischen Wesen immer geblieden, sie ist durch die Wirkungen der Reformideen nur modifiziert, nicht völlig von ihrem Ziele abgeleuft worden. Es ist eine Synthese alter und neuer Kräste und Institutionen, auf der unser heutiges politisches Leben beruht; den scharfen Gegensak, in dem sich die beiden Epochen einst selbst empfanden, wie er etwa in dem Vernichtungsurteil E. M. Arndts über Friedrich den Großen oder in den Invektiven eines York oder Marwig gegen die Resormer sich äußerte, haben wir glücklicherweise überwunden. Das historische Urteil braucht nicht das Werk Friedrichs des Großen zu verdammen, um dem Werke Steins gerecht zu werden. Steins gerecht zu werben.

Das wichtigste Resormprogramm Steins, die Nassauer Denkschrift, hat Lehmann in sehr eindringender Weise analysiert. Mit Recht weist er darauf hin, daß man nicht erwarten dürse, das ganze Resormprogramm Steins in diesem Dokument entwickelt zu sehen, das in der Hauptsache nur der Neuordnung der Verwaltungsorganisation gewidmet ist; wenn hier nur von ständischer Versassung in den Provinzen die Rede ist, so weist Lehmann aus einer gleichzeitigen Leußerung Steins in einem Briese an Hardenberg nach, daß dies nur als ein Anspenderg eine Absicht Steins ging schon damals in letzter Linie auf eine Nationalrepräsentation; aber er wollte das Volk

zu einer solchen erst erziehen durch die öffentliche Wirksamkeit in kleineren Kreisen. Sochst interessant ift, wie Lehmann den Gedankenkreis und damit die ganze Tendenz der Denkschrift näher bestimmt. Wir sehen hier wieder, daß bei dem Staatsideal Steins die "alte deutsche Versassung" zugrunde liegt, wie sie vor dem Aufsommen des Absolutismus und seiner Begleiterscheinungen, des Militarismus und der Bureaukratie, gewesen war, oder vielmehr, wie er sie sich in einem idealisierten Bilde vorstellte; auch die Wahlverwandtschaft mit England tritt start hervor und ist von jeher bemerkt worden; sie liegt eben in der gemeinssamen Ablehnung dieser für das kontinentale Staatsleben des 17. und 18. Jahrhunderts entscheidenden Erscheinungen: Militarismus, Absolutismus und Bureaukratie. Aber neu Militarismus, Absolutismus und Bureaukratie. Aber neu ist, was Lehmann hier nachzuweisen sucht: daß auch die Ideen von 1789, die Ideen der französischen Konstituante, sehr wesentlich auf Steins politisches Denken eingewirkt haben, ja, daß sie einen integrierenden Bestandteil seines Programms bilden. Man wird danach mit der Anschaung brechen missen, als ob Stein schlechtweg ein Feind alles Französischen und insonderheit ein Feind der Französischen Revolution gewesen sei. Er war ein Todseind des Bonapartismus, des demokratischen Cäsarismus, der auf dem Grunde einer völlig nivellierten Gesellschaft und einer durchaus zentralisierten Verwaltung ein durch repräsentative Formen übel verkleidetes despotisches Regiment organisiert hatte, das eigentlich die Negation jedes Staatsrechts war. Aber die Frühzeit der französischen Revolution mit ihren begeisternden Idealen, mit ihrem Gegensat gegen die Unnatur des alten Staates, gegen Absolutismus, begeisternden Joealen, mit ihrem Gegensatz gegen die Unnatur des alten Staates, gegen Absolutismus, Militarismus und Bureaufratie, mit ihren monarchische fonstitutionellen Versassungsideen, mit ihren Menschenund Bürgerrechten, mit der nationalen Idee und dem Gedanken von der Mündigkeit des Volkes — diese Bewegung sand ein Echo in Steins Brust, und er ist ihr in manchen seiner Vorschläge und Benennungen gesolgt, wenn auch dieser Einsluß nicht überall ganz unverhüllt zustage tritt. So mischt sich in Steins Ideen seltsam,

fruchtbar und in höchst eigenartiger Beise Altes und Reues, Fremdes und Heimisches. Indem er zurückstrebt zu den deutschen Staatszuständen, wie sie vor dem Einstringen des militärische dureaukratischen Absolutismus bestanden hatten, sucht er doch keineswegs den Staatsund Gesellschaftszustand des 16. und 17. Jahrhundertsschlechtweg wiederherzustellen, sondern er sucht ihn weiter zu entwickeln nach dem Muster der fortgeschrittensten Nation, die jene allgemeinskontinentale Entwickelung nicht mitgemacht hatte, der Engländer, und zugleich im Sinne der von England beeinflußten Strömung in Frankreich, wie sie etwa durch Montesquien repräsentiert wird; die demokratischen Abstraktionen Rousseaus lagen nicht in der Richtung seiner historisch gestimmten und auf das Wirksliche und Praktische gerichteten Natur.

Much barauf hat Lehmann mit berechtigtem Nachbruck hingewiesen, daß die Beranlaffung ber Raffauer Dentschrift in einem Buniche bes Fürsten Anton Radziwill zu suchen, daß sie zunächst für ihn entworfen ist. Daburch erklart fich manches in ber Tenbeng und Faffung, vor allem auch die ausführliche Behandlung ber polnischen Frage. Was Stein im Auge hatte, war bie Konftituierung ber polnischen Provinzen Preußens, die noch aus bem ruffischen Unteil erheblich vermehrt werben follten, als eines Königreichs Polen in Personalunion mit Breugen, wie anderseits der ruffische Unteil als Ronigreich Litauen tonftituiert werben follte. Das follte nun ein von einem einheimischen Statthalter in konstitutionellen Formen regierter Nationalstaat sein. Stein verurteilte die Teilungen Bolens und fprach mit hober Unerkennung von ben nationalpolitischen Bestrebungen ber polnischen Batrioten. Lehmann gitiert mit Beifall feine Worte barüber: "Die polnische Nation ift ftolz auf ihre Nationalität, sie trauert, ihre Sprache, ihren Namen er-löschen zu sehen und feindet den Staat an, der ihr dieses Leid zufügt. Sie würde zufriedengestellt werden, sie würde biesem Staate anhängen, wenn man ihr eine Bersassung gäbe, bei der ihr Nationalstolz beruhigt und ihr der Besit ihrer Individualität gesichert wird. Diese nicht zu zerstören, sondern auszubilden, wird jeder für einen Gewinn halten, der nicht mechanische Ordnung, sondern freie Entwickelung und Beredlung der eigentümlichen Natur jedes Bölkerstammes sür den Zweck der dürgerlichen Gesellschaft hält." Diese Worte rühmt Lehmann als "ein teures Vermächtnis, in dem der universale Geist des 18. und der nationale des 19. Jahrhunderts, noch nicht zum Chauvinismus versteinert und verfälscht, sich wundervoll durchdringen." Benn damit, wie doch wohl vermutet werden muß, der Bunsch verbunden ist, daß dieses Vermächtnis sür die Verhältnisse der Gegenwart fruchtbar gemacht werden möchte, so muß man dagegen doch bemerken, daß die Polenfrage bei uns auf einem durchaus andern Boden steht, als der war, auf den Stein sein Zukunstsgebäude gestellt hat. Für ihn handelte es sich um die kompakte Handelt des sich in der Hauptsache um Provinzen mit gemischter Sprache und gemischter Bevölkerung, und eine Unwendung des Steinschen Prinzips würde bei uns heute eine Unterdrückung des Deutschtums zugunsten der polnischen Nationalität bedeuten, ohne daß damit die Gewähr sür die Zufriedenstellung der polnischen Bevölkerung gegeben wäre, deren nationalpolitische Bestredungen ja über den Rahmen des Preußischen Staates weit hinausreichen.

Die Umstände, unter denen Stein sein zweites Winisterium antrat, der Konsslit, der dabei wieder

Die Umstände, unter benen Stein sein zweites Ministerium antrat, der Konslitt, der dabei wieder brohte, und die Art, wie er vermieden wurde, sind von Lehmann zum erstenmal zutreffend dargestellt worden. Es ist der Kampf um die Beseitigung des Kabinetts, um den es sich dabei handelt. Dieser Kampf gehört ja mit zu dem Wesentlichen der Steinschen Bestrebungen. In diesen Jusammenhang gehört auch schon die erste große politische Kundgebung Steins, die bekannte Denkschrift vom Mai 1806, die die Beseitigung des Ministers Haugwig und der Kabinettsräte Lombard und Behme und die Bildung eines Ministersonseils sorderte. Damals war der Ruf Steins ungehört verhallt; der

König hat, wie Lehmann feststellt - im Gegensat übrigens zu ber von Stein felbft in feiner Autobiographie geankerten Bermutung -, nie etwas von diefer Dentichrift erfahren; die Königin und Sardenberg hatten fie für zu scharf und rücksichtslos gehalten und von der lleberreichung an den König abgeraten, und Stein hatte sich gefügt. Dann war der Konflift vom Dezember 1806 gefolgt, der Unfang Januar 1807 zu der Entlassung Steins führte. Der Rern Diefes Ronfliftes mar eben bie Forberung Steins gewesen, daß Benme entlassen und an Stelle ber Rabinettsregierung eine Ministerialregierung eingerichtet werden follte, die in unmittelbarem Berkehr der Minister mit dem König geführt würde. In dieser Forderung lag die Tendeng jur Ginschränkung bes autofratischen Absolutismus, und barum hat Friedrich Wilhelm III. ihr einen so zähen und nachhaltigen Wiberstand entgegengesett. Er behandelte Stein noch gang so, wie Friedrich ber Große seine Minister behandelt hatte; ba Stein ben Gintritt in bas vom König berufene Ministerium abgelehnt hatte, sah er das als Ungehorsam und Eigensinn an und entließ ben Minister durch jene ungnädige Rabinettsorder vom 3. Januar. Bas Stein durchzusetzen miglungen war, hat bann Sarbenberg burch seine Geschmeibigkeit, allerdings zugleich auch burch bas Gewicht, bas ihm beim Könige bamals bas Vertrauen des Kaisers Alexander gab, ohne Konflift zu erreichen vermocht; er erhielt am 26. April 1807 ben Vortrag in allen wichtigen Angelegenheiten unter Ausschaltung bes Kabinettsrats Benme. Aber das war doch nur eine vorübergehende Konstellation. Es ist eine übertriebene Würdigung bieser Wendung, wenn Treitschfe (I, 259) bavon fagt: "Am 26. April 1807 vollzog sich in aller Stille eine Berfaffungsverunderung, Die folgenreichfte, welche ber alte Absolutismus feit ben Tagen Friedrich Wilhelms I. erlebt hatte. Die Rabinettsregierung wurde aufgehoben, Sarbenberg als erfter Minifter mit ber Leitung ber auswärtigen Angelegenheiten fowie aller mit bem Kriege zusammenhangenben Geschäfte beauftragt."

Daß diese Wandlung noch keine dauernde war, daß sie in der Hauptsache nur auf der persönlichen Geschickseit Darbenbergs beruhte, zeigte sich sosort nach seinem Rücktritt, der bekanntlich eine der Bedingungen des Tilster Friedens war. Da trat Beyme in seine alte Stellung ohne weiteres wieder ein, und die Steint deim Untritt seines Ministeriums vorsand, war noch eine recht unklare. Er verlangte auch jest wieder die Entsjernung Beymes, der König aber bestand daraus, daß der Rabinettkrat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschinettkrat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschinettkrat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschinettkrat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschinettkrat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschinetten der Königin Luise abgewandt, die Stein mit beweglichen Worten beschwort, noch einige Zeit Geduld zu haben, was offenbar auf die Hath dann das Nazwischentreten der Königin Luise abgewandt, die Stein mit beweglichen Worten beschwort, noch einige Zeit Geduld zu haben, was offenbar auf die Hatung des Ministers nicht ohne Wirkung geblieben ist. Ueber diese merkwirdige Wendung sind wir durch ein undatiertes, bei Perz in Faksimite mitgeteiltes Villett unterrichtet, das der Gerausgeber noch nicht unterzubringen gewußt hat. Er war geneigt, den Konsliftt, auf den es hinweist, in eine spätere Zeit zu segen und hat allerlei Kombinationen daran genügt. Den Konsliftt, auf den es hinweist, in eine spätere Zeit zu segen und hat allerlei Kombinationen daran gehnüpft. Lehmann setz das Datum auf den 3. oder 4. Ottober. Er schmann setz das Datum auf den 3. oder 4. Ottober. Er schmann setz das Datum auf den 3. oder 4. Ottober. Er schmann steile nicht leicht mit biese Ungabe zu vereinigen sind 3). Es kam damals zu einem Kompromiß: Beyme wurde zum Kammergerichtspräsidenten ernannt, blieb aber noch die zum Kammergerichtspräsidenten ernannt, blieb aber noch dies zum Kammergerichtspräsidenten das gesallen unter der Bedingung, daß die Vortragssachen dem Ka

⁴⁾ Rahl, Mus ber Frangofenzeit G. XVIII ff. und G. 43 ff.

Ende genommen; aber die Joee des follegialischen Staats-ministeriums, die Stein vorschwebte, ist eigentlich in der Resormzeit nie realisiert worden, mit Ausnahme etwa des Minifteriums Dohna-Alltenftein, das aber in seiner Schwäche und Untätigkeit nicht eben für diese Form ber Regierungsverfaffung zeugt. Die Beit und bie Natur bes Ronigs forberte einen Bremierminifter, wie es Stein und harbenberg gemefen find. Mit einer folchen überragenden Stellung eines Ginzelnen aber ließ fich eine tollegialische Ministerregierung boch nicht gut vereinigen; und wenn auch die bekannten Kabinettsorders vom 3. Juni 1814 und 3. November 1817 ben follegialischen Charafter bes Staatsministeriums gegenüber bem Staatsfangler feststellten, so zeigt boch bie Krifis von 1819, die neuerdings Meinede und Gebhard eingehend geschildert haben, wie weit man in der Tat von der Realisierung bieses Gebantens bamals noch entfernt war und vorläufig auch geblieben ift. Nach Hardenbergs Tobe treten dann unter Friedrich Wilhelm III. wieder die sogenannten Kabinetts= minifter auf, die den Berkehr ber Minifter mit König vermitteln, und diese hervorragende Stellung eines Ministers hat auch unter Friedrich Wilhelm IV., wenngleich in abgeschwächter Gestalt, fortbestanden bis zur Berufung bes Bereinigten Landtags 1847. Erst an der Schwelle ber tonftitutionellen Epoche ift es aljo eigentlich in Breußen zu bem bon Stein schon 1806 geforberten tollegialischen Staatsministerium in seiner reinen Gestalt gekommen: ein Staatsministerium, das wirklich eine Bindung der persönlichen Regierungsgewalt des Königs bedeutet, ist eben ohne das Korrelat einer konstitutionellen Berfassung nicht gut benkbar, wenigstens ift es praktisch in Preußen nicht burchsührbar gewesen.

Ein besonders wichtiges Novum in Lehmanns Werk ift die aktenmäßige Darstellung der Finanzlage Preußens während des Steinschen Ministeriums und der Mittel, die er in Anwendung brachte, um die ungeheure, ganz willfürlich bemessene Kontributionslaft, die Daru auf 154,5 Millionen beziffert hatte, abzutragen

und damit das Land von der seinblichen Einquartierung zu befreien; denn der den Tilster Frieden ergänzende ungläcksleige Bertrag vom 12. Juli 1807, den Kaldreuth in unbegreislicher Berblendung geschlossen hatte, gad ja den Franzosen das Recht, das Land so lange besetzt zu halten, dis die Kontribution, deren Höße damals noch gar nicht seitgestellt war, bezahlt sein würde. Man mußte sich bei dem Mangel darer Einfünste an die Domänen halten. Sie waren ja versasjungsmäßig seit Friedrich Wilhelm I. unveräußerlich, aber die öffentliche Meinung sorderte damals ziemlich allgemein den Berkaußere Staatsgüter, und auch Stein war kein Freund eines großen Domanialbesißes (II, 178). An einen sosonen eines großen Domanialbesißes (II, 178). An einen sosonen verlaußere wertauf aber konnte man damals nicht denken, weil es an Käusern sehlte oder doch wenigstens an solchen, die leidliche Angebote gemacht hätten; so blieb nichts übrig, als eine Berpsändung, durch Ausgade von Pfandsviesen nach Art der ritterschaftlichen Kreditinstitute; an diese sichloß ich der Fiskus setzt auch tatsächlich an, so daß der Staat für seine Domänen diesen landschaftlichen Kreditgenossenschaften deitrat, um dadurch ihre Garantie sür die aus die Domänen ausgestellten Pfandbriefe zu erhalten. Das sührte zu Berhandlungen mit den Provinzialandschaften, da ja diese natürlich ihre Zustimmung dazu erklären mußten. Aus diesem Anlaß ist es zunächst zur Berufung des sogenannten ostpreußischen Generaltandetags gekommen, der im Grunde nichts anderes ist, als das 1788 geschaffene Organ der Landschaft, d. h. der ritterschaftlichen Kreditigenossenschen von Beratungen zugleich um allgemein Landschaften bei den Beratungen zugleich um allgemein Landses und Seinerangelegensheiten, so daß die ursprüngliche Kompetenz der Bertammlung sehr erweitert wurde. Stein hat daher zu dieser Verländster aus den Domänensämtern berusen; Lehmann vergleicht diese Betätigung der beitgerlichen Elemente mit dem "Doublement du tiers" bei der Einberusung der Französischen Gement mit dem "Double

er findet auch sonst manche Parallelen zwischen der französischen Konstituante und der Stellung, die Stein dieser oftprenßischen Provinzialversammlung zuwies. Er hat in diesen Verhandlungen das erste der Versassungsversprechungen der Resormzeit entdeckt: dem Generallandtag wurde die Versicherung gegeben (31. Januar 1808), daß fünftig ein wirklicher Landtag mit zweckmäßiger Repräsientation der ländlichen und städtischen Eigentümer

geschaffen werden folle.

Das war zunächst nur eine Aussicht auf provinzial= ftändische Repräsentation; aber an die Domanenangelegenheit fnüpfte fich fpater noch eine weitergehende verfaffungs= rechtliche Kundgebung, auf die Lehmann ebenfalls zum erstenmal hingewiesen hat. In den Berhandlungen über den Gesekentwurf betreffend die Beräußerung der Domanen, die im Oftober 1808 stattsanden, ist beschlossen worden, daß dabei die künftigen Reichsstände der Monarchie zugezogen werden follten; es ift das erstemal, daß Reichsstände in Preußen amtlich erwähnt werden, und ber König hat damals feinen Unftof baran genommen. Mit Recht kounte also Stein in seiner Selbstbiographie sagen: der König war damals schon geneigt zur Bildung von Reichsständen. Das ift eins ber schönften Nova in Lehmanns Darftellung. Leiber find die Aften ber Berhandlungen über die Einrichtung von Reichsftänden, von benen auch in Steins sogenanntem politischen Testament die Rede ift, auch bem Spürfinn Lehmanns nicht auffindbar aewesen.

Den oftpreußischen Generallandtag hat 1808 neben der Uebernahme der Garantie für die Domänen-Pfandbriese namentlich noch die Frage der Einkommensteuer beschäftigt, die ja Stein schon 1806 gefordert hatte, und die nun zur Deckung der Kriegsschulden dienen sollte. Auf Steins Betreiben ist sie, nach einem von dem Königsberger Polizeidirektor Frey und dem Assecreten, Vo. Hoffmann ausgearbeiteten, von Stein verbesserten Plan, troß des Widerstandes abeliger und militärischer Elemente in dem oftpreußischen Generallandtag damals auch wirklich

beschlossen worden. Es war die erste Steuer in Preußen, die alle Stände gleichmäßig ersaßte; Stein hatte wohl die Absicht, sie später zu einer allgemeinen Staatssteuer zu machen; sie ist aber tatsächlich auf Ost= und Westpreußen beschränkt geblieben und ist später wieder verschwunden. Auch diese Entdeckung hat Lehmann ja schon früher in einer besonderen Veröffentlichung dem wissenschaftlichen Publikum vorgelegt⁵).

Publikum vorgelegt⁵).

Trop aller dieser Anstrengungen wollte es nicht gelingen, die Mittel zur Ausbringung der Kontribution herbeizusschaffen, und doch hing alles davon ab, daß man die französischen Besatungen aus dem Lande los wurde. Diese verzweiselte Lage erklärt die ausställige Nachgiebigkeit, die Stein gegenüber den Franzosen bewies. Sie war so groß, daß Pert nicht gewagt hatte, alles mitzuteilen, was die Papiere Steins darüber ergeben; erst Lehmann hat über diese merkwürdige Partie volles Licht verbreitet. Alls Prinz Wilhelm im November 1807 nach Paris gesandt wurde, bot Preußen Napoleon ein Offensivdündnis an, das 30—40000 Mann zu seiner Verfügung stellte: selbst vor dem Eintritt in den Rheinbund schreckte man nicht zurück. Stein gab sich wohl nicht bloß den Anschen, als sei das Ziel seiner Politik, mit Napoleon wirklich in ein gutes Verhältnis zu kommen und Preußen mit Frankreichs Hilfe wieder in die Höhe zu bringen; er war damals bereit, im Falle eines Krieges zwischen Sestenreich und Frankreich den Franzosen auch die schlesischen Festungen einzuräumen; er vermied alles, was "Anlaß zu schädlichen Insinuationen beim Kaiser Napoleon" geben konnte. Die notwendige Reduktion der entwerteten Scheidemünze mußte aus diesem Grunde unterbleiben, weil die Oksupationsarmee ein Finteresse daran hatte, daß sie beibehalten wurde; miß-Interesse unterbieben, weit die Lettaputionsutnice ein Interesse baran hatte, daß sie beibehalten wurde; mißliebige Beamte, wie der Zivilkommissar Massow in Schlesien,
wurden den Franzosen geopfert. Stein wollte sogar Napoleon gewinnen durch den schweichelhaften Antrag,
er oder die Kaiserin sollten Patenstelle bei dem Kinde über-

⁵⁾ Preugifche Jahrbucher 103, 1 ff. (1901).

nehmen, das die Königin erwartete — eine Wendung, die dann doch dank dem hohenzollernschen Familienstolz versmieden worden ist —; den Borschlag einer dynastischen Berbindung mit der Familie Bonaparte durch Berheiratung des Kronprinzen mit der ältesten Tochter des Königs Josef wies Stein allerdings a limine ab, er wagte gar nicht, mit dem König darüber zu reden; aber in demselben Briefe, den er darüber an den Prinzen Wilhelm geschrieben hat, spricht er doch zugleich die Hossinung auf eine Berständigung mit Frankreich, den Wunsch, dazu zu gelangen, so deutlich aus, daß Lehmann erklärt, jeder Versuch, sie fortzuinterpretieren, sei aussichtslos.

Endlich entschloß fich Stein, felbft nach Berlin gu gehen und mit Daru perfonlich über bie Ermäßigung ber Kontribution zu unterhandeln. Das war ein verhängnisvoller Schritt, der das Reformwerf sehr aufgehalten und stark beeinträchtigt hat. Stein ist badurch drei Monate von Königsberg und von der Leitung ber Reformen ferngehalten worden, so daß in dieser Zeit alles ins Stocken geriet, er hat sich vor den Franzosen gedemütigt und viels fach bedenkliche Mittel ergreifen muffen, um bas gute Berhältnis mit ihnen zu mahren; er hat ben ungeftumen Batrioten Sad aus den Berhandlungen entfernt und ihn durch den Reformgegner Bog erfett, der den Franzosen genehmer war. Und mit dem allem ist er nicht zum Ziel gelangt. Als Diplomat war er bem frangösischen Unterhändler nicht gewachsen. Darn hatte ihm Aussichten gemacht, die ihn blendeten, Bugeftandniffe, die Stein befriedigt hätten, wenn sie die vorbehaltene Ratifikation Napoleons gefunden hätten; aber eben diese Ratifikation blieb schließlich aus, und Stein mußte am Ende ein-sehen, daß er der Düpierte war, daß er ganz umsonst Diese brei Monate hindurch die schwerften persönlichen und politischen Opfer gebracht hatte. Lehmann hat hier seines Selben nicht geschont. Es macht in ber Tat einen peinlichen, fast tragischen Einbruck, zu sehen, wie der ftolze, aufrechte Mann in dieser schiefen Situation seinen eigentslichen Charakter verleugnet, wie er ganz gegen seine eigents

lichen Grundfäge und doch schließlich ganz umsonst handelt. Das biplomatische Geschick, die Fähigkeit, sich zu verstellen, den Gegner zu überliften, zu betrügen, nach seinem Willen

zu lenken, fehlten ihm vollständig.

Erst der spanische Ausstand und die Bewegungen in Desterreich im Sommer 1808 haben Stein den Mut gezgeben, wieder zu seinem eigentlichen Selbst zurückzufehren. Er unternimmt nun die Vorbereitung des Volksaufstandes im Verein mit Ineisenau und Scharnsorst. Die Verhandlungen mit Frankreich setzt er dabei fort, aber nun in der ausgesprochenen Absicht, Napoleon zu täuschen, unter dem Schein eines Vündnisses mit ihm gegen ihn zu rüsten, um sich im gegebenen Moment mit seinen Gegnern zu vereinigen. "Soll es", so hat Stein in jenen Tagen einmal gesragt, "dem Kaiser Napoleon allein erlaubt sein, an die Stelle des Rechts Wilksür, der Wahrheit Lüge zu setzen?" Damit bekennt sich also auch Stein in der Not des Moments zu einer machiavellistischen Staatsräson, wie sie Friedrich der Große geübt hat. Lehmann bezweiselt, und sicherlich mit Recht, daß Steins ethische Natur sich dabei in ihrem Element gesühlt habe. Er war doch wohl sir solche Verhältnisse nicht gemacht; er war mehr der Wann der inneren Verwaltung und Resorm.

Von den großen Reformfragen wird bei Lehmann zunächst die agrarische behandelt. Seine Darstellung hat
hier neben Anapp nicht viel Neues zutage gesördert, er hat
die Dinge nur mehr in den Zusammenhang der großen politischen
Geschäfte gerückt. Steins Anteil an der Agrarresorm ist
ja eigentlich nicht groß; das Edikt vom 9. Oktober 1807
sand er sertig vor. Lehmann hält an der Auffassung sest,
daß die Ausdehnung seiner Geltung auf den ganzen Staat
Steins Berdienst sei, obwohl auch diese Maßregel schon
vor seiner Ankunst erwogen worden ist. Daß zunächst
nur die persönliche Besteiung der Bauern eintrat, nicht
die Regulierung der Dienste und Sigentumsstragen gleich
damit verbunden wurde, war offenbar ganz im Sinne
Steins, wenn er auch für die ostpreußischen Domänens
bauern die in anderen Provinzen schon vor 1806 durchs

geführte Eigentumsverleihung durchaus gebilligt und bes fördert hat, wie ja auch sein Anteil an der Emanzipation der hörigen Domänenbauern in Minden (1797) in berselben Richtung sich bewegt hatte. Seine Grundansicht war eigentlich, daß auch für die Ablösung der Dienste und die Erwerbung des Eigentums an den abhängigen Höfen die gesetliche Möglichkeit geschaffen werden sofen die Gefegitche Mogitafteit geschaffen werden sollte; die Durchführung dieser Auseinandersetzung selbst wollte er der Jnitiative der Beteiligten überlassen. In diesem Sinne hat er sich in der Nassauer Denkschrift aus-gesprochen und ebenso in dem Politischen Testament; übrigens hat er in seiner Antobiographie die Regulierungsgesets= gebung Barbenbergs, bie er nur nach bem verhältnismäßig günstigen Edift von 1811 beurteilt, auf das unzweis beutigste verworfen als ein Produkt von Neuerungssucht und Phantastif, bas ben Bauern mehr Schaben als Rugen gebracht habe; es fieht faft aus, als wolle er Scharnwebers fpater gutage tretenden geistigen Defekt für biese gange Gesetzgebung verantwortlich machen. Er hatte dabei unsweiselhaft namentlich das schäbliche Bauernlegen im Auge, das im Gesolge der Regulierungsgesetzgebung eingetreten Un dem friderizianischen Bauernschutz wollte er grundsätlich festhalten, bezeichnenderweise ebenso und fast mehr noch aus moralischen als aus ökonomisch-politischen Motiven. Das war einer ber festen Buntte in seinen sonst etwas ichwankenden Ansichten in Dieser Frage. Lehmann gitiert einen Sat, ben Stein damals, fich felbst über seine Stellung zu der Agrarreform Rechenschaft gebend, niedergeschrieben hat: "Nur eine gesetzliche Einschränkung der freien Disposition über bas Eigentum wird bleiben muffen, diejenige nämlich, welche bem Eigennut bes Reicheren und Gebilbeten Grenzen fest und bas Gingiehen bes Bauernlandes gum Borwerksland verhindert." Darum hat er sich auch später, als es sich darum handelte, diese Beschränkung gesetzlich zu formulieren, auf die Seite Schöns und der Immediatskommission gestellt, gegen den Entwurf Schroetters und des ostpreußischen Departements. Schroetter wollte ansordnen, daß die Gutsbesißer sur jeden eingezogenen Bauerns hof eine Büdnerstelle einrichten sollten, um das populationistische Prinzip zu wahren; Schön wollte eine Einziehung von Bauernland nur dulden, wenn das gleiche Waß von Land in Form von großen Bauernstellen zu freiem Eigentum ausgeworsen würde. Das leuchtete Stein mehr ein; er wollte die freien wohlhabenden Bauern des Westens in den Osten übertragen; an den Rand des Schroetterschen Entwurses schried er dreimal sein: Cossat in totum. Daß er mit Schön im übrigen seineswegs übereinstimmte, daß es ihm keineswegs wie diesem gleichzgültig sür den Staat schien, ob A oder B ein Landgut besitze, ist ja bekannt; er war daher auch für den Indultzugunsten der Rittergutsbesitzer, den Schön von seinem individualistischen Freiheitsstandpunkt aus bekämpste.

Interessant und neu ist, was Lehmann über den Wider= stretefunt and net ift, bus Legmann voer ben Stretes frand bes Abels gegen bie Agrargesetzgebung beis bringt. Namentlich in Schlesien war er sehr stark, und bie Bureaufratie arbeitete hier zum Teil im selben Sinne. Die Gloganer Kammer suchte das Oftoberedift gleichsam der Deffentlichkeit zu entziehen; sie riet von einer öffent-lichen Belehrung des gemeinen Mannes über die Absicht des Gesetzes ab, um nicht die Ausmerksamkeit der Untertanen badurch erst recht auf bas Ebift zu lenken. Sa, der Landrat des Chlaner Kreises, Graf Hoverden, schlug mit naiver Ruchlosigkeit Ausführungsbestimmungen vor, die den Inhalt des Gesetzes einsach zunichte machen sollten. Da war es kein Bunder, wenn hier und da in Schlesien die erbitterten Gemeinden revoltierten. Mit Hisperind die erbitterten Gemeinden revoltierten. Mit Hisperind fichen Millitärs mußten im August 1808 die Banern zu ihrer Pflicht augehalten werden — in eben der Zeit, wo Stein und seine Gesinnungsgenossen den allgemeinen Volksaufstand gegen die Franzosen planten! Gewiß hat Lehmann recht, wenn er in dieser resormfeindlichen Gesinnung des Woels, in diesem vorsätzlichen Migverstehen des Emanzipa-tionsgesetzes die Ursache dafür erblickt, daß Stein nun allmählich eine immer schärfere Haltung gegen die Junker einnahm und eine umsassende "Reformation des Abels" ins Auge faßte. Böllig neu ist, was Lehmann über die Berhanblungen mitteilt, die die von Stein damals lebhaft betriebene Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarsteit bezweckten. Sie führten zu einem immer schärseren Gegensaße Steins gegen das Junkertum. Im September 1808 hat er die Absicht geäußert, daß der Abel wenigstens großenteils abgeschafft werden müsse: nur der reiche Abel sollte bestehen bleiben, der arme sollte aufhören. Es war doch wohl weniger eine Annäherung an den Jdeenkreis der französischen Kevolution, wie Lehmann meint, als an die englischen Gesellschaftszustände, die Stein als Muster vorschwebten, wenngleich eine Durchsührung dieser Absücht in Preußen nur auf revolutionärem Wege, durch eine Revolution von oben, zu erreichen gewesen wäre. Wie es sich mit der Absücht Steins verhält, den Abel überhaupt nur so weit bestehen zu lassen, als er sich in dem geplanten Bolksausstande der guten Sache dienstbereit erweisen werde, darüber sindet sich auch dei Lehmann nichts Näheres: ein Teil der einschlägigen Alken ist spurlos verloren gegangen.

Teil der einschlägigen Aften ist spurlos verloren gegangen. Wie für die Agrarfrage das Buch von Knapp, so hat für die Verwaltungsorganisation das von Ernst Meier eine vortressliche Grundlage gelegt, an der Lehmann nichts Wesentliches zu ändern vermocht hat. Immerhin aber ist ihm auf Grund des neuen Materials, das sein Spürsinn hier ausgesunden hat, die Ergänzung mancher Lücken gelungen, die disher noch geblieden waren. Die wichtigste davon betrifft die Entstehung der Verordnung vom 24. November 1808. Man weiß aus Perg und Meier, daß sie auf einem Jmmediatbericht vom 23. November 1807 beruht, der mit Beilagen begleitet war, und der gewisser maßen das Ministerprogramm darstellt, mit dem Stein sein Amt antrat. Bon diesen Beilagen war aber disher nur eine bekannt, die Perg unter dem Titel "Plan zu einer neuen Organisation der oberen Staatsbehörden" abgedruckt hat. Lehmann hat nun die disher nicht bekannten übrigen Beilagen ausgesunden, die mit anderen einschlägigen Materialien im Geheimen Staatsarchiv an einer schwer zugänglichen Stelle, in Ubschriften, zum Teil ohne Datum und Untersschrift, sich besinden — wo, sagt er leider nicht. Danach

hatte jeder Immediatbericht drei Beilagen, und die von Pert mitgeteilte ist nicht der eigentliche Organisationsplan, sondern ein kurzes rekapitulierendes Schema der neuen Behörden unter dem eigentlichen Titel: "Kurze Uebersicht der nach diesem Plane sich ergebenden Behörden und des bei solchen ersorderlichen oberen Personals." Der Organisationsplan selbst, den Lehmann benut, ist also noch ungedruckt. Er ist nach seiner Angabe dem wesentlichen Inhalt nach übergegangen in die Verordnung vom 24. November 1808; es ist zu hoffen, daß Lehmann ihn in dem Schlußbande unter den verheißenen Urkunden und Analekten witteilen wird. Sine dritte Beilage, deren Ruhlikation Schlußbande unter den verheißenen Urfunden und Analekten mitteilen wird. Eine dritte Beilage, deren Publikation ebenfalls wünschenswert wäre, enthält eine vergleichende Zusammenstellung der neu vorgeschlagenen und der älteren Organisation. Der Versasser der sämtlichen Stücke und wohl auch des Immediatberichts war Alkenstein; zugrunde lag dabei die Nassauer Denkschrift. Meier hat in seiner Darstellung die große Lücke, die zwischen dem Immediatbericht vom 23. November 1807 und der Verordnung vom 24. November 1808 vorhanden ist, übersprungen durch die Bemerkung, die Angelegenheit habe nach Erstattung des Immediatberichts monatelang geruht. Lehmann erklärt das sür ein Mißverständnis. Er macht interessante Mitteilungen über die Diskussion des Projektes im Dezember 1807 und Januar 1808. Wir hören von der Ansicht bes Königs, von den Gutachten und Aeußerungen Beymes, 1807 und Januar 1808. Wir hören von der Ansicht bes Königs, von den Gutachten und Aeußerungen Beymes, Lottums, Hardenbergs, Klewiz', Schöns und Auerswalds, von den Repliken Steins, von der Entscheidung des Königs, von den Aenderungen, die Stein an seinem Entwurf vornahm. Es sind interessante und wichtige Ergänzungen, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann. Wir sehen dann weiter aus Lehmanns Darstellung, wie die sofortige Aussührung des Planes unterbleiben mußte, weil die Boraussetung dasür, die Befreiung der besetzen Propinzen von den Franzosen, sich nicht erfüllte. "Dadurch, daß Steins Berliner Mission scheiterte", sagt Lehmann, "wurde auch der Organisationsplan unausssührbar", und nun trat die provisorische Organisation vom Juni ein mit

dem Generalfinange und Polizeidepartement und der

bem Generalfinanz und Polizeidepartement und der Generalfonscrenz, die mit einem Minimum von Beamten die Verwaltung für die anderthalb dem König gebliebenen Provinzen in vortrefflicher Weise bestritten hat.

"Noch mehr vom Glück begünstigt" wurde Lehmann nach seiner eigenen Leußerung "bei der Schilderung des Ursprunges der Städteordnung und der sie ergänzenden sozialen und militärischen Gesetzgebung." "Hier fanden sich gänzlich unbekannte Korrespondenzen und Protokolle, mit deren Hilfe dann die aussallen ftarke Anlehnung der preußischen Resormer an die Ideen von 1789 seitgestellt werden konnte." Auch diese Resultate hat Lehmann ja schon vorweg in einem Unssag der Preußischen Jahrbücher" dem Publikum vorgelent. Ich muß von den Einzelheiten hier abiehen. Ich gelegt. Ich muß von den Einzelheiten hier absehen. will nur bemerken, daß die Person von Frey, der übrigens Kantianer und Freimaurer war, bedeutend dabei hervortritt; ebenso aber die Tatsache, daß Stein der eigentliche intellettuelle Urheber ber Städteordnung war. Frey kannte die Nassauer Denkschrift, Auerswald hatte sie ihm mitgeteilt; er hat mit Stein in Königsberg lange unter einem Dache gewohnt, und Lehmann vermutet, daß es zu häusiger persönlicher Rücksprache zwischen ihnen gefommen ift.

lleber die lette Krifis der großen Politit, mit der Steins zweite Entlaffung unmittelbar zusammenhängt, hat Lehmann feine neuen Quellen von Erheblichkeit gehabt; bie Darftellung erhebt sich hier zu besonderer Kraft und Schönheit, aber bedeutende neue Aufschluffe bringt fie eigentlich nicht. Die geheime Korrespondenz mit England und mit Graf Gögen, der von Stein nach Desterreich gesandt worden war, ist noch immer nicht zu ermitteln gewesen. Der Plan des Bolksaufstandes war doch wohl im Grunde eine versehlte Zbee, daran möchte ich auch der Darstellung Lehmanns gegenüber sesthalten; was in Spanien und in Tirol möglich war, war es in Preußen doch keineswegs; es war nur die kleine Gruppe begeisterter hochstehender Männer, die diesen Gedanken hegte. Der Tugendbund hat nie viel über

⁶⁾ Breufifche Jahrbücher 93, 471 ff. (1898).

600 Mitglieder gezählt (die Lehmannsche Angabe ist zu niedrig). Die Bauern waren vielsach ganz stumpf, aufsgebracht gegen die französischen Dränger, aber ohne eigenteliches Staatsgesühl. Wie hätte man mit diesen Hörigen — denn das waren sie ja noch meist —, mit diesen Leuten, die zum Teil eben damals, wie in Schlesien, gegen ihre Gutsherren revoltierten, einen Volksaufstand gegen die Fremdherrschaft durchsühren wollen? Die Initiative dazu hätte aus den Reihen des Bolkes selbst kommen müssen, aber ein homogenes Volk gab es eben in Preußen damals noch nicht. Das wird man sich doch klar machen müssen, um auch die Haltung des Königs nicht ungerecht zu besurteilen. Allerdings haben die Patrioten selbst ja den Erfolg ihres Unternehmens als fehr unficher angesehen. Wenn fie lieber mit Ehren untergeben als unter bem Druck der Fremdherrschaft weiterleben wollten, so dachten sie dabei mehr an Deutschland wie an Breußen, wie ja namentlich für Stein ber preußische Dienst überhaupt nur ein Mittel war, um für die Erhebung, Erhaltung und Bereblung der deutschen Nation zu wirken; bas hat er bei jeder Gelegenheit aussegesprochen. Dem König aber kam es in erster Linie auf gesprochen. Dem Konig aber tam es in erster Line auf die Erhaltung des Staates und seiner Dynastie an; das ist ein Standpunkt, dem man doch auch nicht jede Berechtigung absprechen kann. Mit aller Bestimmtheit stellt Lehmann sest, daß Stein, indem er auf eigene Faust Gögen zu Unterhandlungen nach Desterreich schiedte und seine Borsbereitungen sür den Volksaufstand traf, die Grenze überstreich schritt, die der König eingehalten wissen wollte. Er meint, Stein habe bem König bann nachträglich seine Zustimmung abnötigen wollen. Aber in welche Lage wäre er gekommen, wenn die Bevölkerung versagte! Daß der Ausstand von oben her gemacht werden konnte, war doch eine sehr zweiselshafte Sache. Und dann: welche Unvorsichtigkeit von Stein, seine Gedanken in einem unchiffrierten Briefe zu verraten, bessen Uederbringer die französischen Linien passieren mußte!

Stein hat selbst einmal von sich gesagt, er möchte in diesen Zeiten lieber Flibustier ober Kondottiere sein als Staatsminister. In der Tat, das diplomatische Geschick, das doch auch zur Leitung eines Staates gehört, fehlte

ihm in gang auffälligem Dage.

Es ift muffig, die Frage zu erörtern, ob Stein ohne bas Unglück mit bem aufgefangenen Briefe fich lange an der leitenden Stelle behauptet haben murbe. Die Ent= fremdung zwischen ihm und bem König war, feit ihr Gegenfat in ber Frage bes Bolksaufftanbes hervortrat, immer größer geworden; die Gegner schienen an Terrain zu gewinnen. Um so mehr war Stein bedacht, vor seinem Abgang noch die wesentlichsten seiner Reformgedanken gewissermaßen programmatisch zu formulieren. Die Städteordnung wurde erlassen, die Berordnung vom 24. November über die Organisation der oberen Behörden, die in dieser Form niemals publiziert und auch nicht ausgeführt worden ift, wurde vom König unterzeichnet, gemiffermaßen um die Ausführung biefer Gedanken sicherzuftellen. Im übrigen bachte Stein an eine Proflamation, die das, was noch zu tun blieb, für die Zukunft programmäßig festlegen follte. Aber einer solchen Proklamation widerstrebte ber König; es kam nur Bu einer vertraulichen Information ber Spigen ber Berwaltung. Dieses Schriftstud, das bekanntlich Schon auffette, bas fogenannte "politische Teftament" Steins, man oft nicht als ben abaquaten Ausbruck ber Abfichten Steins gelten laffen wollen, man hat fogar gemeint, Stein habe feinen Namen nur ungern bagu bergegeben. Diefe Meinung, die in Bemerkungen von Schon eine Stute findet, teilt Lehmann nicht. Er meint, bag auch etwaige Bedenken Steins gegen die aprioristische Motivierung einiger Säge, wenn fie wirklich tief und ftart gewesen waren, leicht zu entsprechenden Nenderungen hatten führen können. In bem Inhalt bes Dokuments aber findet er burchaus nichts, wodurch Stein mit fich felbft in Widerspruch geraten ware, und diesem Urteil wird man zustimmen muffen. Die 216= schaffung der gutsherrlichen Polizei und der Batrimonials gerichtsbarkeit, die Ablehnung neuer Gesindeordnungen, die Einrichtung einer Nationalrepräsentation, die Reformation des Abels, die allgemeine Wehrpflicht, die gesetliche Möglichkeit zur Ablösung ber Frohnden, die Wiederbelebung bes religiösen

Sinnes, die Verbesserung des Erziehungswesens: das alles waren wichtige und eigentümliche Forderungen Steins gewesen.

Wenn wir den Insalt biese Testaments mit dem vergleichen, was durch die Fortsetung der Resorm unter Fardenberg verwirklicht worden ist, so müssen wir — mit einziger Ausnahme der allgemeinen Wehrpslicht — den Sat aussprechen, daß das, was Stein gesordert hat, von der Resorm nicht geleistet worden ist, und daß das, was die Resorm geleistet hat, nicht mit dem übereinstimmte, was Stein gewollt hatte. Und wenn wir weiter die Entwicklung unseres preußischen Staatswesens dis zur Gegenwart hin ins Auge sassen, so werden wir sagen müssen, daß sie nicht eigentlich in der Richtung ersolgt ist, die Stein eingeschlagen hatte, abgesehen etwa von dem Ausban der Selbstverwaltung in der Gesegebung von 1872 dis 1883, die das unsvollendete Werf Steins erst zum Abschald gebracht hat. Sonst ist in unserem modernen politischen Leden des eigentlich wenig, was Zeugnis ablegte von dem fortwirkenden Geiste Steins und seiner Staats und Gesellschaftsanschauung; auch die liberalen Parteien dürsen. Was Stein vorschwebte, war im Grunde eine große motalischenden Humwälzung. Er wollte den Geist der Freiwilligkeit, des Gemeinsinns und des politischen Pflichtgessühls an die Stelle des staatlichen Zwanges sehen, das siel war die Bersöhnung von Woral und Politif auf allen Stein war die Bersöhnung von Woral und Politif auf allen Stein war die Bersöhnung von Woral und Politif auf allen Stelen des öffentlichen Ledens sis sinauf zu den großen Fragen um Krieg und Frieden. Und das alles schwebte ihm nicht in farblosen Ubstraktionen vor, sondern als das sebendige Fdealbild der Versählen Versaßes Gemeinweien und zeitgemäß sortgebildeten altdeutschen Bersselfellten und zeitgemäß sortgebildeten altdeutschen Geise er absoluten Wonarchie sah er den Hauptgegner seines Staatssideals, aber es entging ihm, daß dieser Geist aus den großen Wachts und Rivalitätsstämpsen der sontinentalen

Staaten frammte und aus ihnen auch fernerhin feine Nahrung fog. Die auswärtige Bolitif mar nicht fein Teld; die harten Notwendigkeiten, die aus dem Nebeneinander rivalifierender Mächte entspringen, hat er niemals fo lebendig gefühlt wie den inneren organischen Bildungstrieb im staatlichen Leben. Er wollte, daß der deutsche Geist sich gleichsam von innen heraus, unbekümmert um die Augenwelt, seinen politischen Leib bilde; er hatte nicht ein hinreichend ftartes Gefühl davon, daß bis zu einem gewissen Grade alle Staats= verfassung bei uns auf dem Kontinent durch die internationalen Druck- und Spannungeverhältniffe bedingt ift, daß fie fich den Forderungen anpassen muß, die aus dem Zustand bes europäischen Staatensustems sich ergeben, und die fich nicht in bloger Bereitschaft zur Defensive erschöpfen. Diese Bedingungen bes politischen Lebens aber blieben auch weiterhin maßgebend. Allgemeine Wehrpflicht und Selbstverwaltung haben den preußischen Militär- und Beamtenstaat nicht in ber Burgel vermanbelt, wie es Stein wollte. Das fpezifische Breußentum hat fich behauptet und ift durch Bismarck gu ber führenden und geftaltenden Macht im beutschen Leben geworden. Die politische Regeneration Deutschlands ift in einem ganz anderen Sinn erfolgt, als Stein sie sich ges dacht hatte. Er war Großdeutscher und sah das Jbeal in einem friedlichen Dualismus von Desterreich und Breugen; alle preußische Politik mar ihm nur ein Mittel zu bem 3med, Deutschland zu heben und staatlich wiederherzustellen. Er erscheint als der Chorführer derer, die verlangten, daß Breugen in Deutschland aufgebe; darum wollte er Breugen auf pringipiell andere Grunblagen ftellen, als fie die großen Ronige bes 18. Sahrhunderts gelegt hatten; er wollte ben oftelbischen Staat jogusagen germanifieren burch Beimischung einer ftarten Dofis von jenem altdeutschen, "weftfälischen" Befen, bas ben Bertretern bes fpezifischen Preugentums nach wie vor 1806 fo gefährlich schien.

Aus der Biographie Steins flingen uns heute diese Bünsche und Jdeale in gedämpftem Ton entgegen, wie eine Stimme aus dem Lager der Besiegten. Wer wollte sagen, ob diese Stimme einft gang verhallen oder ob sie

wieder einmal stärker anschwellen wird? Die großdeutsche Idee ist noch nicht ab und tot, wenn sie auch die politische Form gewechselt hat, und die Richtung auf die volkstümliche Ausgestaltung des Staates bildet in mancherlei Schattierungen den Kern des Programmes der liberalen Parteien, wobei sreilich das etwas altfränkische Staatsund Gesellschaftsideal Steins start verblaßt und mit demoskratischen oder sozialistischen Farben übermalt worden ist. Das ist ja aber die Art historischer Ideen, daß sie im Fortwirken sich selbst verwandeln.

Wer einen Staatsmann lediglich nach den reellen Erfolgen seiner Wirksamkeit beurteilt, der könnte, zumal wenn er seinen Standpunkt rein auf dem Boden der preußischen Geschichte nimmt, geneigt sein, dem Urteil Cavaignacs zusustimmen, der Steins Reformanläuse nur als große legisslatorische Manisestationen bezeichnet, die größtenteils zu keinem praktischen Ziel geführt haben, während ihm Hardenberg als der eigentliche Bollender der demokratischen Umbildung des Staates gilt, die in der Richtung der allgemeinen europäischen Entwickelung lag?).

Man würde aber Stein mit einer solchen Beurteilung unrecht tun. Die ideelle Wirkung seiner moralisch-politischen Persönlichkeit ist, weit über die positiven Leistungen seines furzen Ministeriums hinaus, unendlich groß gewesen und ist bis in die Gegenwart zu spüren. Stein ist es gewesen, der die deutsche Idee dem neuen Preußen in die Wiege

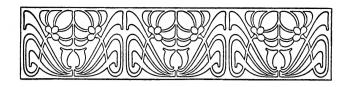
⁷⁾ Cavaignac hat benn auch für die zutreffendste Würdigung Steins die erklärt, die 1858 Alexander v. Humboldt gegeben hat (Aus Schöns Papieren I, 169). Ich sepe die Stelle hierher:

Stein war ein Mann ber raichen Tat, mächtig von Billenstraft, voll Scharfblid im einzelnen, meist wie durch Inspiration; tein Staatsmann, aber viel Ebles ichaffend und veranlassend; sehr beichtränkt im Freiheitssinne und, wegen dieser Beichränkung, oft im Wiberspruch mit sich selbst, unerschütterlich warm ber mittelaterlichen Mythe ergeben, die er sich von deutscher Freiheit, nicht im Boltsleben, sondern in ständischen Abstunngen geschaffen; ungedilbeter als das Zeitalter, in dem er lebte; sein und ebel von Gemüt, dei vielen Ausbrüchen von Geftigkeit und Intoleranz; kein großer Mann, aber oft groß im Handeln, Großes und Freies hervorrusend, um einen Teil bes hervorzgerusenen später zu berenen.

gelegt hat; er und seine Gesinnungsgenossen haben in Preußen einen herb nationaler Bestrebungen geschaffen, ber dies heilige Feuer ein halbes Jahrhundert lang geschirt hat. Ohne Stein hätte nicht nur 1813, sondern auch 1848 anders ausgesehen; von ihm und seinem Kreise geht doch die Flutbewegung aus, die Bismarck getragen und in den Hafen geführt hat, wenn er auch zeitweise gegen die Strömung steuerte. Wenn uns noch heute die Epoche der Resorm und der Erhebung in einem idealen Lichte erscheint, so steht Steins große moralischepolitische Krast im Mittelpunkt dieser Lichtquelle. Niemand leistet vielleicht mehr für die Menschen als der, welcher ihnen Begeisterung für große Ziele einzzuslößen versteht und ideale Richtpunkte für ihr Handeln gibt. In solchem Sinne aber hat Stein gewirft wie kein anderer unserer Staatsmänner, und das ist das unvergänglich Eroke an ihm.

Nachschrift. — Hinsichtlich ber Beeinflussung Steins durch die Ibeen der französischen Revolution hat der Berfasser nach den Ausstührungen von E. v. Meier (Französische Einflüsse auf die Staatssund Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert) seine Ansicht geändert. Bgl. "Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte" XXI, 1 S. 313 ff.





Die Spochen des evangelischen Kirchen= regiments in Prenßen.

ie Joee der Landeskirche und des landesherrlichen Rirchenregiments stammt nicht erst aus der Resormation, in Brandenburg sowenig wie in anderen Territorien des Reiches. Sie tritt schon im 15. Jahr-hundert hervor, als eine Folgeerscheinung einerseits des Berfalls der römischen Hierarchie und anderseits des Erstarkens der landessürstlichen Gewalten, die damals begannen, ihre Territorien zu förmlichen kleinen Staatenbildungen zusammenzuschließen.

Seit dem Basler Konzil, das die Reformunfähigkeit der allgemeinen Kirche bewiesen hatte, tritt überall in der abendländischen Christenheit eine mehr oder minder stake Tendenz zur Absonderung von Nationalkirchen hervor, die mehr noch von dem Klerus als von den weltlichen Gewalten ausgeht und die Einheit der Kirche oder wenigstens die päpstliche Autorität in ihr zu untergraben droht. England hatte sich schon während des Exils von Avignon aus dem hierarchischen System der römischen Kirche in wesentlichen Punkten herausgelöst; Frankreich nahm durch die Pragmatische Sanktion von 1438 eine selbständige Stellung ein, die seinen Episkopat ganz unabhängig von Kom machte, und in Deutschland waren ähnliche Bestrebungen im Gange,

bie freilich bei der eigenartigen Berfassung des Reiches ihr Ziel nicht zu erreichen vermocht haben. Hier hat die Kurie eingeset, um durch einen Pakt mit den weltlichen Gewalten die Gesahr der klerikalen Opposition zu bekämpsen, und sie hat mit richtigem Blick nicht die Reichsgewalt, sondern die einzelnen Landessürsten, auf denen damalsschon die politische Zukunst beruhte, durch Konzessionen auf dem Gebiete des Kirchenregiments für die Sache der päpftlichen Suprematie gewonnen. Dies System der Konstordate ist später auch in Spanien und in Frankreich durchzgedrungen, es hat auch die Stellung der englischen Kirche beeinslußt: überall gewann der päpftliche Stuhl den Sieg über die Selbständigkeitsbestredungen der Landesbischöfe und über die Idee der Suprematie eines allgemeinen Konzils, aber um den Preis der Anerkennung einer mehr oder minder umfassenden Kirchenhoheit der weltlichen Gewalten, die nun überall ein wesentlicher Bestandteil der in der Bildung begriffenen sonveränen Staatsgewalt geworden ist.

In Brandenburg fällt der entscheidende Alt in das Jahr 1447, wo Kurfürst Friedrich II. von Papst Nikolaus V. das Präsentationsrecht für die Bistümer seines Landes zusgestanden erhielt, ein Necht, das sich dann in der Praxis zu einer ziemlich unbeschränkten landesherrlichen Versügungssewalt ausbildete, die durch die Formalität der päpstlichen Institution der Bischöse nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist. In Zusammenhang damit standen andere Berechtigungen, z. B. bei der Besetzung der Kapitelspfründen, und vor allem eine Regelung der geistlichen Gerichtsbarkeit, die die Einwirkung fremder Bischöse beschränkte und damit die staatliche Abschließung des Territoriums ermöglichte, in dem nun überhaupt die übermäßig ausgedehnte geistliche Gerichtsbarkeit allmählich in ihre Schranken zurückgewiesen wurde.

¹⁾ lieber diese Dinge handelt ausstührlich eine Arbeit von Dr. hennig, die bemnächst in den Schriften des Bereins für die Geschichte der Mart Brandenburg veröffentlicht werden wird. Das Urteil von Priebatsch (Zeitschrift für Kirchengeschichte XIX, XX, XXI) wird dadurch nicht unwesentlich modifiziert, im Sinne einer stärkeren Bebeutung bieser Abmachungen mit der Kurie.

Aehnliches vollzog sich auch in anderen großen Territorien, in Jülich = Kleve, in Sachsen, vor allem in den kaiserlichen Erblanden. Auf derselben Linie bewegt sich das spanische Konkordat von 1482 und das französische von 1516, das Franz I. zu Bologna mit Papit Leo X. schloß —: die Grundlage der Beziehungen zur römischen Kurie, die Frankreich heute auszulösen im Begriffe ist.

Kurie, die Frankreich heute aufzulösen im Begriffe ist. In den deutschen Landessürstentümern ist schon durch diese Abmachungen mit dem päpstlichen Stuhle der Grund gelegt worden für ein landesherrliches Kirchenregiment, wie es sich dann seit der Reformation in den protestantischen Ländern ausgedildet hat. Es galt als das Recht und die Pflicht christlicher Obrigkeit, nicht bloß sür Rechtse und Friedenssschutz, sondern auch sür die geistliche Wohlsahrt der Untertanen zu sorgen, natürlich in enger Verbindung mit den firchlichen Organen, eben vermittelst der vom Landesherrn zu berusenden Bischöse. Als aber mit der Resormation die Bischöse sortsielen, blied als Inhaber des Kirchenregiments nur der Landesherr übrig. Die Lage war nicht so, daß es im Belieben der Resormatoren gestanden hätte, ob sie ein Kirchenregiment in der Form einer monarchisch geleiteten Landeskirche oder in der einer Autonomie der einzelnen Gemeinden einsühren wollten; sie sanden in der christlichen Gesellschaft, in der sie lebten und wirften, eine driftlichen Gesellschaft, in der sie lebten und wirkten, eine bestimmte politische Organisation mit kirchenregimentlichen Besugnissen vor, an die sie sich anschließen mußten, wenn sie nicht eine unabsehbare politischesoften Almwälzung herbeissühren wollten, in der die kirchliche Resorm wahrscheinlich untergegangen märe.

Aber standen denn die Ideen, die die Resormatoren selbst von der firchlichen Bersassung hatten, im Grunde wirklich im Gegensatz zu dieser monarchischen, landesstirchlichen Organisationsform?

Es ist die Ansicht aufgestellt worden, und sie ist, namentlich wohl durch die Autorität Aemil Richters²), lange Zeit die "herrschende Meinung" gewesen: daß Luther

²⁾ Befchichte ber evangel. Rirchenverfaffung in Deutschland. Leipzig 1851.

und Melanchthon ebenso wie die Begründer der reformierten Lehre, im Gegensaß zum landesherrlichen Kirchenregiment, die Autonomie der firchlichen Ginzelgemeinde als das natürliche Fundament einer echt evangelischen Kirchenversaffung angesehen hätten, daß also die von diesem Ideal abungesenn garren, oas also die von diesem Focal ab-weichende historische Entwickelung eigentlich eine große Ber-irrung gewesen sei, die erst die Gegenwart einigermaßen wieder gutgemacht habe, indem sie zu der ursprünglichen ersten Aussassiung der Resormatoren wieder zurückkehrte und der Gemeinde wenigstens einen Anteil an den kirchenregimentlichen Befugniffen einräumte.

Mir scheint, daß bei dieser Ansicht der Entwickelung des evangelischen Kircheuregiments Ideale der Gegenwart in die Vergangenheit hineingetragen werden, daß in dem Bestreben, die modernen Einrichtungen in der Versassung unserer evangelischen Kirche lediglich auf den Geist des Urchristentums und der Reformation zurückzuführen, der Archristentums und der Resormation zuruckzusuhren, der maßgebende Einfluß der staatlichen Ordnungen, insonderheit auch der politischen Selbstwerwaltungsideen auf die Formen der firchlichen Versassung unterschätzt wird, daß dabei für die evangelische Kirche überhaupt eine Selbständigkeit der Versassungsentwickelung angenommen wird, die sie tatsächlich in keiner Epoche unserer Geschichte gehabt hat.

Daß Luther und Melanchthon im Grunde eigentlich Bertreter der Joec der Gemeindefirche gewesen seien, ist neuerdings von Riefer³) in einer mich vollsommen überzeugenden Beise bestritten worden. Luther hat wohl einmal, wie von einem Zukunftstraum, von der Bildung kleiner antonomer firchlicher Ortsgemeinden gesprochen, die aus lauter entschieden Gläubigen, zur Heiligung des Lebens Gestifelssimm kestelne fallten, aber an hetent dahei dach Entschlossen bestehen sollten; aber er betont dabei doch sogleich, daß das in Wirklichkeit unaussührbar sei. Er hat die hessische Airchenordnung des Franzosen Lambert, die auf einem ähnlichen Grundgedanken beruhte, widerraten; er hat das Treiben der wiedertäuserischen Separatisten, die an der Spize der Gemeinde gegen die Landeskirchen auf-

³⁾ Die rechtliche Stellung ber evangel. Rirche in Deutschland. Leipzig 1893.

traten, mit zweiselloser Nachdrücklichkeit verworsen, und er hat vor allem in seinen eigentlich maßgebenden Leußerungen, namentlich in der Schrift an den christlichen Abel deutscher Nation, doch wesentlich andere Grundlinien für die kirchliche Berfaffung gezogen.

Luther und seine Helser beabsichtigten ja keineswegs von vornherein eine Absonberung von der allgemeinen Kirche; sie gingen nicht darauf aus, eine neue Kirche neben der alten zu stiften. Sie hielten sest an dem Gedanken der allgemeinen Kirche und ihres Zusammenhangs mit den Bölkern und Staaten der Christenheit. Gedanken über das Verhältnis von Staat und Kirche im modernen Sinne bas Berhältnis von Staat und Kirche im modernen Sunne haben sie sich überhaupt nicht gemacht, weil diese Begriffe, die erst Abstraktionen einer späteren Zeit sind, ihnen noch fremd waren. Wenn Luther von der Kirche spricht, so meint er die unsichtbare Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen, von der im Glaubensbekenntnis die Rede ist; will er ihre äußere Erscheinung bezeichnen, so redet er von dem christlichen Körper oder von der Christenheit schlechthin, die in ichen Korper oder bon der Christenheit schlechtsin, die in ihren mannigsaltigen Gliederungen mit den Bölkern und Staaten zusammenfällt, und die ihm praktisch namentlich in der besonderen Form des heiligen römischen Reiches deutscher Nation vorschwebt. Und in diesem großen christlichen Gemeinwesen unterscheidet er (und ebenso auch lichen Gemeinwesen unterscheibet er (und ebenso auch Melanchthon) weltliche und geistliche Gewalt noch ganz in mittelalterlicher Weise. Die Landesfürsten sind ihm noch nicht die Träger einer modernen, von der Kirche abgesonsberten Staatsgewalt, sondern eine "christliche Obrigkeit". Ihre Gesamtheit ist ihm "der christliche Abel deutscher Nation", dem er "des christlichen Standes Besserung" ans Herz legt. Das geistliche Regiment ist sür ihn so gut wie das weltliche eine Funktion des christlichen Gemeinwesens. Freilich sollen beide nicht miteinander vermengt werden *), aber bei dieser Forderung liegt nicht etwa der Gedanke der Trennung von Kirche und Staat zugrunde — das ist nicht

⁴⁾ Augst. Konf. II, 7: "bon ber Bifcofe Gewalt". (Darin liegt zugleich anch wohl bie Berwerfung ber geistlichen Fürstentumer.)

Deutsche Bucherei Banb 98/99.

eine Jee der Neformation, sondern des modernen Liberalissmus —; die Meinung der Resormatoren geht vielmehr nur dahin, daß das geistliche Regiment durch besondere Organe ausgeübt werden soll. Solche Organe waren bisher die Bischöse gewesen. Die Resormatoren, namentlich Melanchthon, hätten sie gern beibehalten, wenn sie nur das evangelische Bekenntnis augenommen hätten. Wo aber diese alten Organe des Kirchenregiments versagten, da war die Meinung, daß es mehr noch eine Pflicht als ein Recht der christlichen Obrigkeit, d. h. in erster Linie der Landesfürsten sei, an ihrer Statt ein neues geistliches Regiment auszurichten, dessen eigentliche Handhabung allerdings den versordneten Dienern der Kirche überlassen werden sollte, die Gott Rechenschaft zu geben hätten.

Das find die eigentlich maßgebenden Unfichten der Refor= matoren von der Natur des Kirchenregiments; und sie ent= fprangen nicht einem willfürlichen Belieben, sonbern allgemeinen Unschauungen ber Zeit. Die Ginrichtungen, die sie getroffen haben, wurzelten in den besonderen poli-tischen und sozialen Verhältnissen, mit denen sie zu tun Man braucht sich nur die rechtliche Lage und ben Rulturzustand der brandenburgischen und überhaupt nordostbeutschen Bauernschaften des 16. Fahrhunderts vors zustellen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß eine auf bem Gemeindeprinzip aufgebaute Kirchenverfassung damals in diesen Landen ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Tatsächlich hat sich ja auch bas Gemeindeprinzip nur in den fortgeschritteneren ober freieren Bevölkerungen bes Weftens burchgesett, und zwar auch nur ba, wo entweder eine städtisch = republikanische Obrigkeit sich der Reformation annahm, wie in Genf und in den schweizerischen Gemeinden überhaupt, oder wo die Bekenner des Evangeliums im Begensag zu ben ftaatlichen Gewalten ftanden, wie in Frankreich, ben Niederlanden, Schottland. Ueberall aber hat dies Gemeindeprinzip damals nicht eine demokratische, sondern eine entschieden griftofratische Kärbung gehabt.

⁵⁾ Buthere Briefe ufm., eb. be Bette V, 596.

entsprechend der damaligen Struftur der Gesellschaft. Die Preshnterien kooptieren sich in allen resormierten Kirchen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts nicht anders wie die oligarchischen Stadträte dieser Zeit; sie beruhen nicht, wie unsere modernen Gemeindefirchenräte, auf wiederkehrender freier Bahl durch die Gemeindemitglieder.

So sind es also nicht eigentlich evangelische Prinzipien, sondern politische und soziale Verhältnisse, die die Formen des evangelischen Kirchenregiments bestimmt haben. Die historische Lage hat einen stärkeren Einfluß geübt als die Ooktrinen; ja diese selbsst zeigen deutlich die Einwirkung der realen Verhältnisse, unter denen die Ausbreitung der evangelischen Lehre stattsand. Für Brandenburg und den größten Teil des protestantischen Deutschland war die fürstliche Landeskirche die gegebene Form des Kirchenregiments; aber es war von großer Bedeutung, daß am Niederrhein, in Gegenden, die später ein Bestandteil des Preußischen Staates geworden sind, die resormierte Preschyterials und Spnodalversassung nach dem Muster der benachbarten Niederlande sich ausgebildet und besestigt hat. Nicht die Wiederentdeckung der angeblich ersten und ursprüngslichen Idee der Resormation vom evangelischen Kirchenregiment, sondern dieser, wenn man will, zusällige historische Umstand ist die Beranlassung zu der modernen Umbildung der Kirchenversassung im 19. Kahrhundert geworden.

I.

Die lutherische Landesfirche in Brandenburg. (Gpistopalismus.)

Im Sinne ber allgemeinen Anschauungen seiner Zeit hat auch Kurfürst Joachim II. in Brandenburg das Kirchensregiment übernommen 6). Alls er 1539 seinen ersten Abendsmahlsgang nach evangelischer Weise tat, konnte er sicher

⁶⁾ Ich verweise hier im allgemeinen auf bes späteren Ministers v. Mühler Geschichte der evangelischen Kirchenversassung in der Wark Brandenburg (1846), die noch nicht durch eine neuere Arbeit ersett ist, sowie auf die neueren Werke

fein, daß die große Mehrzahl feiner Stände und Untertanen diesem Beispiel folgen wurden. Bon ben Bischöfen des Landes aber mandte fich nur der eine, ber Bischof von Brandenburg, Matthias v. Jagow, der evangelischen Lehre bie beiben anderen blieben Unhanger ber Bapftfirche. So sah sich denn der Kurfürst als christliche Obrigkeit und als vornehmstes Glied ber evangelisch = firchlichen Gemeinschaft seines Landes veranlagt, die Kirchenverfassung zu ordnen. Das geschah zunächst durch die Rirchenverordnung von 1540, die vom Rurfürften erlaffen ift unter Approbation bes Bischofs von Brandenburg, übrigens auch im Ginverständnis mit Luther und anderen evangelischen Theologen; die Ginleitung, die namentlich den Grundfat der Rechtfertigung durch den Glauben allein enthält, hat Joachim II., wie er selbst später einmal gesagt hat, "mit eigener Fauft" geschrieben. Diese Rirchenordnung beruht auf einem Kompromiß zwischen ben evangelischen Lehren und den Erwägungen der Politif. Indem der Landesherr die Zügel bes Kirchenregiments ergreift, lenkt er die kirche liche Gemeinschaft seines Landes in die Bahn, die seiner allaemeinen politischen Haltung entspricht. Der Haupt= gefichtspuntt mar babei bie Bewahrung bes Friedens, bie Bermeibung eines Konflifts mit Raifer und Reich. Darum wurden nur gewisse Sauptstücke ber Reformation übernommen, in Wort, Lehre und Saframent; in allen Mittel= bingen ober Abiaphora wollte ber Kurfürft fich frei halten. Der Kultus blieb fast gang fatholisch; die Messe, wenn auch in veränderter Gestalt, wurde noch beibehalten, samt vielen anderen Uenferlichkeiten bes fatholischen Ritus; es ist befannt, wie weitherzig sich Luther darüber in seinem Briese an den Propst Georg Buchholzer geäußert hat?).

von Schön, Das evangelische Kirchenrecht in Preußen (1908), Stut in Holgendorsischlers Jurift. Enghtlopädie (1904) II, S11 fi. Die im Erscheinen begrissene, sur die martliche Kirchengeschichte grundlegende Arbeit von Rit. Müller über die Geschichte des Berliner Domes (Jahrbuch für Kirchengeschlichte der Mark Brandenburg 1. 2) habe ich nur erft jum Teil benuten können.

⁷⁾ Bei Schmidt, Brandenburgische Resormationshistorie S. 190 (Mühler S. 47 f.).

Joachim II. legte großes Gewicht auf die Zustimmung Luthers; er hat sie bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Aber ebenso wichtig war ihm anderseits die Billigung des Kaisers. Karl V. und König Ferdinand haben die brandensburgische Kirchenordnung ausdrücklich gebilligt und bestätigt, und es ist dem Kursürsten ja auch gelungen, durch seine vermittelnde Haltung das Elend des Krieges, das über die Schmalkaldener Berbündeten hereinbrach, von der Mark Brandenburg abzuwenden. Er besand sich dabei keineswegs in Uebereinstimmung mit der ganzen Geistlichseit seines Landes. Noch vor dem Juterim, im Jahre 1547, beschwerten sich die Geistlichen von Brandenburg über die katholischen Beremonien: sie erklärten, sie seien in ihrem Gewissen Landes. Noch vor dem Jnterim, im Jahre 1547, beschwerten sich die Geistlichen von Brandenburg über die katholischen Zeremonien; sie erklärten, sie seien in ihrem Gewissen verlassen, sie müßten ihre Kirchen verlassen, auch das gemeine Bolk sühle sich durch die katholischen Gebräuche beschwert. Der Kursürst aber antwortete ihnen, sie sollten ihre Kirchen nicht um geringer äußerlicher Dinge willen in Not bringen. Das gemeine Volk würde sich wohl lenken lassen; "aber an ench, an euch Prädikanten sehlet's, die ihr eurem starren Kopf solget und euch weder sagen noch weisen lassen wollet; da sehlet es." Er hält sest an seiner Kirchenordnung und Kirchenpolitik: "ich muß es bennoch so machen gegen der kais. Masestät, daß meine Laude und Leute nicht verderbet und verstöret werden. Denn man hat wohl gesehen vor Wittenberg (es war nach der Mühlberger Schlacht), was Elends und Jammers da gewesen. O wie gerne wäre man mit Fahnen und Kerzen gangen, daß man der Sache mögen raten und helsen!" Luch setzt berust er sich wieder auf Luther und Melanchthon, mit denen er in allen Stücken "sich verglichen" habe; "aber", erklärt er, "sowenig ich an die Römische Kirche will gebunden sein, sowenig will ich auch an die Wittenbergische Kirche gebunden sein; denn ich nicht spreche: credo sanetam Romanam oder Wittenbergensem, sondern catholicam ecclesiam: und meine Kirche allhier zu Berlin und Köln ist eben eine solche rechte christliche Kirche, wie der Wittenberger Kirche, und ist uns genug, daß wir im Wort, in der Lehre, in den Saframenten und in den Hauptstücken, baran die Seligkeit gelegen, einig sein"8). Und diese vor= sichtig lavierende Richtung hat Joachim II. innegehalten, bis nach dem Religionsfrieden von Augsburg andere Zeiten famen und die Gefahr eines offenen und unumwundenen Gin-tretens für die Sache der Reformation verschwunden war. Im Jahre 1562 hat er — eben von schwerer Krankheit genesen, in dem von ihm gestisteten Dom eine kleine Kirchenversammlung veranstaltet, vor der er sein Glaubensbekenntnis
und seinen letzten Willen kundgab. Der vor kurzem veröffentlichte Bericht eines dabei anwesenden Geistlichen, des Kölner Propstes König, gibt ein merkwürdiges Zeugnis von der impulsiven, persönlichen Art, in der Joachim II. sein Kirchenregiment gehandhabt hat ⁹). Im Anschluß an die Berlejung seines Glaubensbekenntnisses kanzelt er den Berliner Propst, Georg Buchholzer, sörmlich ab, weil er ihm zu start die Notwendigkeit der guten Werke betont hatte und darüber mit dem Hofprediger Ugricola in offenen Unfrieden geraten war. Der Gegensat der beiden Geistslichen ist charafteristisch: Buchholzer war ein ernster strenger Christ mit einem puritanischen Anslug, Agricola ein leichter Welts und Hosmann, der über die anstößigen persönlichen Gründe, die bei dem Kursürsten eine so starke Abneigung vor der Betonung der guten Werke hervorgebracht hatten, mit höfisch-läßlicher Nachsicht hinwegsah. Buchholzer sucht sich nun gegen die fürstliche Straspredigt zu verantworten; sich nun gegen die fürstliche Straspredigt zu verantworten; es entwickelt sich ein erregter Dialog; der Propst wirst dem Aurfürsten einmal das Wort entgegen: sollen wir denn stumme Hunde sein? Er beklagt sich, daß Ugricola ihn von der Kanzel einen alten Noylöffel geheißen habe, was der Aursürst gar nicht so unberechtigt sindet. So ging es hin und her, dis Joachim, der wohl sah, daß er den Propst nicht bekehren werde, die Auseinanderseyung schließt mit den Worten: "Ich besehle mich Gott und Euch, Er Jörge, dem Teusel!" — "daraus — sept der Berichterstatter hinzu — etliche geantwortet: Amen!" Der Aursürst aber hob dann

⁸⁾ Bei Schmidt, Brandenburgische Reformationshiftorie (Mühler S. 48 f.).

⁹⁾ Forigungen gur brandenburgifden und preußischen Gefdicte 17, 237 ff.

die vierstündige Sitzung auf — fie hatte von morgens 1/29 bis gegen 1 Uhr gedauert — mit den Worten: "Ich will hin effen gehen; ist mir besser, denn daß ich aus Not gute Werke tue."

So selbstherrlich und temperamentvoll hat sich Joachim II. in den Streit der Lehrmeinungen gelegentlich eingemischt, wobei indessen zu bemerken ist, daß seine autoritative Entsicheidung doch keineswegs die Norm sür die Lehre in der Landeskirche geworden ist. Die Leichenpredigt, die ihm Andreas Musculus hielt 10), zeigt, daß doch der strengere Geift die Oberhand behalten hatte, und unter Johann Warre kom er pollowis zur Sarricheit. Die neue Linkan Geif die Dergand beganten gatte, und unter Joyann Georg fam er vollends zur Herrschaft. Die neue Kirchensorbnung von 1572 ersetzte bas besondere brandenburgische Befenntnis durch die Confessio Augustana und den Lutherischen Katechismus, und die Konfordienstrank und den Lutherischen Katechismus, und die Konfordienstrank von 1577 unternahm es, das orthodoge lutherische Bekenntnis mit allen Details der theologischen Gelehrsamkeit scharf gegen den Kalvinismus abzugrenzen und es ein für allemal als eine die Gewissen bindende und verpflichtende Norm sesteine die Gewissen bindende und verpstichtende Norm sest-zulegen. Der Anstoß dazu kam nicht aus den Gemeinden, sondern aus den Areisen des Airchenregiments in Sachsen und Brandenburg: es war ein Werk der Fürsten und ihrer Hoftheologen. Bon eigentlich politischen Motiven hört man dabei nicht, aber man darf sie wohl ergänzen, wenn man den politischen Hintergrund betrachtet, den der serne Feuerschein der Hugenotten- und Geusenkriege beleuchtet. In diesen Kämpsen mit der vordringenden katholischen Reaktion offenbarte sich der entschlossene kriegerisch-revolutionäre Charakter des westeuropäischen Kalvinismus, vor dem die friedsertigen, loyalen protestantischen Fürsten Deutschlands zurückscheten. Sie wollten ihr evangelisches Bekenntnis behaupten, aber ohne Krieg und Gewalt; und sog man eine scharse Linie zwischen dem Luthertum und ber resormierten Lehre: in dem Bewustsein der nächsten Generation stand der orthodoxe Lutheraner dem Katholisen saft näher als den kalvinistischen "Sakramentsschändern".

¹⁰⁾ Spieter, Lebensgeschichte bes Unbreas Musculus (1868) G. 144 ff.

Von Toleranz war babei so wenig die Rede wie bei ber Einsührung ber Resormation. Die Kirchenordnung von 1540 hatte bestimmt, daß keine andere Predigt und kein anderer Gottesdienst als der darin verordnete in den kursürstlichen Landen solle geduldet werden; die von 1572 bedrohte alle Psarrer, die sie nicht halten würden, mit der Absehang; die Konkordiensormel mußte von allen Geistslichen, die Amt und Psründe behalten wollten, unterschrieden werden. Auch in bezug auf die Schattierungen der evanzgelischen Lehre galt das Jus resormandi des Landesherrn und der Grundsatz enjus regio ejus religio.

Toleranz im modernen Sinne lag überhaupt nicht in bem Gedankenkreise der Resormation: auch Luther und Melanchthon haben sie nicht gekannt. Man verlangte wohl Freiheit für das Evangelium; aber man war zu fest überszeugt von der Wahrheit der eigenen Erkenntnis, die doch aus bem Worte Gottes geschöpft war, als daß nian sich der Folgerung hatte entziehen fonnen, daß es bie beilige Pflicht der christlichen Obrigkeit sei, die reine Lehre in ihrem Lande zur ausschließlichen Anerkennung zu bringen; freilich nicht mit Feuer und Schwert, aber etwa jo, daß, wie in der brandenburgischen Kirchenordnung von 1540, ben hartnuckigen Gegnern bes Evangeliums bie Auswanderung freigestellt wird. Denn bas muß man sich gegenwärtig halten: Die Ginheit von Rirche und Staat blieb auch in den Territorien der Reformationszeit durch= aus gewahrt. Kann man sagen, daß das landesherrliche Kirchenregiment in gewissem Sinne die Kirche in ben Staat aufgelöft habe, so ift anderseits ebenso mahr, daß der Staat als ein driftliches Gemeinwesen angesehen wurde, beffen erfter und oberfter Zweck bie reine Lehre und die Förderung des Reiches Gottes war. Nur von diesem Standpunkt aus versteht man die Geschichte der protestantischen Territorien des 16. und 17. Jahrhunderts. Die Religion ift durchaus die erfte und vornehmfte politische Angelegenheit. Es ist die große Sache, in der Landesherr und Stände, die sonst so vielsach entgegen= gesette Intereffen haben, einander mit gleichem Gifer

begegnen. In allen Ständereversen und Landtagsabschieden steht immer an erster Stelle die Erhaltung der reinen Lehre, die Ordnung des Gottesdienstes; dann folgt die "liebe Justiz" und endlich in breiter Fülle das Heer der wirtschaftlichen und polizeilichen Anordnungen. Das lutherische Territorium des 16. Jahrhunderts ist ein halb geistlicher Staat; geistliches und weltliches Regiment in diesem christlichen Gemeinwesen ist in den ausübenden Organen zwar voneinander geschieden: aber an der Spize, in der Person der sürstlichen Landesodrigkeit, hängt beides zusammen. Die brandenburgischen Landesodrigkeit, hüngt weides zusammen. Die brandenburgischen Landesodrigkeit, hüngt beides zusammen. Die brandenburgischen Landesodrigkeit, hüngt beides zusammen. Die brandenburgischen Landesscherren haben zwar allzeit betont, daß sie dabei nicht das Ihre suchten, sondern die Ehre Gottes und das Seelenheil ihrer Untertanen; aber es war nur menschlich, daß weltliche und geistliche Gewalt, in der Hand eines Herrn vereinigt, einander stützten und sörderten; und wenn auch in den deutschen Territorien die Kirchengewalt niemals so fraß im weltlich-absolutistischen Sinne aufgesaßt worden ist, wie in England unter Heinrich VIII., der nach dem tressenden Ausdrikteigerung auch bei den deutschen Fürsten zweisellos mit der Resormation verbunden. Der kirchliche Organismus unterstand ihrer Herrscheregewalt doch Fürsten zweisellos mit der Resormation verdunden. Der kirchliche Organismus unterstand ihrer Herrschergewalt doch noch in ganz anderer Weise als in der katholischen Zeit. Freilich waren sie in der Regierung der Kirche beschränkt durch das Evangelium und die symbolischen Bücher; der Stütze, die in der Autorität angesehener Geistlichen lag, konnte das landesherrliche Kirchenregiment niemals entbehren. Aber dem Lande gegenüber hatte der Fürst in seinem Kirchenregiment eine starke Position; von den Ständen war er dabei ebenso

unabhängig wie der englische König von seinem Parlament. Die Resormation ist ja in Brandenburg von Joachim II. im Einverständnis mit den Ständen eingeführt worden; wir hören sogar einmal, daß die Stände den entscheidenden Anstoß gegeben hätten¹¹); und die Schulbenregulierung

¹¹⁾ In ben von G. Winter publizierten Aften gu bem Landtage von 1540. Beitschrift für preugische Geschichte und Landestunde 19, 306 (Artitel ber Bralaten und Beiftlichen).

durch den Candtag von 1540 wird mit der Einführung der Reformation in Brandenburg wohl in einem ähnlichen Zusammenhang stehen wie in Magdeburg unter dem Kardinal Albrecht. Aber formell war die Kirchenordnung von 1540 durchaus ein freies Werf ber landesfürstlichen Gewalt, und das landesherrliche Rirchenregiment ftugte fich nicht auf ein Mandat der Stände, sondern auf das Recht der christlichen Obrigfeit gur Ordnung ber firchlichen Berhältniffe und auf die Tatsache, daß der Kursürst in die kirchenregimentlichen Funftionen ber Bischöfe eingetreten war. So wird es aus= geführt in der Ginleitung zu dem Entwurf einer nicht publigierten Bisitations- und Konsistorialordnung von 1561 12); und es wird zugleich daran die Bemerkung gefnüpft, daß der Kurfürst bei der Aufrichtung geiftlicher Ordnungen nicht verbunden sei, der Landschaft Bewilligung dazu zu requirieren und zu erfordern, sowenig das vordem den Bischösen obgelegen habe. Diese ganze Einleitung ist zwar bei ber Bublikation der Bisitations= und Konsistorialordnung im Sahre 1573 13) fortgeblieben, aber ich möchte baraus feines= wegs den Schluß ziehen, daß mit Johann Georg die brandenburgische Landeskirche nun unter das Mitregiment der Stände gefommen fei. Bon einer Bestätigung burch die Stände findet sich auch 1573 nicht die mindeste Spur; die Konsistorialordnung wird vielmehr geradezu als ein Musfluß landesfürstlicher Befugnis bezeichnet; und bie vorangehende Bifitationsordnung enthält zwar einige unbedeutende Bugeftandniffe an die adligen Batrone, aber schlechthin nichts, was uns veranlaffen fonnte, einen formlichen Suftemwechsel im Kirchenregiment anzunehmen. Das landes= herrliche Kirchenregiment ift auch fpaterhin nicht von ben Landtagen abhängig geworden; aber ein starker und viels leicht steigender Einfluß der abligen Patrone, die die Pfarrer zu berufen hatten, ist dabei allerdings nicht ausgeschlossen. In allen Territorien besteht eine merkwürdige Berbindung

¹²⁾ Abgebrudt bei Mühler G. 64-68.

¹⁹⁾ Mylius C. C. M. I. Rr. 7. (Dort auch bie übrigen weiter unten gitierten gefetlichen Bestimmungen für bie branbenburgifche Lanbeskirche.)

amischen bem orthodoren Luthertum und bem Ständetum, die ihre Quelle eben in den Patronatsverhältnissen hat; im Herzogtum Preußen und zeitweise auch in Sachsen fönnte man saft von einer Beherrschung der Kirche durch die ständischen Gewalten reden. So weit ist es in Brandens burg nicht gekommen, wenngleich auch hier eine mächtige Tendenz am Werke war, die darauf ausging, die Landessfirche zu einer Junkers und Pastorenkirche zu machen. Wie sich die wirtschaftlich-soziale Stellung der Bauern in der zweiten Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert erheblich verschlechtert hat, so ist auch die bescheidene Mitwirkung der Gemeinde in Kirchensachen, die die Listationsordnung von 1573 noch fennt, späterhin ganz abgekommen, und der Einfluß der adligen Patrone auf die Pfarrer wurde allmählich immer größer, so daß im 17. Jahrhundert wohl die Klage laut wird, die Gutsherren wollten die Geiftlichen zu ihren Knechten machen. Aber bas landesherrliche Konsiftorium hat boch ben stärkeren Raturen immer einen genügenden Rückhalt bagegen geboten. Das haben bie Junker nie erreicht, daß sie Pfarrer oder Küster nach eigenem Ermessen hätten absegen dürsen; über den Dienern ber Rirche mar boch immer die ftarte Sand bes Landesherrn.

Die Organisation bes landesherrlichen Kirchenregiments ift in Brandenburg nach bem sächsischen Borbilbe erfolgt. Die Ordination ber Geiftlichen famt ben Auffichts= und Leitungsbefugniffen, bie bamit zusammenhingen, murbe dunächst einem allgemeinen ober Generalsuperintendenten übertragen, der anfänglich in Berlin, seit dem Tode Ugricolas aber in Frankfurt feinen Wohnsit hatte, wo er dugleich Universitätsprofessor war. Zugleich wurde 1541 eine Bistationskommission gebildet, bestehend aus bem Bischof von Brandenburg, dem Generalsuperintendenten (Stratner), dem späteren Kanzler Weinleb und einigen ständischen Deputierten, die von Berlin aus die Marken bereifte und unter Zuziehung der lokalen Obrigkeiten in Stadt und Land die neue Ordnung des Gottesdienstes durchführte.

Diese Bisitation von 1541/42 hat eigentlich erst die Resormation in der Mark zur Durchführung gebracht. Dabei ergab sich nun aber ein doppeltes Bedürfnis: einmal bedurfte es einer Berstärfung der obersten Aussichts: einmut bedurfte es einer Berstärfung der obersten Aussichtsinstanz, des Generaljuperintendenten, durch ein Kollegium, wegen der vielen Anfragen und Entscheidungen, die nötig wurden, und namentlich auch zur Ausübung der geistlichen Gerichts-barkeit, die die Bischöse bisher durch ihre Offiziale und ihre Konfistorien ausgeübt hatten; benn biese geiftliche Gerichtsbarkeit, namentlich in Chesachen, in Kirchen- und Pfründensachen, in Disiplinarsachen der Geistlichen und bei offenkundigen Sünden und Laftern in der Gemeinde — diese geistliche Gerichtsbarkeit ist mit der Reformation keineswegs verschwunden, sondern in ziemlich demselben Umfange, wie in der fatholischen Zeit, beibehalten worden. Zu ihrer Ausübung und zur Unterstützung des Generalssuperintendenten in den Leitungs- und Aufsichtsbefugnissen wurde ein kollegialisches Konsistorium begründet, nach dem sächsischen Borbild, bestehend außer dem Generalsuperintens benten aus drei dis vier geistlichen Beisitzern, zu denen noch der Kanzler und einige Kammergerichtstäte traten. Es war eine besondere geistliche Behörde neben der kurs gs war eine velvoore geinliche Bezore neben der turs fürstlichen Natsstube, in der die weltlichen Sachen behandelt wurden; aber sie hing mit Ratsstube und Kammergericht durch die rechtsverständigen Mitglieder zusammen; es kam wohl vor, daß einem kurfürstlichen "Rat und Diener", wie bie Bezeichnung lautete, in feiner Bestallung aufgegeben wurde, zugleich als Konfistorials und Kammergerichtsrat zu bienen, als Rittmeister eine Schwadron zu befehligen und als Hoffavalier den fürstlichen Töchtern aufzuwarten. Neben ais Hoftavalier den furstlichen Söchtern aufzuwarten. Neben bieser Aussichtsbehörbe am Hofe bedurfte es aber zugleich auch noch lokaler ständiger Aussichtsvorgane, die gewissermaßen an die Stelle der Bisitatoren traten: das sind die sogenannten geistlichen Inspektoren, aus denen im 19. Jahrshundert die heutigen Superintendenten geworden sind, gewöhnlich die Pfarrer der vornehmsten Städte, die die Aussicht über die Geistlichen und das Kirchenwesen des umliegenden Landfreises führten. Ihre Beftallung lag in

den Sanden des Aurfürsten, ebenso wie die der Generals superintendenten und der Mitglieder des Konsistoriums. superintendenten und der Mitglieder des Konsistoriums. Die Begründung des Konsistoriums fällt wahrscheinlich schon in das Jahr 1542; 1543 erhielt es seine erste Instruktion, die nach längeren Borarbeiten, nach dem Muster der Wittenbergischen Ordnung, im Jahre 1551 erneuert und verbessert worden ist 14. Ein neuer Entwurf von 1561 ist nicht publiziert worden; auf ihm beruht die britte, die in manchen Stücken noch heute gültige Visitations und Konsistorialordnung von 1573. Die Visitationen, die bisher nur außerorbentlicherweise vorgenommen worben waren, sind badurch zu einer bleibenden Einrichtung gemacht worden. Kommissionen, bestehend aus dem Generals superintendenten, einem Konsistorialrat, dem Notarius des Konsistoriums als Protofollführer, sollten mit Zuziehung seinfistelling als Prototoulustet, souten int Jugiegung eines abligen und eines städtischen Deputierten und unter Beihilfe der weltlichen Ortsobrigkeiten in zehnjährigem Turnus die Kirchen der Marf visitieren, Migbräuche abstellen oder auch zur Anzeige bringen, um das Leben der Gemeinden wie der Geistlichen in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Jdeal eines christlichen Gemeinwesens. Die Lokals verwaltung des Kirchenvermögens lag dem Patron und dem Pfarrer samt einigen Kastenvorstehern aus der Gemeinde ob; zur Rechnungslegung sollten noch etliche Deputierte von der Gemeinde hinzugezogen werben. Alljährlich zu Pfingsten sollten die Geistlichen eines

Inspektionskreises sich zu einer Synobe versammeln, die aber im wesentlichen nur zu gegenseitiger Anregung und Aussprache bestimmt war. Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts sind diese Kreissynoden auch eine wirklich lebendige Einrichtung gewesen. Im Dreißigs jährigen Kriege sind sie abgekommen; und abgesehen von einigen vereinzelten Versuchen am Ende des 17. Jahrshunderts sind sie erst im 19. Jahrhundert wieder ins Leben

gerufen worden.

¹⁴⁾ Beibe Cronungen find bisher noch nicht bekannt geworben; fie find aber erhalten und werben bemnächft veröffentlicht werben.

Neben ben Kreissynoben kennt die Konsistorialordnung von 1573 auch eine Landessynobe, zu der, auf Berufung des Landesherrn, alle Geistlichen unter dem Borsitz des Generalsuperintendenten zusammentreten sollen, um mit Beistand des Konsistoriums und der Universität Franksurtzweiselhafte Artikel und ernste, wichtige Sachen zu erörtern und zu entschieden. Solche Landessynoden, freilich mehr für einzelne Landesteile, sind auch während des 16. Jahrshunderts mehrmals einberusen worden, namentlich bei der Einführung der Konkordiensormel 1577; aber eine eigentliche gesetzgebende Gewalt haben sie nicht ausgeübt: in Glaubenssachen wurde eine solche überhaupt nicht anerkannt, und was die Zeremonien und die Einrichtung des Gottesbienstes betrifft, so sah der Kurfürst deren Regelung als sein Reservatrecht an. Es war mehr nur eine Institution zur Herstellung einer näheren Fühlung zwischen den firchenregimentlichen Behörden und der Geistlichkeit. Die letzte Landessynode ist 1614 gehalten worden bei Gelegenheit des Uebertritts Johann Sigismunds zum reformierten Bekenntnis.

II.

Der Absolutismus im Rirchenregiment und bie Entstehung einer preußischen Landeskrirche. (Territorialismus.)

Das System der Kirchenversassung, wie es sich im 16. Jahrhundert ausgebildet hatte, wurde von der juristisschen Theorie als das episcopalistische bezeichnet. Der tatsächliche Ausgangspunkt der Resormationszeit, das Recht und die Pflicht der christlichen Obrigkeit zum Schutz und zur Besörderung des Evangeliums und zum Erlaß der darauf gerichteten Ordnungen trat zurück vor der kano-nistischen Doktrin, die das landesherrliche Kirchenregiment auf das Jus episcopale gründete und den Landesherrn als den Summus episcopus seiner Landessirche betrachtete. Die Boraussetung war dabei natürlich, daß der Landessherr selbst Mitglied der Kirchengemeinschaft sei, über die

er das oberbischöfliche Recht ausübte. Eben diese Borsaussetzung traf nun aber in der brandenburgischen Kirche nicht mehr zu, seit Johann Sigismund im Jahre 1613 zum reformierten Bekenntnis übergetreten war. Das war ein epochemachendes Ereignis für die Geschichte des landessherrlichen Kirchenregiments; wir muffen es etwas näher ins Auge fassen, um seine eigentliche Bedeutung zu verstehen.

Man wird nicht baran zweifeln bürfen, bag biefer Konfessionswechsel aus tiefer innerer Ueberzeugung erfolgt ift. Alber ben Busammenhang mit politischen Motiven braucht man barum nicht zu leugnen. Religion und Politik waren bamals so eng miteinander verknüpft, daß sie schwer zu trennen sind. Luthertum und Kalvinismus bedeuteten damals nicht bloß verschiedene religiöse Bekenntnisse, sondern ganz entgegengesetze politische Weltanschauungen. Das Luthertum hängt damals in Deutschland untreunbar zu-sammen mit dem kleinstaatlichen territorialen Stilleben, nit dem landschaftlich beschränkten Partifularismus, in dem Stände und Fürsten eins sind, mit der Abneigung gegen alles, was zur Störung des Friedens führen könnte, mit der ängstlichen Vermeidung aller Verwickelungen in die Händel und geschwinden Läufte der Zeit. Daß dies ängstliche, fleinliche, beschränkte, unpolitische Wesen nicht an dem lutherischen Bekenntnis als solchem haftet, das hat später die Heldengestalt Gustav Abolfs bewiesen. Aber auf deutschem Boden mar Diefer politische Rleinmut bei den lutherischen Fürsten infolge der engen und unsertigen deutschen Verhältnisse eine eingewurzelte Eigenschaft, und sie wurde durch die mißtrauische Ueberwachung der fürstelichen Politik seitens der Landskände immersort bestärkt und erhalten. Kurfürst Joachim II. hatte in dem Revers von 1540 seinem Abel versprechen mussen, ihn in allem zu hören, daran der Lande Gedeih oder Verderb gelegen, und sich namentlich nicht ohne sein Vorwissen in Vundnisse einzulassen, aus denen dem Lande Lasten erwachsen könnten. Das hatten alle feine Nachfolger wiederholen muffen. Dieser lutherische Kleinstaat hatte sich selbst festgebannt in einer unpolitischen Sphäre ber Machtlosigkeit, aus ber

es ohne einen Bruch mit der Tradition keinen Ausgang gab. Er kannte kein anderes Jbeal als das der zeiklichen und ewigen Wohlfahrt. Nichts lag ihm ferner als der Gebanke politischer Machtentfaltung mit Truppenwerbungen nnd Kriegssteuern. Dergleichen, wenn es sein mußte, schien noch immer Sache des Reiches zu sein, obwohl das Reich längst aufgehört hatte, eine politische Macht zu sein, und der Kaiser katholische habsburgische Politik machte. In und der Kaiser katholische habsburgische Politik machte. In den Hugenottenkriegen hatten sich auch brandendurgische Edeleute, in denen sich das alte Nitterblut regte, aufgemacht, um in Frankreich mitzusechten; aber die Werdung für Heinrich IV. wurde in Brandendurg — dis auf einen kritischen Moment im Jahre 1591 — immer ängstlich verdoten; man wollte sich nicht hineinziehen lassen in den gefährlichen Strudel der Weltpolitik. Unter Johann Georg hatte sich diese bis zur Lengstlichkeit vorsichtige Politik mit der lutherischen Orthodoxie und dem agrarischen Ständetum zu einer sesten des Hausenden, die mit den Ausdehnungstendenzen des Hausendenden, die mit den Müßverständnis stand. Es war wie ein Glaubenssatz, daß man alles Gott anheimstellen und auch in weltlichen Dingen es nicht auf Macht und Gewalt ankommen lassen müssen der Religionse Mochte in der Welt da draußen der Brand der Religions-friege wüten: daheim wollte man, wie es in dem Kirchengebet mit den Worten des Apostels heißt, ein geruhiges und stilles Leben führen in aller Gottseligkeit und Ehrsbarkeit. Das war die Summe der lutheranischen Politik.

Wäre es nach bieser Politik gegangen, so wäre Brandenburg niemals zum Großstaat geworden, so hätte es niemals die Positionen gewonnen, die es später dazu instand geseth haben, der Hort des Protestantismus zu werden und die politische Regeneration Deutschlands zu bewirken. Die ersten Schritte auf dieser Bahn sind unter Johann Sigismund getan worden mit der Behauptung der klevischen Erbschaft. Es ist bekannt, daß es darüber sast zu einem europäischen Kriege gekommen wäre; und wenn schließlich auch eine friedliche Einigung gelungen ist, so war doch diese Unkernehmung unmöglich sür einen Fürsten, der erst mit seinen

lutherischen Hofpredigern und Landständen darüber zu Rate gegangen wäre. Den Bannfreis dieser Anschaungen burchbrach eben Johann Sigismund, indem er zu dem resormierten Bekenntnis übertrat, das damals die Führung in dem großen Weltkampf zwischen Protestantismus und katholischer Restauration übernommen hatte. Er gewann den geistigen Anschluß an eine Religionspartei, die in der freien Luft einer großen Politif atmete; in diesem Lager seuchteten Namen wie der Colignys und Wisselms von Oranien; hier war ein freierer Weltblick; hier gab es große politische Entwürse, die in der dumpsen Enge es große politische Entwürse, die in der dumpfen Enge des kleinstaatlichen Luthertums ninmermehr gediehen wären. Es ist merkwürdig, daß mit der Eröffnung der Aussicht einer Ausdehnung nach Westen, schon unter Joachim Friedrich, in Brandenburg eine gewisse Hinneigung zu dem Kalvinismus beginnt; sür Johann Sigismund war die allgemeine geistige und politische Anziehungskraft des resormierten Wesens wohl wichtiger als die Rücksicht auf die Resormierten in den klevischen Landen. Alle seine Nachfolger haben mit der Politik der Ausdehnung auch das resormierte Bekenntnis beibehalten. Das Haus Brandendurg hat damit den großen Schritt getan aus dem terristorialen Stilleben zum Anschluß an die Weltpolitik.

Die Folgen dieses Bekenntniswechsels sür das brandendurgische Kirchenregiment sind von unermeßlicher Bedeutung gewesen. Johann Sigismund hat seine brandendurgischen Untertanen nicht gezwungen, das Bekenntnis mit ihm zu wechseln; nur der Hof, die Domkirche, die Landesuniversität Frankfurt wurden resormiert; im übrigen hat der Kursürst auf sein höchstes Regale, wie er sagte, auf das Jus resormandi, verzichtet, und alle seine Nachfolger haben das gleiche getan.

auf sein höchstes Regale, wie er sagte, auf das Jus resormandi, verzichtet, und alle seine Nachsolger haben das gleiche getan. Das war eine Toleranz, die nicht eigentlich aus religiöser, sondern aus politischer Quelle stammte: in dem konsessionell so stark gespaltenen Deutschland konnte nur ein Fürstenhaus, das religiöse Duldung übte, sich zu einer Großmacht erweitern. Es war ein neues Prinzip, das damit in die deutsche Staatenwelt eintrat. Der in sich abgeschlossene konsessionelle Kleinstaat war überwunden; Kirche und Staat, die bisher

zusammengefallen waren, begannen sich begrifflich voneinander zu sondern. Bei der weiteren Ausdehnung der brandenburgischen Herrichaft, wie sie namentlich durch den Westfälischen Frieden sich vollzog, vereinigte der Kurfürst von Brandenburg drei Konfessionen unter feinem Zepter, und über alle nahm er eine mehr oder minder ausgedehnte Kirchengewalt in Anspruch. Man half sich dabei nach wie vor mit der Fiftion des bischöflichen Rechtes: der Große Kursurst hat es, wie wir aus seinem politischen Testament von 1667 sehen, selbst über Katholifen in Anspruch nehmen wollen. Auf die Dauer aber erwies sich das als unaus-führbar; und seit dem Ende des 17. Jahrhunderts brach sich eine neue Auffassung Bahn, deren Begründer Bufen-dorf gewesen ist in seinem Büchlein: "Neber das Verhältnis ber driftlichen Religion zum Staate", bas er bem Aurfürsten nach der Aufnahme der französischen Protestanten 1687 widmete 15). Zwei Grundgedanken treten in dieser Schrift besonders hervor: einmal, daß dem Einzelnen Glaubens-und Religionsfreiheit gewährt werden muffe, und dann, daß alle Konfessionen einer staatlichen Aufsicht unterliegen, die aus ben Hoheitsrechten bes Fürsten, aus ber Souveränität bes Staates abgeleitet wird, und die den Zweck verfolgt, die öffentliche Ordnung und den Frieden der Konfessionen aufrechtzuerhalten. In Diefer naturrechtlichen Begrundung ber staatlichen Kirchenhoheit ift also nicht mehr die Rede von bem Recht ber chriftlichen Obrigfeit, als Membrum praecipuum ecclesiae das Kirchenregiment zu führen, nicht mehr von dem bischisflichen Recht des Landesherrn, nicht mehr von der Einheit von Kirche und Staat im christlichen Gemeinwesen. In konsequenter Anwendung wäre daraus auch nicht ein Kirchenregiment, sondern nur eine äußerliche Kirchenhoheit abzuleiten gewesen. Aber die Regierungsprazis der brandens burgischen Herrscher hat sich damit keineswegs begnügt. Trot der verschiedenen Konfession haben Johann Sigismund und seine Nachfolger das Regiment über die lutherische

¹⁵⁾ Gemiffermaßen wieberentbedt und zuerft in feiner Bebeutung gewürdigt bon Treitschfe in bem Effah über Bufenborf, Gift.spolit, Auffahe 4, 278 ff.

Rirche in berfelben Beife in Unspruch genommen und geführt wie Joachim II. und Johann Georg. Sie hielten fest an dem bischöslichen Recht auch über die Lutherischen, indem sem bifchbitchen keaft und noet die Entgetschen, indem sie einen gemeinschaftlichen evangelischen Begriff zugrunde legten, der praktisch zu dem Gedanken der Union führen mußte. Trogdem man also jetzt anfing, Kirche und Staat begrifflich voneinander zu sondern, blieben sie praktisch

boch eng verbunden. Aber die Berbindung trug jett einen anderen Charafter wie früher. Geiftliches und weltliches Regiment waren jest nicht mehr zwei Funktionen ein und besselben, in Glauben und Bekenntnis geeinten christlichen Körpers, sondern das geistliche Negiment erschien nun als ein Attribut der weltlichen Herrschaft, als ein Zubehör der Staatsgewalt. Erst jest wurde die Kirche Staatskirche, dem Staate ein= und untergeordnet. Der größere, aus mehreren Territorien zusammengesetzte moderne Staat, der sich nun allmählich ausbildete, war kein konsessionell gebunnch nun allmahlich ausbildete, war tein tonjessionell gebundenes chriftliches Gemeinwesen mehr wie die kleinen Lutherischen Territorien der Resormationszeit. Der Lebenssgeist dieses neuen Staates war vielmehr die Staatsräson, die Salus publica, und ihre Boraussetung war politischemilitärische Macht. Die Rangordnung der Staatszwecke wandelte sich allmählich: Militär und Finanzen traten beherrschend in den Bordergrund, den früher das kirchlichstonssessionelle Interesse eingenommen hatte. Das landesstand herrliche Kirchenregiment aber murbe beibehalten als ein wichtiges Stud ber Souveranität.

Es ist den Juristen sehr schwer geworden, ihre naturs rechtliche Theorie mit dieser Praxis einigermaßen in Ginklang zu bringen. Thomasius und nach ihm Just. Henning Böhmer haben aus den Grundgedanken Pusendorfs die Lehre des sogenannten Territorialspstems entwickelt, das seinen Namen bekanntlich davon führt, daß es im Umsang des ganzen Staatsgebiets, des gesamtstaatlichen Territoriums, dem Landesherrn frast seiner Hoheitsrechte die Aussicht über alle Religionsgemeinschaften zuwies. Diese Kirchenhoheit sollte sich ja nur auf das Jus eirea sacra erstrecken; aber so sehr man den Bereich dieses Begriffes ausdehnte, so

fam man boch ber Braxis bamit niemals nahe genng; benn zweifellos haben die brandenburgischen Berricher über die protestantischen Kirchen auch das Jus in sacra beausprucht und ausgeübt. So kam es, daß die Doktrin von dem Jus episcopale sich neben der territorialistischen noch immer hielt und von Samuel Stryk in Halle sogar zu der Ansnahme eines Jus papale gesteigert wurde. Auch Friedrich der Große hat praktisch noch daran sestgehalten. In einem allerdings stark ironisch-sarkastisch gehaltenen Marginal, durch das er eine Vorstellung des magdeburgischen Kon-sistoriums in einer Chesache abweist — es handelt sich um eine Heirat zwischen Oheim und Nichte, die das Konsistorium beanstandete — schrieb er zum Schluß: "Ich als Vicarius Jesu Christi und Erzbischof von Magdeburg besehle, daß sie ehelich zusammengegeben werden." Das ist Kombination von Jus papale und Jus episcopale: auch der ungläubige Monarch hat nicht darauf verzichten wollen. Gine theoretische Bereinigung des Territorialprinzips mit dem episcopalistischen hat ja befanntlich das jogenannte Rollegialinftem bes Tübinger Kanzlers Pfaff versucht, das seinen Namen baher führt, daß es von der Kirche als einem "Kollegium", d. h. einer Korporation, ausgeht. Es beruht auf der Fiftion, daß die Kirche dem Landesherrn sowohl die Externa wie die Interna übertragen habe — allerdings eine Annahme, die zu der historischen Wirklichkeit sehr wenig paste; nur die Tatsache der Verbindung von Kirchenhoheit und Kirchenregiment, die im 18. Jahrhundert in dem protestantischen Deutschland ganz allgemein war, wird dadurch zum deuts lichen Husbrud gebracht.

Es ift also eigentlich ein ungenauer Sprachgebrauch, wenn man schlechthin von einer territorialistischen Praxis des Kirchenregiments redet; man versteht darunter die Berbindung der äußeren Kirchenhoheit und des inneren Kirchenregiments oder kurzweg die Regierung der Kirche durch die Staatsgewalt, wie sie die protestantischen Landesfürsten in Deutschland und auch die brandenburgisch-preußischen Herricher bis ins 19. Jahrhundert hinein geübt haben. Die territorialistische Theorie der Juristen ging in hinsicht

auf das innere Kirchenregiment nicht gang jo weit wie dieje Braxis.

Die Auffaffung, von der die reformierten brandenburgischen Herrscher ausgingen, indem sie das Kirchen-regiment über die lutherische Landeskirche beibehielten, nämlich die fundamentale Ginheit ber beiben evangelischen Bekenntnisse, wurde von dem lutherischen Orthodoxismus nicht geteilt. Es hielt sehr schwer, die beiden evangelischen Konfessionen zu einem bulbsamen, friedfertigen Zusammenleben zu bringen. Für die Sohenzollern mar der Gedanke ber Union von vornherein bas Ziel ihrer Kirchenpolitif; in diesem Gedanken fand ja ihr Kirchenregiment über die Lutheraner allein seine innere Berechtigung; die Unions-politif war die Konsequenz der Tatjache, daß sie dieses wesentliche Stud ihrer landesfürstlichen Autorität nicht aus ben Sänden gegeben hatten. Aber bie Berftellung einer Union ber beiben Bekenntniffe gelang nicht; auch ber Große Kurfürst hat nach dem Scheitern des Berliner Religions-gesprächs 1662/63 diesen Plan fahren lassen mussen. Um so strenger hielt er darauf, daß das Schmähen und Lästern von den Kanzeln aufhörte, bas ichon Johann Sigismund 1614 unterjagt hatte, bas man aber noch feineswegs aus-Burotten vermocht hatte. Zugleich versuchte er, die Konkordienformel bei der Ordination auszuschließen und besonders ftark angesochtene Gebräuche ber Lutheraner, wie den Exorzismus bei ber Taufe, abzuschaffen. Es ist befannt, zu welchen Konfliften es darüber in den 60er Jahren, namentlich in Berlin, gefommen ift 16). Man fann nicht sagen, daß der Kurfürst hierbei immer formell im Recht gewesen wäre, wenn er auch im Grunde einen großen zukunftsreichen Gedanken vertrat. Ein Mann wie Baul Gerhardt zog es doch vor, tropdem die über ihn verhängte Absehung zurückgezogen worden war, den brandenburgischen Boben zu verlassen, weil er sich in seinem Gewissen bedränat

¹⁶⁾ Bgl. hieruber Landwehr, Die Rirchenpolitit bes Großen Rurfürften, ber fich im gangen mehr auf die Seite ber Lutheraner ftellt, ohne aber bie politifden Motive genugend gu murbigen.

jühlte; er wollte an der Konkordienformel festhalten, auf die er bei seiner Ordination sich verpflichtet hatte.

Der fürstliche Absolutismus machte sich allmählich auch Der fürstliche Absolutismus machte sich allmählich auch in der Kirche fühlbar wie im Staate; und wenn die Unionsversuche auch noch am Ende des 17. Jahrhunderts scheiterten, wo sich Männer wie Leibniz und Jablonsti darum bemühten, so wurde doch der offene Streit der Konfessionen durch das landesherrliche Kirchenregiment allmählich zum Schweigen gebracht, und die lutherische Orthodoxie versor mehr und mehr an Schärfe und Energie. Die pietistische Richtung auf der einen Seite, der Rationalismus auf der andern auf der einen Seite, der Rationalismus auf der andern trugen zu ihrer Ausschiung bei; die Universität Wittenberg, die Hochburg der orthodogen Lutheraner, war seit dem Jahre 1662 für die brandenburgischen Theologen verboten und blieb es das ganze 18. Jahrhundert hindurch. Halle wurde die obligatorische Wildungsstätte für sie, namentlich unter Friedrich Wilhelm I., und hier herrschte erst der Vietismus, dann der Rationalismus. Friedrich Wilhelm I. mit seinem schlichten, einfachen Bibelglauben wollte einen Unterschied der heiden ergangesischen Confessionen ishers Unterschied der beiden evangelischen Konfessionen übershaupt nicht mehr anerkennen; er meinte, das rühre nur von ben Bredigerganfereien her. Dogmatische Streitigkeiten auf den Kanzeln wurden untersagt, und auch die firchliche Bücherzensur wurde in diesem Sinne gehandhabt. Die ballischen Pietisten murden begünstigt, und die Prädestina-tionslehre, die freilich niemals Eingang in das Bekenntnis der brandenburgischen Resormierten gesunden hatte, wurde nachdrücklich verboten und von den Kanzeln verbannt. Anderseits wurden aber auch Gebräuche, die aus der Kirchenzucht der Reformierten ftammten, wie 1716 die Kirchenbuße, allgemein eingeführt, obwohl ber Hintergrund solcher Einrichtungen, der in der starten Ausbildung des reformierten Gemeinbelebens bestand, bei den Lutheranern vollkommen fehlte; Friedrich II. hat ja die Kirchenbuße auch bald wieder abgeschafft (1748). Selbst die Tracht der Geistlichen wollte der Soldatenkönig unisormieren: in den lutherischen Kirchen Berlins wurde das Tragen der Chorröcke und Kaseln verboten; auch dieses Verbot hat König Friedrich, gleich nach seinem Regierungsantritt, wieder aufgehoben 17). Der Zwist der beiden evangelischen Konsessischen hatte in der Hauptsache aufgehört, als er zur Regierung kam; die um sich greisende Herrschaft des Nationalismus tat das übrige, um die Unterschiede der beiden Bekenntnisse tat das udrige, um die Untersastes ver dewen Bekenntnisse verblassen zu lassen. Auf den resormierten Charakter der Universitäten Franksurt und Duisburg hat Friedrich der Große keinen Wert mehr gelegt; er ließ durch ein Edikt von 1752 verkünden, daß lutherische Theologen auch dort ihren Studien obliegen könnten, daß die Zeugnisselutherischer Professoren von diesen Universitäten ebensoviel gelten sollten wie die von Halle und Königsberg.

Hand in Hand mit den konfessionellen Friedensbestre-bungen geht das Bestreben, die verschiedenen Provinzen zu einer Landeskirche zu verschmelzen. Der konsessionelle Partikularismus der einzelnen Landeskirchen war kein geringeres Hindernis für die Gerstellung einer staatlichen Einheit wie der ständische Partifularismus der einzelnen Landesverfaffungen. Wie eng das orthodoxe Luthertum mit dem saffungen. Wie eng das derhodoge Lutgertum mit dem ständischen Sondergeist zusammenhing, sieht man namentlich an dem Beispiel von Ostpreußen. Dort waren ansänglich alle Resonnierten von den Landesämtern ausgeschlossen, und es kostete viel Mühe, dis der Große Kursürst es durchsetzt (1663), daß dieser Bann gebrochen wurde. Ju Kleve-Mark dominierte, auch bei den Lutheranern, die reformierte Presbyterial- und Synobalverfassung, die kaum eine Einwirfung des landesherrlichen Kirchenregiments zu-ließ; sie wurde auch von den Ständen als ein Palladium betrachtet. In der Kurmark haben die Stände durch den Konsessionswechsel Johann Sigismunds doch nur vorübergehend eine Verstärfung ihres Einstusses auf das Kirchen-regiment gewonnen. In dem Rezest von 1615 gab ihnen der Kurfürst Garantien für die Erhaltung des Bekenntnis-standes, er verzichtete darauf, in seinen Patronatsstellen

¹⁷⁾ Das Buch von Parijet, L'État et les Églises sous Frederic-Guilleaume Ier en Prusse, hat ein ftupendes Material mit großem Rleige verarbeitet, trifft aber in Urteil und Charafteriftit nicht überall bie Buntte, bie une ale bie richtigen ericheinen.

mißliebige Geistliche ben Gemeinden aufzuzwingen; nötigens sollten ein bis zwei Deputierte der Stände zum Konsistorium zugezogen werden — eine Bestimmung, von der aber in der Praxis, wie es scheint, niemals Gebrauch gemacht worden ist. Diese Zugeständnisse hat der Große Aursürst in dem abschließenden Rezeß von 1653 einsach wiederholt. Als er 1660 damit umging, eine neue Konssistorials und Bisitationsordnung zu erlassen, da hat er den Entwurf dazu zwar den Ständen zur Kenntnisnahme vorgelegt, aber zugleich dabei erklärt, "daß es die Meinung nicht habe, als wenn der Kurfürst hierüber der Stände Konsens zu erfordern gehalten wäre, weil dergleichen Trdnungen auszusertigen Ihm, dem Landessürsten, und dem die Jura episcopalia allein zuständen, gebühre".

Gine Bentralftelle für bas Rirchenregiment aufer ber Person des Kurfürsten gab es ansangs nicht im Braudens burgisch-Prenfischen Staat. Der 1604 begründete Geheime Rat, der im Lauf der Zeit zu der Zentralbehörde des Gesamt= staates geworden ist, war durch seine Stiftungsurkunde ausbrucklich von ber Betätigung auf geistlichem Gebiet ausgeschlossen. Das wurde aber anders nach dem Konfessions= wechsel. Zunächst hat Johann Sigismund versucht, einen Kirchenrat als oberste Kirchenbehörde dem Geheimen Rat zur Seite zu stellen. Diesem Kirchenrat, der wohl meist aus Unhängern ber reformierten Lehre bestand, murben alle eigentlichen Rirchenregimentsfachen beigelegt, fo daß bem Konfistorium eigentlich nur die Chesachen blieben. Er fand aber jo viel Widerstand, daß sich der Kurfürst im Jahre 1618 entschloß, ihn aufzulösen. Nun kamen aber wichtige Un= gelegenheiten bes Kirchenregiments, wie die Bestellung der Inspettoren und die Besetzung der landesherrlichen Batronatsstellen, nicht mehr an das Konfistorium zurück, sondern sie gingen auf den Geheimen Rat über; und es wurde seitdem üblich, daß die Aufsicht und Leitung des Kirchenregiments in allen Provinzen vom Kurfürsten durch besonders damit beauftragte Geheime Rate geführt wurde. Doch lag ber Schwerpunft ber geiftlichen Bermaltung vorläufig noch in den Konfiftorien.

Mit dem Kurfürsten Johann Sigismund war der brandenburgische Generalsuperintendent Pelargus, ohne geradezu zum reformierten Bekenntnis überzutreten, doch einig gewesen in der Betonung der fundamentalen Einheit im Evangelium und in dem Unionsgedanken, sehr im Gegensatz zu der übrigen Geistlichkeit. Als er starb (1632), wollte Georg Wilhelm die Stelle anfangs mit einem reformierten Hofprediger besetzen; aber der lehnte ab, weil er sich bei der Stimmung der Lutheraner keine gedeihliche Wirksamkeit versprechen konnte. Die Stelle blieb vorläufig unbesetz; auch das Konsistorium starb allmählich aus, und unbeset; auch das Konsistorium starb allmählich aus, und eine Weile stockte das ganze Kirchenregiment. 1637 wurde das Konsistorium wieder notdürftig hergestellt, nun aber mit einem resormierten und einem lutherischen Geistlichen nebeneinander. Das widersprach vom Standpunkt der Lutheraner, die ja die fundamentale Einheit der beiden Bekenntnisse nicht zugestehen wollten, dem Grundgedanken der Konsistorialversassung, daß das Kirchenregiment durch Personen des gleichen Glaubens gesührt werden müsse; es blieb aber seitbem dabei, daß immer ein resormierter Geisteliebe aber seitbem dabei, daß immer ein resormierter Geistelieber Mitalied des lieber Mitalied des geschieben Capitien Genüstering war: als unter licher Mitglieb des lutherischen Konsistoriums war; als unter dem Großen Kurfürsten der Präsident Kemnitz wegen seines Festhaltens an der Konfordiensormel abgesetzt wurde, erhielt das lutherische Konsistorium sogar in Lucius von Rahden einen reformierten Brafidenten.

Die Bebeutung der Konsistorien trat übrigens seit Ende des 17. Jahrhunderts schon zurück vor der Zentralstelle im Geheimen Rat. Paul von Fuchs scheint der erste Minister gewesen zu sein, der die geistlichen Sachen dauernd im Geheimen Rat bearbeitete. Die Konsistorien wurden alls mählich zu ausführenden Organen ohne jelbständige Besteutung. Im Geheimen Rat entwickelte sich ein ständiges Dezernat für die geistlichen Sachen, aus dem unter Friedrich dem Großen ein besonderes Departement der geistlichen Angelegenheiten geworden ist, das gewöhnlich mit zwei Ministern, einem lutherischen und einem resormierten, besetzt war. Diese Bildung hat aber zu keiner dauernden Abfonderung ber geiftlichen Angelegenheiten aus dem Geheimen

Rat geführt, wie fie für die auswärtigen Angelegenheiten in dem sogenannten Rabinettsministerium und für die innere und Finanzverwaltung in dem sogenannten Generaldirektorium sich vollzogen hat. Die geistlichen Ungelegenheiten blieben immer in enger Berbindung mit der Justizverwaltung; ein besonderes Kultusministerium hat sich im 18. Jahrhundert nicht aus dem Geheimen Rat herausgelöst; die Instiz- und geiftlichen Minifter bildeten ein einheitliches Rollegium, Rumpf bes alten Geheimen Rats. Unter Friedrich dem Großen fühlte man nun aber boch bas Bedürfnis. neben Diefer Zentralftelle im Geheimen Rat eine besondere oberfte Kirchenbehörde über den lutherischen Konfistorien der Brovinzen zu haben. Der Geschäftsfreis der Konfistorien war zwar dadurch erheblich eingeschränkt worden, daß ihnen bei der Coccejischen Justigreform im Jahre 1748 Die (bereits fehr beschnittene) geistliche Gerichtsbarkeit entzogen worden war, aber die Berftärfung der administrativen Tätigkeit im Kirchenwesen und die Berringerung der Selbständigkeit der Kon-sistorien hatte doch eine starke Ueberlastung der Zentralstelle herbeigeführt, so daß man die Notwendigkeit einer obersten Spezialbehörde für die Berwaltung der lutherischen Rirche empfand, eines Oberfonsistoriums, wie es in Sachsen damals schon bestand. Zu einem solchen Oberkonsistorium ist im Jahre 1750 das Berliner Konsistorium ausgestaltet worden 18). Es sollte zugleich die Geschäfte eines furmärtischen Provinzialkonsistoriums und einer allgemeinen oberften Auffichtsbehörde führen. Es ftand neben bem geiftlichen Departement des Geheimen Rates nicht wie heute ber Evangelische Oberkirchenrat neben dem Rultusminifterium, fondern es mar gemiffermaßen nur ein fubbelegiertes Rollegium, ein technisches Silfsorgan bes geistlichen Departements; ber dirigierende Minister im geistlichen Departement murde auch der Chefpräsident des Oberkonsistoriums, in dem übrigens der resormierte Geistliche nicht sehlte. Das Interessanteste an dieser neuen Behörde ist die Tatsache, daß in ihr die

¹⁸⁾ Materialien bafür in Acta Borussica, Behörbenorganisation, Bb. 7, 8 u. 9.

nunmehr ganz in der Stille, lediglich durch die Praxis der firchlichen Berwaltung hergestellte Einheit der lutherischen Landeskirche in den verschiedenen Provinzen des Preußischen Staates einen greifdaren Ausdruck sand. Nur Schlesien und Kleve-Mark waren von der Wirksamkeit dieses Oberstonsstriums ausgeschlossen. Die schlessichen Konsistorium tanden unter einem besonderen geistlichen Minister, und die lutherischen Kirchen in Kleve-Mark scheinkent man sich selbst überlassen zu haben. Das unisormierende Kirchensregiment des 18. Jahrhunderts hat hier seine Wirkungen sedenfalls nicht in dem Maße geübt wie in den übrigen Provinzen. In Kleve-Mark blied die Preschyterials und Synodalversassiung erhalten; und daß in Schlesien das konsessischen Lutheranische Element eine größere Widerstandsstähigkeit bewahrte als in den neuen Provinzen, zeigt die unionsfeindliche Bewegung des 19. Jahrhunderts.

Neben dem lutherischen Oberkonsistorium bestand — im wesentlichen auch nur sür die mittleren und östlichen Provinzen — ein besonderes resormiertes Kirchendirektorium,

wesentlichen auch nur für die mittleren und östlichen Provinzen — ein besonderes resormiertes Kirchendirektorium, dem die deutschen Resormierten unterstanden, seit 1715, und ein französisches Oberkonsistorium, das die Aussicht über die von den Refugiés begründeten Kirchen führte. Die Preschyterial= und Synodalversassung war hier bei der Einfügung in das monarchische Kirchenregiment stark desichränkt worden, namentlich bei den Franzosen. Die Synoden waren dort ganz sortgesallen, und infolgedessen verkümmerte auch das Gemeindeleben allmählich. Aehnlich war es auch bei den beutschen reformierten Gemeinden, obwohl hier die synodalen Einrichtungen nicht gänzlich abgekommen sind. So lebendig wie im Besten sind also die reformierten Kircheneinrichtungen hier im Zentrum der Wirssamkeit des monarchischen Kirchenregiments nicht erhalten geblieben. Für die organischen Kirchenregiments nicht erhalten geblieben. Für die organischen Kirchenregiments nicht erhalten Synodalversassung hatte man damals gar keinen Sinn. Charakteristisch für den preußischen Militärstaat war es, daß neben der lutherischen Zivil-Landeskirche noch eine besondere Militärstrehe mit eigener Versassung bestand, der alle Militärpersonen lutherischen Bekenntnisses unterstanden

(bis 1811). Un ihrer Spige ftand ein Kriegstonfiftorium, in dem die maßgebende Persönlichkeit der Feldpropst war, der ganz allein die Examinierung, Ordination und Ginsetzung der Feldprediger besorgte. Das auf dem Gebiet der Staatsverwaltung eingeführte Zivilversorgungssystem fand auch auf firchlichem Gebiet Anwendung, und die Denkschriften, die bei Gelegenheit der Begründung des Oberkonsistoriums von hohen Geistlichen, vor allem bem Propft Sugmilch 19), eingereicht wurden, schilbern System als ein sehr verhängnisvolles. Die Feldprediger waren in diesen Areisen wenig beliebt; man warf ihnen Mangel an religiofem Ernft und weltliches Wefen vor. Sollte es einem von ihnen boch einmal eingekommen fein, daß er eine Taufe im Namen des Königs vollziehen wollte! Wer aber fünf Jahre als Feldprediger gedient hatte, erwarb damit einen Anspruch auf eine fönigliche Patronatspfarre, und die Inhaber dieser föniglichen Stellen waren in der Regel auch die, aus beren Kreisen man die geiftlichen Inspektoren nahm. So war der Feldpropst eigentlich der Mann, der das höhere firchliche Personal in der Hand hatte; er stand dabei außer aller Verbindung mit den Organen der Landeskirche und genoß in der Regel wenig Bertrauen bei ihnen. Die schlinmften Schäben ber Kirche wurden auf bies System zurückgeführt.

Dem Gebote der Staatsrafon mußte fich auch die Kirche fügen. Friedrich Wilhelm I. sah es als einen charafteristischen Unterschied der evangelischen Länder gegensüber den fatholischen an, daß sie ihre Geistlichkeit besser im Zaume halten fönnten. "Beim Papfttum — erflärt er einmal — haben die Pfaffen alles zu sagen"; in seinem Lande aber war er dafür, daß man die Prediger "kurz halten muffe", damit fie fich nicht in weltliche Affären mischen fönnten: "benn die Herren Geistliche gerne Papfte in unserm Glauben agieren wollten." Die Konsistorien und alle anderen evangelischen Kirchenbehörden follten barauf achten, daß in feiner Predigt etwas gegen die landes=

¹⁹⁾ Es ift ber befannte Begrunder ber Bevolferungeftatiftit.

herrliche Autorität gesagt werde: "wosern ein Prediger birekte oder indirekte was gegen die Regierungsart predigen sollte," soll er kassiert werden; die Fiskäle sollen wohl acht darauf haben. Der Punkt wird in der Regierungsinstruktion von 1722 dem Nachsolger als "einer von den importanten"

eingeichärft 20).

König Friedrich sah in seinem religiösen Indifferentismus bie Kirche überhaupt nur unter bem Gesichtspunkt ber Staats-rason an. Er pflegte bie Toleranz nicht bloß, weil sie rason an. Er pflegte die Coleranz nicht blog, weil sie seinen philosophischen Ueberzeugungen entsprach, sondern auch, weil sie ein Mittel war, gewerbsleißige und kapitalskräftige Außländer zur Ansiedelung in seinem Staate zu veranlassen. Dabei hat er doch den protestantischen Charakter des Staates keineswegs verleuguet; von Parität zwischen Protestanten und Katholiken war keine Rede. In Niederschlein wurde darauf gehalten, daß die maßgebenden Persenze im der Staates keines Protestanten im der Staates keines Protestanten im der Staates keinen Persenzen Persen jonen in den Stadtverwaltungen Protestanten sein mußten, und bei der Erneuerung der Instruktion für das Generals direktorium (1748) hielt man an der Forderung "protestans tischer Religion" für alle Minister und vortragenden Räte sest. Der Protestantismus war eben zugleich ein politisches Brinzip. Sonst hat sich der König um das evangelische Rirchenregiment perfonlich nicht allzuviel gekummert. Er ließ dem geistlichen Departement und den Konsistorien im allgemeinen freie Hand; nur durften sie sicht nicht einfallen lassen, die Zirkel seiner Politik zu stören; sonst gab es wohl Marginalien, die mit dem Sate begannen: "Das Konsistorium seind Gsels —." Die Geistlichen wurden immer mehr als Staatsbeamte angesehen und behandelt. Sie mußten die Populationsliften führen, Maulbeerbaume pflanzen und von der Kanzel herab die polizeilichen Bersordnungen verfündigen. Nicht nur der Inhalt, auch die Dauer der Predigten wurde kontrolliert. Die Kirche wurde mehr und mehr dem Staatsorganismus einverleibt; sie wurde zu einem nüglichen Instrument zur Beförderung von Gesittung und Wohlsahrt; das innere religiöse Leben aber

²⁰⁾ Acta Borussica, Behörbenorganisation 3, 457 f.

verflachte mehr und mehr, ober es zog sich in die Seelen ber Einzelnen guruck, die als Stille im Lande lebten.

Das Kirchenregiment war zweifellos eine ber schwächsten Seiten bes prenßischen Militärstaats; was wir aus ben Denkschriften bes Propstes Süßmilch barüber erfahren, gibt ein ziemlich trübes Bild: schlechte Baftoren haufenweiß, unfähige Kandidaten, feine und grobe Simonie, viele Patronate, namentlich in den Städten, in schlechten Händen. Die Theologen — meint Sugmilch — ftudieren faum noch zwei Jahre auf der Universität; sie üben sich hauptsächlich nur im Predigen und wissen wohl, daß es ihnen trog ihrer Unwissenheit doch nicht an Wegen sehlen wird, in Amt und Brot zu kommen. In fünseinhalb Jahren hat er bei den Prüfungen kaum sechs recht geschickte Kandidaten gesunden. "Will man einen abweisen, so erregt man eine Bölle. Bor vierzehn Tagen habe ich es getan, daß ich einen zurückgewiesen. Da die Dufaten nicht fruchten wollen, die er meiner Frauen insinuieren lassen, aber auch gleich zurück-nehmen mussen, so erwarte nun noch einen Sturm: er hat einen Unteroffizier in Salle zum Bruder; ich zweifle nicht, daß er fich beffen bedienen werbe. Bor eineinhalb Sahren ward ein recht großer Stümper unter einem Revers, fich nach einem Jahre wieder zum Examine zu stellen, durch= gelaffen, weil fein Bruder Unteroffizier bei der Garde, daher sich ein vornehmer General mit Nachdruck seiner annahm. Dieser elende Mensch bekümmerte sich jest schon um die besten Pfarren." Besonders scharf urteilt Susmich über die Ausübung des Patronatsrechts durch die Stadt= magistrate. "Selbige bestehen an vielen Orten aus schlechten Leuten, gewesenen Schreibern und Lakaien. Die, fo noch studiert haben sollen, haben auf der Universität mehrenteils nur Wein, Bier, Tabak und huren fennen lernen und ben vorher gehabten Mutterwiß versoffen usw. Gin solch Amalsgama, das aus Unwissenheit, ja aus Dummheit und lastershaften Neigungen und Leidenschaften zusammengesetzt, exerziert eines ber wichtigften Memter bes Landes. Das Beft und Ruber von einer Sache, die man als die Pflanzschule eines Staates ansehen muß, ift in ihren Sanden. Sie regieren Singe: Die Evocen d.ev.Kirchenregiments in Preußen. 143
Schulen und Kirchen und besetzen sie nach Willfür. Es ist genug, daß einer eines stolzvollen Natmannes Sohn sei, so verschluckt er Stipendia, studiert elendiglich und kommt durch Hisse derer Herren Patronen ins Amt." Aber das Uebelste bleibt sür isn, daß der Feldpropsi Decker, den er einmal einen "jungen, ausschweisenden Menschen" nennt, alle Feldpredigerstellen und damit indirect alle Inspektorate besetzt. "Was sisse Nedenpförtchen seldige sür ein Dugend Tynoranten und Sceleraten verschlossen gehalten wird, und es können durch dies Nedenpförtchen seldige sür ein Dugend Dukaten einkommen?" Immer wieder kommt er auf dies Mieren der ich das indige ganze Gebände als unbeständig und vergeblich an. Die Kirchen und Schulen können nicht mit guten Leuten versorgt werden. Das Oberkonsstorin mörde die schlechen Pfarren, Decker aber die besten zu besetzt haben. Und es ist der Einsluß hiervon in den Fleiß und Wandel der Kandidaten groß und deutlich."

Vielseicht hat Süsmisch, der etwas start aufzutragen liedt und dem, was "Hama spricht", sehr bereitwillig das Ohr leißt, dem Feldprochst unrecht getan. Das "Audiatur altera pars" kann der Historier leider nicht immer verwirklichen. Zedensalls aber hat Coccess, der anderswo einmal in seinen Marginalien zu der Deutschrist einem migsünstigen Personalurteil Süßmilchs energisch entgegentritt, sür Decker ein Wort der Verteidigung gesunden; er bemerkt kurz und trocken am Rande: "In des Feldpropst Departement kann ich mich nicht melieren. Der Herr Propst müssen sich unterlassen, und die Vingen lag, schien seinen Königslich Masselfied unterlassen, und des Kirchlichen Ledens, wie er beim Tode Priedrichs des Großen vor Augen lag, schien seinem Radssolger oder dessen Beratern hauptsächlich eine Folge der unstrucklichen Leitung des Kirchlichen Ledens, wie er beim Tode Priedrichs des Großen vor Augen lag, schien seine Gese beinen Beatern hauptsächlich eine Folge der unstrucklichen Ledens des Kirchenregiments zu sein. Seie besten ist a

Teil ein Toleranzebikt, bas — zum erstenmal in gesetzlicher Form — die individuelle Gewissensfreiheit und die Religionsfreiheit aller Konfessionen und geduldeten Sekten sicherftellt; in seinem zweiten Teil enthält es Vorschristen zu einer konfessionellen Vindung der Geistlichkeit, die zwar an sich nicht underechtigt waren, die aber als bloßes odrigkeitliches Gebot und wegen ihrer dogmatischen Engherzigkeit zu einer Besserung des firchlichen Lebens nicht sühren konnten. Das Schlimmste war dabei der Mangel eines sittlichereligiösen Ernstes in den obersten Regionen, der die Maßeregel allein hätte legitimieren können, und daneben die kleinliche, gehässige Art der Aussischrung durch die zu diesem Zweck besonders gebildete Ober-Examinationskommission. Diese Einrichtung ist denn auch mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. wieder gesallen, während das Edikt selbst nicht sörmlich ausgehoben worden ist. Es hinderte nun aber weiterhin nicht, daß der alte, humanzaufgeklärte, rationalistische Geist wieder seinen Einzug in die Kirche hielt oder vielmehr seine alte Herrschaft behauptete. Es lag eben nicht bloß an der Regierung; der ganze Geist der Zeit war dem firchlichen Leben nicht günstig. An dem staatskirchlichen Charakter der Bersassung aber ist durch diese ganze Episode nicht das mindeste geändert worden.

III.

Die Bollendung der Landestirche und die Gin-führung einer freieren Berfassung. (Presbyterial= und Synodalversassung.)

Es war eine Folge ber engen Berflechtung von Staat und Kirche, bag bei ber Kataftrophe von 1806 auch ber und Kitche, daß bei der Kataftrophe von 1806 auch der ganze Bau der firchlichen Verwaltung zusammenbrach. Der Geist der Staatsfirche aber blieb lebendig, und bei dem Neubau der Verwaltung im Jahre 1808 fand nun vollends eine Verstaatlichung der Kirche statt, wie sie radikaler kaum zu denken war. Der ganze Apparat der Konsistorien und der kirchlichen Oberbehörden wurde beseitigt.

Un die Stelle traten in der Provinzialinftang die Kirchen-und Schulabteilungen der neu begründeten Regierungen und in der Bentralinftang die Kultusabteilung bes Ministeriums bes Innern. Diese neuen Behörden maren für alle Ronfeffionen gleichmäßig zuständig. Sie wurden auch die Organe bes niemals aufgegebenen landesherrlichen Rirchenregiments für die evangelischen Kirchen. Es war der Höhevunkt des Staatskirchentums: Die Kirche war bamit völlig im Staate aufgegangen und seiner Glieberung eingesügt, während der Staat sein fonfessionelles Gepräge längst verloren hatte. Aber es war zugleich der Anfang zur Umkehr. In Steins politischem Testament, das in eben diesen Tagen

geschrieben wurde, wird auch die Forderung erhoben, daß der religiöse Sinn im Bolke wieder belebt werden müsse. Daß bies nicht durch bureaukratische Reglements allein bewirkt werden könne, war flar. Im firchlichen Leben mußte etwas Aehnliches eintreten wie das, was Stein und feine Mitarbeiter im politischen Leben burch die Stabteordnung und die Plane zur Herstellung einer Selbst-verwaltung zu erreichen gedachten. Aus den Gemeinden heraus mußte die Erneuerung des firchlichen und religiösen Lebens erfolgen.

Miemand hat biefen Bedanten bamals mit größerem Eifer und Berständnis erfaßt als Schleiermacher, ber reformierte Prediger an ber Dreifaltigkeitskirche. Sein Ibeal war eigentlich eine ganz freie, vom Staate los-gelöste Kirche wie in Amerika; bas Sektenwesen hatte er als alter herrnhuter babei gern mit in ben Rauf genommen. In seinen praktischen Reformvorschlägen ift er freilich sehr viel maßvoller gewesen, namentlich zu Anfang 21). Aber solange ber Krieg währte, ist es zu entscheidenden Schritten auf dem Gebiete der Neuordnung der Kirchenversassung über-

²¹⁾ Bgl. Dilthen, Das Leben Schleiermachers, Berlin 1870, und in ber U. D. B. 31, 422 ff. Dove, Ueber Synoben in der evangelifchen Canbestirche Breugens, in Dobes Beitidrift fur Rirchenrecht 2, 181 ff.; 4, 131 ff. Dagu für bas Folgenbe überhaupt: Treitfchte, Deutsche Geschichte 1, 205 f.; 2, 239 ff. Erich Förfter, Die Entftehung ber preugifchen Sanbestirche unter ber Regierung Ronig Friedrich Wilhelms III. nach ben Quellen ergablt Bb. 1, Tubingen 1905.

[·] Dentiche Bucherei Banb 98/99.

haupt noch nicht gekommen. Nach dem Friedensschluß, im Juni 1814, traten dann auf Anregung ber Potsbamer Regierung zweiundzwanzig Superintendenten der Aurmark in Berlin zusammen, um über die fünstige Versassung der Rirche ihre Gedanken auszutauschen. Gie trafen in dem Berlangen nach einer freien Synobalverfaffung gufammen und richteten eine Betition an den König, eine Kommission niederzusetzen, die über die Nenordnung der Kirchenversassung beraten sollte. Der König willsahrte diesem Bunsche, aber er wies ber Rommiffion als Hauptaufgabe die Unsarbeitung einer verbefferten Liturgie gu; nur nebenbei, nicht ohne Einwirkung Schleiermachers, beschäftigte fie fich auch mit bem Berfaffungswert, bas nach Schleiermachers Auffaffung die Grundlage für die liturgischen und alle sonstigen Beranderungen fein mußte. Die Borichlage, die diese großenteils aus hofpredigern gebildete Rommiffion hinfichtlich ber Berfaffung machte, 1816, befriedigten Schleiermacher und seine Freunde nicht. Sie liefen auf eine Verbindung der Konsistorialverfassung mit Elementen der Presbyterials und Snnobalverfaffung hinaus, boch unter Bahrung eines rein geistlichen Charafters der Synode und eines ganz unzweifels haften Uebergewichts des landesherrlichen Kirchenregiments und feiner Organe. Man wollte auf bem Gebiet Kirchenverfassung in ähnlich vorsichtiger Weise vorgehen wie bei dem ständischen Berfassungswerk, das man bamals plante, während Schleiermacher und feine Freunde geneigt waren, das Werk der kirchlichen Reorganisation mit dem Bestreben nach einer konstitutionellen Bersassung in innerliche Bers bindung zu bringen. Daran ift ber gange Berfuch gescheitert. Die Kirchenverfassungsbeftrebungen teilten bas Schickfal ber staatlichen Verfassungsentwürfe. Der König nahm die Borsichläge der Kommission an und befahl zunächst die Wieders belebung ber Kreisinnoben, bann im Sahre 1819 Zusammenberufung von Provinzialspnoden, zu benen in der Hauptsache aber nur die Superintendenten zusammentraten. Die brandenburgische Provinzialsnobe, zu ber auch Schleiermacher mit eingelaben war, faßte nun aber fehr rabifale Befchliife: man wollte bie Rirchenverfaffung von

unten her aufbauen; an die Stelle der Konsistorien sollten Ausschüffe der Provinzialsynode treten; an die Stelle der Ministerialinstanz ein Ausschuß der Generalsynode. Das landesherrliche Kirchenregiment wäre dabei zu einem bloßen Schatten geworden. Hir Friedrich Wilhelm III. waren diese Beschlüsse unannehmbar. Bon diesem Moment au stockte das firchliche Versassungswerk. Der Synodalapparat, den man probeweise in Bewegung gesetzt hatte, verschwand wieder. Die Reorganisation der Kirchenverwaltung beschränkte lich ichlieblich auf die Mischerkerstellung von Cansistorien im sich schließlich auf die Wiederherstellung von Konsistorien im sich schlieglich auf die Wiederherstellung von Konsptorien im Jahre 1815 und auf die Begründung eines besonderen Kultusministeriums im Jahre 1817. Die Konsistorien aber waren damals durchaus nicht das, was sie früher gewesen waren und was sie heute wieder sind. Sie mußten die Besugnisse der Kirchenverwaltung noch mit den Regierungen teilen nach dem doktrinären, unklaren und praktisch unbranchs baren Gesichtspunkt der änßeren und praktisch unbranch-baren Gesichtspunkt der änßeren und inneren Angelegen-heiten. Den Regierungen siel dabei alles wirklich Wichtige zu, wie die Stellenbesetzung, die Ordination und Ein-führung der Geistlichen, die Amtsdisziplin und allgemeine Anssicht, während die Konsistorien gewissermaßen nur wissenschaftlich-religiöse Deputationen waren, zur Mit-wirkung bei den Prüfungen und sonst in den spezissisch theologischen Materien. Außerdem waren diese Konsistorien noch keine rein evangelischen Kirchenbehörden, sondern hatten auch mit den katholischen Kirchensachen und mit denen der Seften und Juden zu tun. Die nichtevangelischen Geschäfte sind ihnen erst 1825 abgenommen und dem Oberpräsidenten übertragen worben; aber das Berhältnis zu den Regierungen blieb bestehen bis 1845. 1829 ist übrigens auch das Amt des Generalsuperintendenten, das seit 1632 geruft hatte, wiederhergestellt worden; der Generalsuperintendent wurde nun der persönliche Mittelpunkt für die Geistlichkeit der Provinz; er übernahm die Ordinationen, die Gentichtung neuer Kirchen, machte Bisitationsreisen und hatte Sig und Stimme in den geistlichen Regierungsabteilungen wie in den Konsistorien. Gine Anzahl von Generalsuperintendenten haben damals den bischöflichen Titel geführt, einer von

ihnen, ber Oftpreuße Borowski in Königsberg, später sogar ben eines Erzbischofs.

Meben ben Verfassungsplänen und unabhängig davon hatte König Friedrich Wilhelm seine beiben firchlichen Lieblingspläne inzwischen ins Werk gesetzt, die Union und die neue Ugende. Die Union war im wesentlichen nur als eine Kultus- und Sakramentsgemeinschaft gedacht, nicht als eine Bereinigung der Lehren in einer Bekenntnissormel wie früher; der König ging dabei voran, wie einst Joachim II. bei der Resormation, und sprach die Hoffnung aus, daß die Gemeinden ihm folgen würden. Die Berliner Kreissynode unter Schleiermachers Borfit, fonfessionell gemischt, wie damals die Synoben waren, war eine der ersten, die ihren Beitritt zur Union erklärte, und es ist bekannt, wie dann all= mählich fast das ganze Land folgte, namentlich seit dem neuen Impuls von 1830. Es war die Bollendung der im 18. Jahrhundert angebahnten evangelischen Landesfirche in Preußen. Anders aber verhielt es sich mit der Aufnahme der Agende. Der König nahm fraft seines landesherrlichen Kirchenver Konig nahm traft seines landesherrlichen Kurchenregiments ein Jus liturgicum in Anspruch, das im Lande
keine allgemeine Anerkennung fand; er interessierte sich
persönlich auf das lebhasteste für die Agende, er hat sogar
eine gedruckte Schrift darüber veröffentlicht. Aber die Berbitterung, die nach dem Scheitern des Versassiungswerks
zurückgeblieben war, drängte alle Freunde einer freien Berfassung der Kirche auf die Seite der Gegner; auch Schleiermacher war unter ihnen; er hat amtliche Gegenvorstellungen gegen die Agende mitunterzeichnet und hat eine fühne Kritik an der Schrift des Königs geübt, obwohl ihm der anonyme Berfasser nicht unbekannt war. Treitsche erzählt, der Ministerialbireftor Kampt habe auf seine Absetung gebrängt, ber Minister Altenstein sei einmal nahe baran gewesen, bem nachzugeben, nur der König habe es gehindert.

Altenstein repräsentierte noch ganz die alte staatskirchliche Auffassung. Als aufgeklärtes Weltkind hatte er kein Verständnis für die Bewegungen, die auf die Herstellung größerer kirchlicher Freiheit ausgingen. Und der König hat troß seiner edlen, echt evangelischen Frömmigkeit doch

mit großer Bähigkeit festgehalten an ber Autorität seiner Stellung als Dberhaupt ber Kirche. Es fam noch gu manchen hößlichen Vorfällen, bis der Agendenstreit sich beruhigte; und dann trat die Opposition der schlessischen Altlutheraner gegen die Union hervor, die ebenfalls zu jehr bedenklichen und beklagenswerten Maßregeln geführt hat. Szenen wie die zu Hönigern bei Namslau, wo mit militärischer Gewalt die Kirche der Lutheraner erbrochen, der Pfarrer vom Altar weggeschleppt und der Bevölkerung zur Strafe eine Einquartierung von 500 Mann auferlegt wurde, zeigten doch, daß man mit dem alten absolutistischen Kirchenregiment nicht auf der richtigen Bahn war. Und während Hengitenbergs Kirchenzeitung (seit 1827) die unbedingte Autorität in Staat und Kirche versocht, bestärfte sich in den freieren Köpfen die Ueberzeugung, daß evangelische Freiheit nur noch möglich sei bei einer gründlichen Rieform der Kirchenversassung.

Diese Ueberzeugung vertrat auch Friedrich Wilhelm IV. in seiner Weise 22). Schon als Kronprinz war er für die schlesischen Lutheraner eingetreten; für die, welche nicht ausgewandert waren, hat er 1845 die Generalkonzession erlassen. Sein Zbeal war eine Kirche, die nur aus wirklich Gläubigen bestehen sollte; außer der Kirche sollte volle Gewissensfreiheit walten, aber in der firchlichen Gemeinsichaft selbst wollte er die ungläubigen Elemente, zu denen natürlich auch die Hallichen Rationalisten, die "Lichtfreunde", gehörten, nicht dulden. Das landesherrliche Kirchenregiment betrachtete er mit Mißtrauen; er hat einmal den Summepiscopat "eine bedenkliche Kreatur" genannt. Er sehnte sich danach, wie er sagte, die Kirchens gewalt in die "rechten Hände" zurückzugeben; was er barunter verftand, hat er in einem feiner Briefe an Bunfen 23) ausgesprochen. Er wollte zu ber Berfaffung ber christlichen Urfirche zurückfehren: er bachte fich bas

²²⁾ E. Friedberg, Die Grunblagen ber preußischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV. Leipzig 1882. — Treitichke, D. G. 5, 349 ff.

²³⁾ Rante, Mus bem Briefmechiel Friedrich Bilhelme IV. mit Bunjen C. 47 ff.

Nirchenregiment in den Händen einer großen Anzahl von Bischösen, die nicht bloß Leitungsbefugnisse haben, sondern auch selbst Seelsorge ausüben sollten, entsprechend etwa den prenßischen Superintendenten, also etwa 350 an der Jahl. Sie sollten durch Handauslegung die apostolische Weihe empfangen von englischen oder schwedischen Bischösen und sie in derselben Weise fortpslanzen. Unter ihnen sollten an der Spize der Gemeinde Presöhterien stehen, zusammengesett auß Geistlichen und Laien, die aber nicht als gewählte Bertreter der Gemeinde, sondern als bestellte Kirchendiener anzusehen sein sollten, serner Diakonen sür Altardienst und Armenpslege. Ueber ihnen, an der Spize der Provinzen oder vielmehr besonderer Sprengel, zehn Metropolitane mit Kapiteln, die an die Stelle der Konssistorien treten sollten; als erster von ihnen, zugleich als evangelischer Primas Germaniae, der Erzbischos von Magdeburg, dessen Kapitel an die Stelle des Kultusministeriums treten sollte. Damit sollte eine Synodalversassung versbunden sein, aber ohne modernsrepräsentativen Charakter. Der Landesherr endlich war als der Advocatus ecclesiae aedacht, der die Beschlüsse der Landessynode bestätigt.

Es war ein Phantasiegebilde, das feine Aussicht auf Berwirklichung hatte. Friedrich Wilhelm IV. hat es später selbst einen seiner Sommernachtsträume genannt. Der Aultusminister Eichhorn schlug andere Wege ein, ähnliche, wie man sie 1815 versucht hatte; und der König folgte, aber von Ansag an nur mit halbem Herzen. 1841 wurden die Areissynden wiederhergestellt, 1844 die Provinzialsynden berusen. 1845 sand eine grundlegende Beränderung in der Abgrenzung der Besuguisse von Regierung und Konssistorien statt, die als eine Rückschret werden kann. Noch nicht die Gesamtheit, aber der Haupteil der sirchlichen Berwaltung wurde nun wieder den geistlichen Behörden, den Konsistorien, übertragen; die Regierungen behielten nur eine Reihe sestumschren Befugnisse, in Dingen, bei denen die Mitwirfung der weltlichen Behörde wünschens wert erschien. Zugleich erhielten die Konsistorien besondere

Brafidenten und eine angesehenere Stellung in dem Berwaltungsorganismus: bas höhere Schulmefen, bas früher mit ihnen verbunden war, wurde abgetrennt und ben Provinzialschulkollegien überwiesen. Den Abschluß und bie Arönung des gangen Werkes aber follte eine Generalinnobe bringen. Dieje ausgezeichnete Kirchenversammlung, die 1846 in Berlin gusammentrat, hat viele bedeutende Geifter und große organisatorische Talente in sich vereinigt 24). Vielleicht der bedeutendste darunter war Karl Immanuel Nipsch, der Bonner Professor, gleich ausgezeichnet als Gelehrter und als praftischer Theologe 25). Er hat hier mit Bethmann-Hollweg 26) und andern zusammen ben Gedanken vertreten, bie Kirchenverfaffung auf eine organische Berbindung bes Konfiftorialvringing mit dem Bregbnterial- und Sunodalprinzip zu begründen. Nitsich war ein Lutheraner, aus dem verrusenen Wittenberg, wo sein Bater in sächsischer Zeit das Haupt des Konsistoriums gewesen war. Aber ichon ber Bater hatte basfelbe Bringip ber Kirchenverfaffung vertreten, im Gegensatz zu der brandenburgischen Brovingialinnode von 1819, die die Konsistorialverfassung gang in bie Synobalverfaffung hatte auflofen wollen. Dieje Unichauungen haben offenbar auch den Sohn beeinfluft; aber erft die Erfahrung in den Rheinlanden hatte ihm einen lebendigen Gindruck von der Bedeutung der Gemeinde= und Synodalverfaffung gegeben.

Die rheinisch-westfälische Kirchenordnung von 1835 hatte für die Kirchen biefer westlichen Gebiete, die im 18. 3ahr= hundert fo ziemlich fich felbit überlaffen gemefen maren, endlich eine organische Berbindung gebracht zwischen ber auf ber Gemeinde fich aufbauenden Berfaffung und bem landesherrlichen Kirchenregiment. Auch Bethmann-Sollwea hatte biefes Beifpiel in Bonn auf fich wirken laffen, bas nun jest für die Kirche der östlichen Provinzen fruchtbar

²⁴⁾ G. Richter, Die Berhandlungen ber preugifchen Generalipnobe (1847).

²⁵⁾ B. Benichlag, R. J. Ninich. Gine Lichtgeftalt aus ber Gefchichte ber evangelischen Rirche.

²⁶⁾ Wach in ber A. T. B. 12, 762 if.

gemacht werden follte. Der Entwurf, den Nitich, Bethmann= Sollweg und Landfermann ausgearbeitet hatten, fand auch die Buftimmung ber Mehrheit ber Generalfynobe. Er beruhte in allen wesentlichen Stücken auf benfelben Grundgebanken, die burch die Gesetzgebung von 1873 die Grundlage der evanaclischen Landeskirche der östlichen Provinzen geworden sind. Aber — in diesem Moment, wo das Ziel erreicht schien. versagte sich ber König. Er hatte die rheinischewestfälische Kirchenversassung nie recht leiden mögen. Und auch bieser Entwurf hatte ihm zu viel Achnlichkeit mit einer mobernen Repräsentativverfassung. Wiederum Scheiterte also ber Bersuch einer Reform ber Rirchenverfaffung wegen ber innerlichen Berflechtung mit bem politischen Berfaffungsgebanken. fonstitutionelle Staat mußte erst zum Durchbruch gelangt fein, ehe eine freiere Kirchenverfassung möglich wurde. Friedrich Wilhelm IV., so fehr er fich danach gesehnt hatte, bas Rirchenregiment in die rechten Sande gurudgugeben, war boch viel zu autofratisch, als bag er fich im Ernst dieser Gewalt hätte entäußern mögen. Nur ein Stück aus den Vorschlägen der Generalsnobe murbe von angenommen und zur Ausführung gebracht: bas evangelische Oberkonfistorium als höchste Behörde ber evangelischen Landesfirche. Es follte neben bem Rultusminifterium Die eigentliche firchliche Berwaltung führen. 1848 wurde es gebildet, Rigich trat felbst als Propst zu Berlin in die nene Beborde ein. Aber fie ift zu keiner praktischen Wirksamkeit gelangt. Balb nach ber ersten Sitzung ist sie infolge ber Märzrevolution wieder beseitigt worden.

Denn nun, in der Revolution, brach die liberale Forsberung der Trennung von Staat und Kirche überall unsaufhaltsam hervor. Man verstand darunter ein ähnliches System wie in Belgien, das, was man wohl "die freie Kirche im freien Staat" nannte, d. h. Abschaffung des laudesherrlichen Kirchenregiments und der staatlichen Kirchenaufsicht überhaupt, volle Selbständigkeit und Selbstregierung der Kirche, mit dem Recht, sich selbst eine Organisation zu geben, aber Beibehaltung des Kultussbudgets und der mannigsachen Unterstützungen, deren die

geiftliche Autorität seitens der Staatsgewalt bedurfte. Das wurde gefordert in der kirchlichen wie in der politischen Presse, in Pastorenkonserenzen wie in Volksversammlungen, in der Baulskirche zu Frankfurt wie in dem Berliner Abaeordnetenhause. Die oftropierte Berfassung von 1848 und ebenso die revidierte von 1850 hat biesen Grundsat der Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen. Artifel 12 der Verfassung von 1848 lautet: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche wie jede andere Religionsgesellichaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten felbständig und bleibt im Besitz und Genuß ber für ihre Rultus-, Unterrichts- und Wohltätigfeitszwede bestimmten Unftalten, Stiftungen und Fonds. Und die revidierte Verfassung von 1850 sagt wörtlich dasselbe in Artikel 15.

Es ift kein Zweifel, die Regierung hatte anfangs die Auffassung gehabt, daß das landesherrliche Rirchenregiment in der alten Form mit diesem Artikel nicht verträglich sei; sie war geneigt gewesen, es preiszugeben und ber evangelischen Kirche Raum zu lassen für eine selbständige Organisation. Aber die Notwendigkeit drängte sich auf, daß der bisherige Inhaber des Kirchenregiments die Führung bei biefem Neubau der Verfassung übernahm und vorläufig die Geschäfte in der Hand behielt. Es kam bei der Reform auf zweierlei an: einmal auf die Abtrennung der kirchlichen Berwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung, die ja nun der Kontrolle des fonfessionslosen Barlaments unterlag, und anderseits auf die Regelung des Verhältnisses, das der Monarch als vornehmstes Glied der evangelischen Landesfirche in ihrer Organisation einnehmen follte. Daß bie Bertreter ber firchlichen Selbständigkeit das bisherige monarchische Clement nicht ganglich aus ber Kirche eliminieren wollten, burfte man als ficher annehmen. Nun wurde vorläufig im Jahre 1849 die evangelische Abteilung des Rultus= ministeriums mit der Wahrnehmung der inneren evans gelischen Kirchensachen beaustragt, und zwar in der Weise, daß diese Angelegenheiten von den Mitgliedern der Abteilung unmittelbar, ohne Dazwischenkunft bes politisch verantwortlichen Kultusministers, bem König als Inhaber ber firchlichen Regierungsgewalt vorgetragen und bessen Anordnungen für die Kirche ohne Gegenzeichnung des Ministers zur Aussührung gebracht werden sollten. Aus dieser Ministerialabteilung wurde dann durch königlichen Erlaß vom 29. Juli 1850 der Evangelische Oberkirchenrat, also eine besondere kollegialische Behörde, die ganz aus dem Zusammenhang mit den Staatsbehörden gelöst war.

Man hatte diese Fortsührung des landesherrlichen Kircheuregiments ansangs als etwas Provisorisches angesehen und die Berusung einer konstituierenden Landessynode ins Auge gesaßt, durch die die evangelische Kirche sich eine selbständige Versassung geben und sich mit dem Staate auseinandersehen sollte. Seit der Errichtung des Evanzgelischen Oberkirchenrats aber ist davon nicht mehr die Rede gewesen. Die Motive zu dem Erlaß, durch den er begründet wird²⁷), stellen die Aussicht, daß die Verusung einer konstituierenden Generalsynode weder angemessen noch rechtlich notwendig sei, um der Kirche zu ihrer versassungsmäßigen Selbständigkeit zu verhelsen, daß vielmehr die Fortsührung des landesherrlichen Kircheuregiments mit dem Artikel 15 der Versassung vollkommen vereindar sei. Das landesherrliche Kircheuregiment sollte nur, unter Abstreisung aller aus dem territorialistischen Prinzip herrührenden Beimischungen, auf die Idee der Resormation zurückgesührt werden, wonach es nicht ein Herrscheramt, sondern ein Dienst sei, der von dem vornehmsten Gliede der Kircheure surche Sottes durch Schutz und Fürsorge geleistet werde.

Eine synodale Versassung wäre damit wohl vereinbar gewesen; eine solche wollte auch Friedrich Wilhelm IV., aber er widerstrebte auch jest noch durchaus einem repräsentativen Charafter der Synoden; er blieb dabei, daß ihre Mitglieder sich nicht als Vertreter der Kirche gegenüber dem Landesherrn, sondern als Diener der Kirche, b. h. also als Historgane des monarchischen Kirchenzegiments, sühlen müßten. In diesem Sinne war auch die Kirchenzegemeindeordnung gehalten, die 1850 erlassen wurde, und

²⁷⁾ Gefetsfammlung 1850 G. 343 ff.

die zur Grundlage eines Synodalinftems werden follte. Sie nahm Lirchenvorstände in Aussicht, die auf Grund einer vom Batron und vom Bfarrer aufzustellenden Borichlags= liste gewählt werden sollten; übrigens stellte man bie Annahme dieser Ordnung den Gemeinden frei.

Ende Dezember 1850 trat aus politischen Gründen ber Minifter v. Labenberg gurud, unter bem alle biefe Beränderungen fich vollzogen hatten, und fein Nachfolger im Rultusministerium murbe Raumer: ber aber lentte nun bewußt und fonjequent in die frühere absolutiftische Bahn wieder zurud 28). Er unterließ gefliffentlich ben Ausbau ber Synobalverfaffung und suspendierte auch die Gemeindeordnung, die allerdings ichon jo jehr wenig Unflang gefunden Die Konservativen fanden Spuren bes verhaften Repräsentativinfteme barin, und bie Liberalen verzichteten auf Wahlen nach ber Borichlagslifte von Batron und Bfarrer. Bon einer weiteren Umformung ber Kirchen-verfassung war nun nicht mehr die Rede. Man legte den Urtifel 15 der Verfassung nun fo aus, als ob ihm durch die Trennung der firchlichen Berwaltung von der staat= lichen bereits Genuge getan fei. Der König als Haupt bes Staates und ber Ronig als Haupt ber Kirche erichienen als zwei verschiedene Berfonen; bas absolute Rirchenregiment bes Königs erhielt gerade burch die Trennung von dem fonstitutionellen Staat eine neue feste Grundlage.

Die Abgrenzung ber Befugniffe bes Oberkirchenrats gegenüber bem Rultusminifterium entsprach ungefähr berjenigen ber Konfistorien gegenüber ben Regierungen; ber Kultusminifter hatte noch einen großen Anteil an ben "Externa", namentlich in Personal- und Anstellungssachen, und Raumer war barauf bedacht, die Mitwirkung bes Evangelischen Oberkirchenrats in biesen Dingen einzuschränken und jede weitere Ausbehnung feiner Zuftändigkeit auf Roften des Rultusministeriums zu verhindern. Trot der Union wurden auch die konfessionellen Berschiedenheiten jest wieder

^{25) &}quot;Der Staatsminifter v. Raumer und feine Berwaltung bes Minifteriums ber geiftlichen uim. Ungelegenheiten in Preugen." Berlin 1860.

geflissentlich betont. Ein königlicher Befehl wies die Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrats an, sich ausdrücklich als Reformierte oder als Lutheraner zu bekennen (1852). Die Reaktion, die im staatlichen Leben herrschte, hatte sich auch des firchlichen Gebiets bemächtigt.

Die neue Aera machte biesem System ein Ende. Mit Bethmann-Sollweg fam 1858 ein Mann an die Spite bes Kultusministeriums, ber von jeher die Ibee einer Fortentwickelung ber evangelischen Kirchenverfassung auf ber presbyterial-jynodalen Grunblage vertreten hatte, und überhaupt Freiheit ber Kirche wollte, soweit sie ohne Gefährdung des Staates möglich war. Aber dieser Kultusminister hatte nicht einen gleichgeftimmten und tatkräftigen Oberkirchenrat zur Seite, und jo ift bei den Widerständen von rechts und links unter feiner furgen Umteführung nichts Erhebliches zuftande gekommen. Immerhin aber wurde mit der obligatorischen Einführung der Gemeindeordnung begonnen, unter Berüchichtigung ber Gigentumlichkeiten ber einzelnen Brovinzen, und seit 1861 wurde auch die Bildung Rreissynoben wieder angeordnet. Unter Ministerium (seit 1862) wurde biese Politif fortgeset, freilich in langsamften Tempo; 1869 traten auch Provinzialinnoben zusammen. Aber erft burch ben ftarken Impuls, den der Ausbruch des Kulturkampfes gab, find diefe Berfaffungsbestrebungen zum Ziel gelangt. Zwei neue Manner find es gewesen, die jest in wenigen Monaten mehr erreicht haben, als vordem in Jahrzehnten geschehen mar: der Minister Falt und der Präsident Herrmann. Emil Herrmann29) war früher Kirchenrechtslehrer gewesen und hatte 1862 eine Schrift veröffentlicht, in der "die notwendigen Grundlagen einer die fonsistoriale und synobale Ordnung vereinigenden Rirchenverfassung" aufgewiesen wurden. Er fnupfte an die gefunden Gedanken der Generalinnobe von 1846 wieder an30). Er legte babei bas Gemeindepringip zugrunde, aber er betonte auch, daß die Einzelgemeinde nicht genüge zur

²⁹⁾ Stier-Somlo in ber 21. D. 23. 50, 248 ff.

³⁰⁾ Rach bem Gelbftzeugnis bei Treitschte, D. G. 5, 368 Note 1.

Erfüllung ber allgemeinen landesfirchlichen Aufgaben, daß exquunng der augemeinen landestrichlichen Aufgaben, daß es zu diesem Behuf eines selbständigen Kirchenregiments bedürfe, das nicht bloß als Mandatar der unter ihm versundenen Gemeinden erscheine; damit begründete er die Notwendigkeit des konsistorialen Elements. Erst die Verbindung beider Elemente schafft nach seiner Ansicht den vollständigen, dem Prinzip des landeskirchlichen Verbandes entsprechenden Organismus.

entsprechenden Organismus.
Dieser Mann wurde 1872 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, und er fand in Falk einen gleichgerichteten, gleich tatkräftigen Kultusminister, dessen Berdienst um das Zustandekommen der Gesetzgebung von 1873 bis 1875 nicht zu unterschätzen ist. Ob die Behauptung, daß der Hospieger W. Hossimann diese Gesetzgebung in allen wesentlichen Stücken schon vorbereitet habe, zutrisst?), vermag ich nicht zu entscheiden. Im allgemeinen gilt doch Herrmann als der eigentliche Urheber des Werkes. Den wesentlichen Inhalt dieser Gesetzgebung darf ich wohl als allbekannt vorausjegen32).

voraussetzen³²).
Die evangelische Kirchengemeindes und Synobalordnung, die durch königlichen Erlaß vom 10. September 1873 verkindet wurde, betraf aber nur die sechs östlichen Provinzen. Die 1866 erwordenen Gebiete hatte man, in der Hauptsache aus politischen Gründen, nicht unter den Evangelischen Oberstirchenrat gestellt, sondern bei ihren alten besonderen Versassungen gelassen. Aber eine landeskirchliche Gemeinschaft wenigstens mit Rheinland und Westsalen wurde setzt doch als wünschenswert empfunden, und eine außerordentliche Generalsynode schus im Jahre 1875 eine Generalsynodals ordnung für die acht älteren Provinzen, die am 20. Januar 1876 vom König sanktioniert und verkündet wurde. Es bedurste nun noch einer endgültigen Auseinandersetzung der Landeskirche mit dem Staate, dessen Organe ja noch wesentlichen Anteil an dem äußeren Kirchenregiment hatten.

³¹⁾ M. D. B. 50, 422 (D. v. Rante).

⁸²⁾ Bgl. Riebner, Grundguge ber Berwaltungsorganifation ber altspreußischen Lanbestirche. Berlin 1902,

Durch Staatsaefet vom 3. Juni 1876 und entsprechende fönigliche Verordnungen wurde die Verwaltung aller Ungelegenheiten ber evangelischen Landeskirche, Die bisher noch von dem Kultusminister und den Regierungen mahrgenommen worden waren, auf den Evangelischen Oberfirchenrat und die Konfiftorien übertragen. Die Staatsbehörben behielten nur bas allgemeine ftaatliche Auffichtsrecht. Damit war die Grenze zwischen Staat und Kirche in forretter Beise reguliert. Das territorialistische Pringip war auf feinen berechtigten Rern guruckgeführt, und das epiftopaliftische war durch die reformatorische Idee der chriftlichen Obrigkeit ersett und erganzt durch das Gemeinde= und Synodalvringiv. Die Berbindung der Kirche mit dem Staat ist aber durch diefe Museinanderfetung nicht völlig aufgelöft worben; fie bauert fort auf bem Gebiet ber Finangen infolge bes Fortbestandes des Rultusbudgets; und solange jede Ronfistorial= ratiftelle vom Landtag bewilligt werden muß, ift boch noch eine gemiffe Abhangigfeit ber Kirche vom Staate vorhanden. Was aber die Organisation der Kirche selbst anbelangt, so wird das Berhältnis des Konfistorial= und des Gemeinde= faktors verschieden aufgefaßt, je nach der Stellung ber Barteien. Die einen wollen den Schwerpunkt des neuen Snitems in die Gemeinde verlegen, Die anderen in ben Dberfirchenrat. Die Jubilaumsbenkichrift bes Evangelischen Oberfirchenrats, die 1900 erschien33), vertritt die Auffasiuna. daß die presbuterialen und innodalen Organe der Konfiftorialverfaffung eingegliedert worden feien, und zweifellos nimmt in der Praris der Konsistorialfafter, d. h. also das landesherrliche Kirchenregiment, die erfte, ber Synobalfaktor die

^{33) &}quot;Die Entwickelung der evangelischen Landeskirche seit der Errichtung bes Evangelischen Oberkirchenrats." Berlin 1900. Bgl. dazu die scharfe Kritik von W. Behichlag in den Deutsch-evangelischen Blättern 1900 (14) und den Arrikel: "Zum 50 jährigen Jubiläum des Evangelischen Oberkirchenrats in Freuhen" in der Kirchlichen Monatsschrift 19, 523 ff. Die Olstanz der Aufsching ift sehr groß. Die Denkschrift 19, 523 ff. Die Olstanz der Aufsching in technique von 1873 als die langsam reisende Frucht der seit Jahrzehnten eingeleiteten Bestrebungen, Behichlag als das Werk Halks und herrmanns im Gegensatzur Keaktion. Der Einslug der politischen Faktoren kommt m. E. in keiner von beiden Aussaligungen zu seinem vollen Recht.

zweite Stelle ein. Es ist auf firchlichem Gebiet ähnlich gegangen wie auf bem politischen Gebiet mit ber Stellung ber Krone zum Parlament. Und ich halte bas für feine bloß zufällige Analogie. Die geistigen und sittlichen Mächte, bie bas neue Syftem ber evangelischen Rirchenverfassung hervorgebracht haben, sind von dem gleichen Ursprung wie bie, die auf dem Gebiet von Staat und Gesellschaft wirksam gewesen sind. Es ift nicht der Geist des Urchriftentums oder der Reformation, der in diesem Versassungswerk sich betätigt hat, sondern der moderne Geist des 19. Jahrhunderts, ber unsere Selbstverwaltung und unsere konstitutionellen Berfassungen geschaffen hat. Ihm gegenüber hat die Krone in Preußen ihr altes Recht bes Kirchenregiments in ber Hin preingen ihr attes Keigt bes Artigentegiments in bet Hauptsache ebenso behauptet wie ihre Regierungsgewalt im Staate. In der Geistlichseit hat sie eine ähnliche Stütze gesunden wie im Heer und im Beamtentum. Aber sie hat Konzessionen gemacht, in der Kirche wie im Staate. Es ist fein Zufall, daß der Ausbau des firchlichen Selbstverwaltungssystems in bemselben Jahrzehnt erfolgt ist wie der Unsbau der Selbstverwaltung auf dem staatlichen Gebiet. Hier wie dort haben die Anregungen der Zeit Steins und Schleiermachers erst nach zwei Menschenaltern zu dem relativen Abschluß einer vielfach unterbrochenen und vom Biele abgelenften Entwickelung geführt.



Inhalt.

	Seite
Das politische Testament Friedrichs des Großen von 1752 .	3
Preußische Reformbestrebungen vor 1806	29
Königin Luise und die Wiedergeburt des Preußischen Staates	60
Stein und der Preußische Staat	69
Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen	109

Band:

- 45. Mörike, Eduard. Das Stuttgarter Hutzelmännlein. Der Bauer und sein Sohn. - Die Hand der Jezerte. Drei Märchen, 123 Seiten,
- 46. Mörike, Eduard. Mozart auf der Reise nach Prag. -Lucie Gelmeroth. — Der Schatz. Drei Erzählungen. 156 Seiten.
- 47/48. Sternfeld, Dr. Richard, Professor an der Universität in Berlin. - Richard Wagner und die Bayreuther Bühnenfestspiele. I. 109 Seiten 2. Aufl. Inhalt: Beethoven und Wagner.—Richard Wagner und die neunte Symphonie. Wie bereite ich mich auf ein Wagner'sches Werk vor? — Die Aufgaben der Wagner-Vereine. — Richard Wagner und die kleinen Noten. — Zum 50 jährigen Jubiläum der ersten Lohengrin-Aufführung. - Lohengrin in Paris. — Der erste Entwurf der "Meistersinger von Nürnberg". - Hans Sachsens Schusterlied ("Meistersinger"). — Parsifal. — II. 109 Seiten. 2. Aufl. Inhalt: Der Bayreuther Lohengrin (1894). - Bayreuth 1896 (Ring des Nibelungen). — Bayreuth 1899 (Parsifal,
 - Meistersinger). Bayreuth 1904 (Tannhäuser, Parsifal). - Die Richard Wagner-Frage. - Anhang. Lebensgeschichte. — Glasenapps Wagner-Biographie. - Richard Wagner und seine Mutter. - Richard Wagners Leben in seinen Briefen. II. Hans v. Bülow.
 - Gedächtnisrede. Bülow als Erzieher.
- 49/50. Lohde, Clarissa. Auf klassischem Boden. aus der Zeit König Ottos von Griechenland. J. 117 Seiten. II. 137 Seiten. 2. Aufl.
- 51/52. Mügge, Theodor. Der Voigt von Sylt. I. 136 Seiten. II. 146 Seiten.
- 53 54. Blumröder, Gustav (Antonius Anthus). Geist und Welt bei Tische. Humoristische Vorlesungen über Esskunst. Neu herausgegeben unter Benützung der vom Verfasser durchgesehenen ersten Auflage von Oskar Steinel, Professor a. d. Kgl. Kreisrealschule in Kaiserslautern. I. 144 Seiten. II. 144 Seiten. 55. Kurz, Hermann. — Die beiden Tubus. — Den Galgen!
- sagt der Eichele. Das Arkanum. Sankt Urbans Krug. Vier Erzählungen. 144 Seiten.
- 56. Dahn, Fellx, und Freytag Gustav.- Zur Kunde deutscher Vorzeit. Inhalt: Ueber das Tragische in der Germanischen Mythologie. - Odin-Wotan. - Der Wert alter Ueberlieferungen aus den Dörfern Thüringens. Das Deutsche Volksmärchen und seine Literatur.
- Das historische Volkslied der Deutschen. 2. Aufl. 57. Lasson, A. Geheimrat und Professor in Berlin. — Das
- Kulturideal und der Krieg. 136 Seiten. 58/59. Breithaupt, Rudolf M. — Musikalische Streitfragen. I. u. II. à 109 Seiten. Inhalt I: Kunst

Band:

und Musikwissenschaft. — Musik und Schule. — Jugendkonzerte. — Opernkrise und Stoffnot. — Mehr Mozart! — Bismarck und die Musik. — Hugo Wolf‡. — Ein Richard Wagner Denkmal. — II: Moderne Klaviristen, Alfred Reisenauer, Konrad Ansorge, Leopold Godowsky. Theresa Careo, Eugen d'Albert. — Edward Grieg. — Kunstmusik und Lebenskunst. — Sub specieaeternitatis (zum 100. Todestag Schillers). — Mozart und die Zeitmusik.

- 60. **Meyr**, **Melchoir**. Gleich und Gleich. Eine Erzählung aus dem Ries. 152 Seiten.
- 61/62. Boetticher, Karl, weiland Professor an der Bauakademie zu Berlin, Karl Friedr. Schinkel und sein
 baukünstlerisches Vermächtnis. Eine Mahnung an
 seine Nachfolge in der Zeit, in drei Reden. Mit
 einem Anhang: Aesthetische Sentenzen und kleine
 Gedichte 107 Seiten. 62: Zur Kenntnis antiker
 Gottesverehrung. Inhalt: Aus dem Festleben der
 Hellenen. Wasser und Feuer im Kultus der
 Hellenen. Die Verehrung heiliger Bäume bei den
 Alten. 96 Seiten.
- 63. Wolzogen, Hans v. E. T. A. Hoffmann und R. Wagner. Harmonien und Parallelen. 94 S. 2. Autl.
- 64/65. Wagner, Richard. Briefe und Berichte aus der Pariser Zeit (1841). Zum erstenmal herausgegeben und eingeleitet von Professor Richard Sternfeld. I. u. II. 104 und 112 Seiten.
- 66. Wolzogen Hans v. Ferdinand Raimund. Eine Erinnerung und eine Mahnung. Mit einem Anhang: Der Alpenkönig und der Menschenfeind. Von Ferdinand Raimund. 121 Seiten.
- 67/70. **Leyden, Ernst v.,** Geheimer Medizinal-Rat und Professor in Berlin. Populäre Aufsätze und Vorträge. Herausgegeben von Dr. Hans Leyden. Inhalt: Band 67. Ueber die Notwendigkeit der Errichtung von Volksheilstätten für Lungenkranke. - Ueber die Aufgabe des Berlin-Brandenburger Heilstättenvereins für Lungenkranke. - Die Entwickelung der Heilstättenbestrebungen. - Einiges über den Tuberkulosekongreß in London. - Die Wirksamkeit der Heilstätten für Lungenkranke. - Verhütung der Tuberkulose. 119 Seiten. — Band 68: Das Denken in der heutigen Medizin. — Ueber die Methoden der internen Therapie. — Eröffnungsrede des 10. Kongresses für innere Medizin in Wiesbaden (1891). - Zum 100. Geburtstag Johann Lucas Schönleins. - Ueber die Ziele der modernen Klinik. - Die deutsche Klinik zu Beginn des 20. Jahrhunderts. 112 Seiten. -Band 69: Van Swieten und die moderne Klinik. - Zur

Band:

100 jährigen Gedenkfeier durch Ed. Jenner. - Jean liche Krankenpflege der krankenhäuser. - Der F Heilfaktor, 112 Seiten. — E



A 000 881 399

Ernährungstherapie. - Einige worte über Krankenküchen. - Die Krankenpflege bei der Lungenentzündung. - Die Ernährung der Kranken bei der Lungenentzündung. — Grundsätze der Ernährung für Gesunde und Kranke - Bestrebungen und Endziele der ärztlichen Studienreisen. — Die Heilquellen Rumäniens. – Kaukasusreise, 120 Seiten. Mit 12 Abbildungen.

- 71/72, Leyden, Dr. Hans. Kreuz- und Quer. 2 Bände. Berichte namentlich über spanisches Leben und unsere Marine, I. u. II. 128 u. 144 Seiten.
- Eduard v. Hartmann. Die sozialen Kernfragen, II. durchgesehene Aufl. Mit einem biographischen **D** 77/78. | Geleitwort von Alma v. Hartmann. 3 Doppelbde.
- D 79.80. Grimm, Gebrüder, Deutsche Sagen. Auswahl für Schule und Haus von Chr. Tränckler. 208 Seiten.
- 81. Feuerbach, Anselm von, Kaspar Hauser. Beispiel eines Verbrechens am Seelenleben des Menschen. Biographischer Würdigung Feuerbachs von Leo von Egloffstein. 104 Seiten.
- D 82 83. Stümcke, Dr. Heinr., Modernes Theater, Kritische Würdigung der neuesten Bühnenstücke. 182 Seiten.
- 84. Kurth, Dr. Pompeji, mit vielen Abbildungen 104 Seiten.
- 85 Haas, Dr. Japanische Erzählungen. 88 Seiten.
- 86. Steffen, Elly, Aus Deutscher Vorzeit. Gudrun. Flor und Blancheflor. — Der arme Heinrich etc. 112 Seiten.

Die Bände sind zu beziehen: durch jede Buchhandlung und vom Verlag "Deutsche Bücherei", G. m. b. H., Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 146, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Porto oder gegen Postnachnahme:

Da das bei ähnlichen Unternehmungen für Reklame verwandte Geld den Käufern der Deutschen Bücherei in dem billigen Preise selbst zugute kommt, bitten wir um freundliche Weiterempfehlung.

